ZUR SACHE BW

DEMOKRATIE

schön anstrengend

Für den Kompromiss
Wolfgang Schäuble über wehrhafte Demokratie

Konflikt im Indo-Pazifik
Was Deutschland und Europa tun können

Soldat und Staat
Von einem Maulkorb kann keine Rede sein

AUSGABE 39 1/2021

EVANGELISCHE KOMMENTARE ZU FRAGEN DER ZEIT

DOMINI SUMUS

Zu unserem Titelbild
Verschiedenes lässt sich auf diesem Bild erkennen: eine Pyramide, ein Kartenhaus, ein akrobatisches Kunstwerk … – jedenfalls eine Gruppenleistung. All das kann man auch über die Demokratie sagen, je nach Interpretation. Stabilität ist die Grundlage, einzelne Pfeiler stützen sich. Die oben könnten nicht ohne die unten. Und andersherum? Jedenfalls: Der Mensch steht im Mittelpunkt. Wichtig sind alle, die das Gebilde stützen. Sonst gerät es ins Wanken.

SCHWERPUNKT
DEMOKRATIE

08 **Gegen Corona und Destruktion**
Die Demokratie ist wehrhaft, wenn alle wehrhaft sind!
Von Wolfgang Schäuble

12 **Zwischen Skylla und Charybdis**
Zur fatalen Alternative von illiberaler Demokratie und undemokratischem Liberalismus
Von Roger Mielke

18 **Besser als sein Ruf**
Während der Pandemie schwingt in den Klagen über politische Langsamkeit die Kritik am Föderalismus mit. Das System hat jedoch erwiesenermaßen einige Stärken und Vorteile
Von Nathalie Behnke

22 **Mitbestimmung als Geschmacklosigkeit**
Der lange Weg von den Arbeiter- und Soldatenräten der Novemberrevolution zum Gesamtvertrauenspersonenausschuss der Bundeswehr
Von Michael Epkenhans

25 **Die Demokratie der Demokratien ist besser als ihr Ruf**
Nicht „Brüssel" ist das Problem, sondern wie europäische Themen verhandelt werden. Nationale Akteure reden zu wenig und zu kompliziert über Europa
Von Christian Rauh

28 **Gemeinsinn ermöglicht Vielfalt**
Ein Blick in die Werkstatt der politisch-ethischen Demokratie-Diskussion in der Kirche
Von Reiner Anselm

31 **Das Wahlrecht erkämpft**
Mehrfach folgten auf Kriege Demokratisierungsschübe. Aber der historische Zusammenhang zwischen kämpfenden Bürgern und ihnen zugestandenen Teilhaberechten ist komplizierter, als es zunächst den Anschein hat
Von Hedwig Richter

36 **Mehr Demokratie wagen**
US-Soldaten gelten als traditionell apolitisch, ihre Führung als autoritär. Am US Army War College erlebte der Autor den herrschaftsfreien Diskurs
Von Uwe Hartmann

38 **Die Mitte schwindet**
Das politische System der USA ist lange erprobt, doch seine Schwächen und die Polarisierung im Land verstärken sich gegenseitig. Das kann unter anderem dazu führen, dass der Verlierer alles gewinnt
Von Michael Kolkmann

42 **Geld entspannt die Welt**
Kapitalismus: Eine gesellschaftliche Teilhabe großer Bevölkerungsgruppen wurde erst durch geldvermittelte Tauschwirtschaft und Massenproduktion möglich
Von Werner Plumpe

45 **Mein Gewissen zählt keine Stimmzettel**
Warum Utopie und ziviler Ungehorsam zusammengehören
Von Wolfgang Max Burggraf

48 **Gibt es Wichtigeres als Demokratie?**
Warum der Export unseres Gesellschaftsmodells international so mühsam ist
Von Markus Böckenförde

Das **Archiv** vergangener ZUR SACHE BW-Ausgaben finden Sie unter **www.tinyurl.com/evangelisch-zsbw**
Oder scannen Sie mit dem Smartphone diesen QR-Code:

INHALT

SICHERHEITSPOLITIK

52 **Die Debatte fehlt**
Deutschland hat Leitlinien für den Indo-Pazifik beschlossen. Eine Fregatte soll bald nach Asien aufbrechen. Bisher scheint das Vorgehen jedoch nicht zu Ende gedacht. Deutschland und Europa könnten sich konstruktiver einbringen
Von Michael Staack

56 **Auf Sieg programmiert**
Bewaffnete Drohnen:
Eine Technik wird als neu diskutiert – und hat sich längst etabliert
Von Ulrike Franke

FRIEDENSETHIK

60 **Global Zero gibt es nicht zum Nulltarif**
Eine Welt ohne Atomwaffen bleibt das Ziel. Auf dem Weg dorthin sind vertrauensbildende Maßnahmen, Rüstungskontrolle und Abrüstung notwendig. Diese Bemühungen wurden vernachlässigt
Von Ines-Jacqueline Werkner

64 **Uns selber sagen, was wir denken**
Wie kann eine Kirche, die sich als Stimme der Gesellschaft versteht, zugleich deutlich in sie hineinsprechen?
Von Hendrik Stoppel

INNERE FÜHRUNG

68 **Innere Führung heißt: Führung**
Zum Führungs- und Selbstverständnis eines Offiziers der Bundeswehr
Von Armin Staigis

72 **Staatsgeist mit Bürgerseele**
Gewaltenteilung trennt die politische Willensbildung vom Staat und seinen Dienern. Wer baut den Betroffenen eine Brücke über diesen Graben?
Von Peter Buchner

76 **Ohne Demokraten keine Demokratie**
Demokratie hört am Kasernentor nicht auf. Partizipation als Leitbild der Inneren Führung
Von Traugott Jähnichen und Niklas Peuckmann

GLAUBENSFRAGEN

86 **Wer bin ich und wozu?**
(Militär-)Seelsorge als assistierte Selbstklärung
Von Friedrich Lohmann

90 **Stille kann man auch im Netz trainieren**
In Gruppen oder allein, in Kirchen oder online üben Menschen geistliche Gemeinschaft, Besinnung und Gebet ein
Von Doris Otminghaus

REZENSIONEN

80 **Isolde Karle, Niklas Peuckmann: Seelsorge in der Bundeswehr**

82 **Boris Penth, Hartwig von Schubert: Europas Mission**

83 **Sylvia Thonak, Gerd Theißen: Militärseelsorge**

04 **Wir träumen von einer besseren Welt**

06 **Editorial**

92 **Kirche unter den Soldaten**
Die Militärkirche in Augustdorf
Von Felix Ehring

93 **Impressum**

94 **Querdenker**
Mosaik der Bürgerrechtlerinnen

„Demokratie ist die Notwendigkeit, sich gelegentlich den Ansichten anderer Leute zu beugen.“

Winston Churchill
Britischer Premierminister von 1940 bis 1945 und von 1951 bis 1955

In Istanbul zeigt eine Demonstrantin am Weltfrauentag ein Plakat mit der Aufschrift „Wir werden euch nicht gehen lassen“. In der Türkei ist die **Zahl der Femizide** in den letzten Jahren stark gestiegen. Das Land hat zuletzt seine Ratifizierung der Istanbuler Konvention gegen Gewalt an Frauen aufgekündigt.

Liebe Leserinnen und Leser!
Demokratie ist ganz schön anstrengend, gerade in diesen Zeiten. Es braucht lange, bis Beschlüsse gefasst werden. Vorschläge werden hinterfragt, kritisiert, diskutiert.
Und irgendwann steht der Kompromiss, der es nicht jedem recht macht, manchmal sogar keinen komplett befriedigt. Zur Demokratie gehören diese komplizierten und mühsamen Entscheidungsfindungsprozesse, weil die Macht auf viele Schultern verteilt ist.
Dass das so ist, dafür haben Menschen über Generationen gekämpft. Das war neu, fremd, schwierig und hat Opfer verlangt. Demokratie musste erarbeitet und erkämpft werden. Es erfordert Anstrengung, sie zu schützen und zu erhalten. Täglich müssen wir uns darin üben. Es ist wie mit unserem Körper: Wollen wir ihn erhalten, müssen wir ihn pflegen und täglich fordern. Sonst wird er schlaff und krank. Wir müssen ihn in Übung halten.
Jeder und jede ist gefordert. Unsere Headline ist ein Bekenntnis: Demokratie-Workout ist nämlich beides: anstrengend – aber auch schön.

Dr. Dirck Ackermann,
Chefredakteur ZUR SACHE BW

SCHWER-PUNKT

DEMOKRATIE

Klimaschützer wie Luisa Neubauer (o.) hatten Verfassungsbeschwerde gegen das Klimaschutzgesetz eingelegt. Das Bundesverfassungsgericht (im Bild unten: Stephan Harbarth, Präsident des BVerfG) urteilte im April, zur Emissionsminderung ab 2031 fehlten Vorgaben. Der Gesetzgeber muss nachbessern

GEGEN CORONA UND DESTRUKTION

Die Demokratie ist wehrhaft, wenn alle wehrhaft sind!
Von Wolfgang Schäuble

Sie kämpfen für uns gegen einen neuen Feind: 25 000 Soldatinnen und Soldaten und mehr als 1000 Reservisten sind im Einsatz gegen das Virus. Die Bundeswehr unterstützt staatliche und private Institutionen, um die Pandemie zu besiegen. Sie leistet Hilfe in Impfzentren, Pflegeeinrichtungen und Gesundheitsämtern, sie bietet der Bevölkerung die Expertise ihres Sanitätsdienstes und ihrer Logistik. Selbst der Militärmusikdienst zog aus, um der Vereinsamung isolierter Menschen in Altenheimen entgegenzutreten.

Die Truppe hat in den 66 Jahren ihres Bestehens immer wieder geholfen, bedrohliche Situationen im Landesinnern zu entschärfen. Nicht nur bei verheerenden Fluten rückt die Bundeswehr aus. Sie leistet verlässlich Katastrophenhilfe – neben ihrer zentralen Aufgabe, der Landesverteidigung. Dem Schutz der Bevölkerung. Als Garant der Souveränität und Handlungsfähigkeit unseres freiheitlichen Rechtsstaates sowie der Sicherheit unserer Verbündeten.

Rechtliche Grundlagen im Grundgesetz für Einsätze der Bundeswehr im Inneren

- **Artikel 35 Abs. 1** – Amtshilfe, z. B.: Hochwasser, Schneekatastrophen, Waldbrände, Flüchtlingshilfe
- **Artikel 35 Abs. 2** – Regionaler Katastrophennotstand, z. B. Chemieunfall, großer terroristischer Anschlag
- **Artikel 35 Abs. 3** – Überregionaler Katastrophennotstand: siehe Art 35 Abs 2, wenn mehr als ein Bundesland betroffen ist
- **Artikel 87 a Abs. 4** – Innerer Notstand, z. B. bei drohender Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes, das nicht mehr allein reagieren kann

Quelle: www.bundeswehr.de

Der Auftrag der Bundeswehr leitet sich aus verfassungsrechtlichen Vorgaben ab. Er basiert auf unseren Werten, Deutschlands Interessen und strategischen Prioritäten. Den Prinzipien der Demokratie kommt dabei eine grundlegende Bedeutung zu. Bei den aktuellen Hilfseinsätzen scheinen sogar christlich-humanitäre Wertvorstellungen wie Solidarität und Nächstenliebe auf.

Die Streitkräfte tragen nicht nur in Krisen Verantwortung für unsere Gesellschaft, wie im Übrigen auch die Gesellschaft Verantwortung für die Bundeswehr trägt und ihre Truppe angemessen ausstatten und unterstützen muss. Dazu braucht es Offenheit. Die Bedürfnisse moderner Streitkräfte lernt nur kennen, wer bereit ist, zuzuhören und festgefahrene Positionen wie die kategorische Ablehnung von bewaffneten Drohnen zu überdenken. Das ist Demokratie: Diskussion und Abwägung widerstreitender Argumente – um am Ende politische Mehrheiten zu erlangen.

Über Auslandseinsätze entscheidet das Parlament. Und selbstverständlich beschließen die gewählten Repräsentanten des Volkes auch den Haushalt und treffen damit Entscheidungen über das, was die Bundeswehr leisten *soll*, wie über das, was sie leisten *kann*.

Wohl kaum eine andere Volksvertretung weltweit ist ihren Streitkräften so nah wie der Deutsche Bundestag, stellt der vormalige Wehrbeauftragte Hans-Peter Bartels fest. In Deutschland sind heute Militär, Politik und Zivilgesellschaft eng miteinander verzahnt. Die viel zitierten „Staatsbürger in Uniform" – ein bildhafter Begriff, der inzwischen selbstverständlich viele ambitionierte und emanzipierte „Staatsbürgerinnen in Uniform" einschließt – erfüllen einen wichtigen, gesellschaftlich relevanten Auftrag. Sie treten für andere ein, für dieses

Im Einsatz gegen das Virus: Ein Soldat eines mobilen Impfteams in Rostock verteilt vorbereitete Spritzen. Ganz links: Ein Oberstabsarzt führt in einem Seniorenheim im Saarland ein Informationsgespräch zur Impfung

Was die Bundeswehr im Rahmen des Heimatschutzes tun kann

Zivile Kräfte bei schweren Unglücksfällen oder Naturkatastrophen unterstützen

Den deutschen Luft- und Seeraum überwachen und sichern

Auf Deutschland anfliegende Raketen und Flugkörper abwehren

Bei Such- und Rettungsmaßnahmen auf der Nord- und Ostsee oder an Land helfen

Quelle: www.bundeswehr.de

Land, diese Gesellschaft, für uns alle. Im Ernstfall sogar unter Einsatz ihres Lebens. Das ragt gerade deshalb heraus, weil wir in einer Zeit leben, in der viele zuerst auf den eigenen Vorteil bedacht sind. Sie fordern viel vom Staat – dass sie selbst zur Aufrechterhaltung der Sicherheit und zum Zusammenhalt in unserem Land beitragen können, gerät aus dem Blick. Anders die Soldatinnen und Soldaten: Sie dienen. Freiwillig. Damit *nehmen* sie nicht nur, vor allem *geben* sie. Das kann auch als christliche Tugend gesehen werden. In jedem Fall verdient es Anerkennung, denn aus dieser Haltung sprechen Gemeinsinn, Verantwortungsbewusstsein und Pflichtgefühl.

Die Emotionen schlagen um

Doch zeichnet Soldaten mehr aus als die Berufsentscheidung, die besondere Einsatzbereitschaft und die dienende Haltung. Zentral ist der politische Hintergrund ihres Dienstes. Sie tragen Verantwortung für diesen Staat. Darum ist die Bundeswehr in besonderer Weise dazu verpflichtet, in ihren eigenen Reihen dafür zu sorgen, dass Gesetze gewahrt und Gesetzesverstöße geahndet werden. Verfassungstreue ist eine unabdingbare Voraussetzung für den Dienst in den Streitkräften. Schließlich verteidigen Soldatinnen und Soldaten die Werteordnung des Grundgesetzes.

Wir merken immer deutlicher, wie sehr diese Werteordnung im 21. Jahrhundert aktive Verteidigung braucht, wie heftig sie unter Beschuss geraten ist. Nach der Wiedervereinigung schienen uns Deutschen Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Frieden erreicht und selbstverständlich – zu selbstverständlich. Diese Selbstverständlichkeit wurde lange vor Corona erschüttert. Viele Menschen in unserem Land sind beunruhigt. Komplexe, schwer durchschaubare und miteinander verwobene Phänomene wie der Klimawandel, Globalisierung und Digitalisierung sowie seit mehr als einem Jahr auch die Pandemie werfen hoch komplizierte Fragen auf und bringen Gewohntes ins Wanken. Das löst Verunsicherung, Kontrollverlust und Ängste aus. Solche Emotionen schlagen vielfach in Aggressivität um.

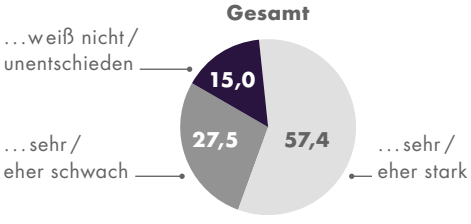
Die öffentliche Auseinandersetzung spiegelt es wider. Auf breiter Front erleben wir Hass und Hetze, persönliche Beleidigungen und Aufrufe zu Gewalt. Politiker und andere Repräsentanten des Staates, auch Uniformträger, werden verbal und tätlich angegriffen.

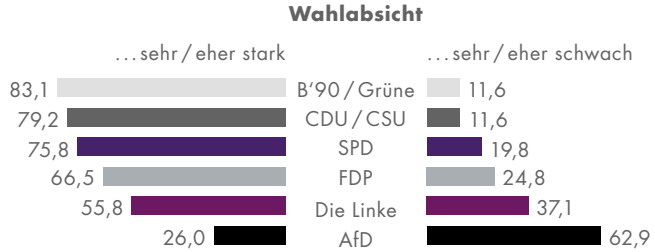
Unser Land ist nicht das einzige, in dem Gewaltbereitschaft und Irrationalität zunehmen. Alle westlichen Demokratien haben damit zu kämpfen, dass ihre Ordnung von innen und von außen attackiert wird. Es ist inzwischen weit mehr als ein beklagenswerter Verlust an Zivilität in der öffentlichen Kommunikation oder eine zufällige Häufung von gewaltsamen Übergriffen. Es ist eine zerstörerische Kraft, die das Gewaltmonopol des Staates infrage stellt. Sie zielt auf den Kern der Demokratie.

Dagegen müssen wir uns in Politik, Zivilgesellschaft und in der Bundeswehr zur Wehr setzen, um zu schützen, was uns ausmacht: Freiheit, Demokratie,

Volksverständigung: Im Rahmen der Aktion „Deutschland spricht" trafen sich bereits Tausende Menschen mit teils konträren Ansichten und diskutierten

Es gibt ja unterschiedliche Meinungen darüber, ob wir in Deutschland einen starken, handlungsfähigen Staat haben oder einen eher schwachen Staat. Wie empfinden Sie das? Würden Sie sagen, unser Staat ist…





Quelle: YouGov im Auftrag der Bertelsmann Stiftung, repräsentative Befragung, November 2020

Dr. Wolfgang Schäuble
Präsident des Deutschen Bundestages

Rechtsstaatlichkeit, Toleranz. Vor allem aber geht es um die Wahrung universeller Menschenrechte – gerade in der Pandemie.

Demokratie muss Kritik aushalten – aber keinen Unsinn

Angesichts einer schwindenden Bereitschaft, sich zu verständigen, spricht der Philosoph Rainer Forst von einer „Verwahrlosung" der Demokratie. Sie müsse Kritik aushalten, aber keinen Unsinn, sagt er und ermutigt dazu, den Feinden unserer Ordnung bewusst entgegenzutreten. Das ist eine große und fortwährende Herausforderung in der individualisierten Gesellschaft, zumal in einer Welt, die sich vom Multilateralismus entfernt hat.

Uns stehen – anders als den Feinden der Demokratie – ausschließlich die Mittel des Rechtsstaates zu Gebote. Es herrscht keine Waffengleichheit. Wir kämpfen mit legalen, friedlichen Mitteln gegen unfriedliche Absichten. Das mag nach militärischen Kriterien zunächst nach einem aussichtslosen Kampf aussehen. Es ist alles andere als das! Denn wir verteidigen unser Selbstverständnis als Demokraten, unsere Glaubwürdigkeit und die Legitimität unserer Ordnung. Und wir können dazu eines in Stellung bringen: die Mehrheit der Menschen in unserem Land, die an Frieden, Freiheit und Demokratie glauben.

Dass viele dennoch heute skeptisch auf die Politik blicken, Vertrauen verloren haben, nicht mehr wählen gehen wollen oder Populisten mehr glauben als Institutionen des Rechtsstaates – das sollte uns alle anspornen. Wir müssen besser werden. In den Verwaltungen effektiv, in der Politik glaubwürdig, in den Medien erklärend statt belehrend und alle zusammen offener für die Anliegen der Bevölkerung. Jeder kennt die Erfahrung: Nur wenn ich zuhöre, wird auch mir zugehört.

Nicht die Vielfalt ist das Problem, es sind die Tabus

Wir erleben derzeit, wie schwierig es ist, einen sachgerechten und fairen Streit zu führen. Weil Tabus aufgebaut werden, Meinungen zu schnell als unsagbar abqualifiziert, Erfahrungen und Empfindungen anderer nicht ernst genommen werden. Schnell gilt jemand als Kriegstreiber, wird als Rassist oder „Nazi" denunziert. Oder umgekehrt als „Gutmensch" belächelt oder als „Volksverräter" beschimpft. Diskussionen sind gänzlich unmöglich, wenn Frauen oder Migranten, Juden oder Muslime beleidigt und attackiert werden. Wenn die Menschenwürde, Persönlichkeitsrechte oder Rechtsvorschriften verletzt werden, endet jede Toleranz. Justiziable Überschreitungen des Rechts müssen durch die zuständigen Behörden und Gerichte geahndet werden, nicht durch Selbstgerechtigkeit und moralische Überheblichkeit.

Wo der feste Grund für einen konstruktiven Diskurs ins Unterirdische eingebrochen ist, muss genau das klar ausgesprochen werden. Das ist der erste, sehr schwere Schritt, es ist Pionierarbeit. Doch müssen wir darum kämpfen, dass der befriedende Kompromiss möglich bleibt. Innerhalb und außerhalb unserer Institutionen. Denn die Zivilität unserer Gesellschaft wird nicht durch Meinungs*vielfalt* bedroht. Sie ist in Gefahr, wenn das Recht des Anderen auf seine eigene Meinung nicht mehr anerkannt wird. Dieses Recht ist konstitutiv für eine demokratische Gesellschaft, selbst wenn diese Meinung dumm oder unanständig erscheint.

Wenn wir gesellschaftspolitische Debatten versachlichen, den Zusammenhalt stärken und das Gemeinwohl in den Blick nehmen wollen, müssen wir aus den digitalen Echokammern und Filterblasen heraus. Statt Wahrheiten und einfache Lösungen zu erwarten, sollten wir uns bewusst auf Verständigungsprozesse einlassen. Das fordert viel Geduld von Politikern und Staatsbürgern, ob sie eine Uniform tragen oder ob nicht. Es ist anstrengend und macht auch nicht immer Freude – aber es ist der Preis der lebendigen, wehrhaften Demokratie. ◢

Staatsbürger mit Kunden-Mentalität
Richard David Precht im Gespräch mit Markus Lanz über das Verhältnis von Staat und Bürger während der Pandemie (aus der Sendung vom 25. März 2021):
www.tinyurl.com/precht-lanz

ZWISCHEN SKYLLA UND CHARYBDIS

Zur fatalen Alternative von illiberaler Demokratie und undemokratischem Liberalismus

Von Roger Mielke

Zwei mächtige Institutionen, beide nicht unmittelbar gewählt: Im März 2021 landet ein Greenpeace-Aktivist auf der Europäischen Zentralbank. Greenpeace protestiert damit gegen die Klimapolitik der EZB

Im Vorfeld der französischen Präsidentenwahl im Jahr 2017 gab es Überlegungen, Wählern einen *vote en blanc* zu ermöglichen. Ein „weißer Stimmzettel" sollte ein Votum für keine der zur Wahl stehenden Personen sein. Wenn diese Stimmen in der Mehrheit seien, sollten umgehend Neuwahlen angesetzt werden. Dieser – nicht realisierte – Vorschlag gehört in eine Reihe von Antwortversuchen auf die Frage, wie man der taumelnden Demokratie neue Kraft zuführen könne. Legitimität, so ist die grundlegende Einsicht, muss auf einem breiteren Fundament demokratischer Teilhabe als demjenigen schwindender Wahlbeteiligungen beruhen, die, so die Annahme, nur die bestehende politische Klasse privilegieren. Andere Vorschläge sind etwa: Volksentscheide ausweiten; Wahlen durch Umfragen ersetzen – so ein Vorschlag der *Cinque Stelle* in Italien; durch Losentscheid besetzte Gremien in politische Entscheidungen einbinden.

Der US-Amerikaner Jason Brennan spricht sich umstandslos für eine *Epistokratie* aus, die es nur wohlinformierten Bürgern erlaubte, an der politischen Willensbildung teilzuhaben. Dieser breite und populäre Reformdiskurs steht insgesamt für ein tiefes Unbehagen an der repräsentativen Demokratie.

Das Unbehagen in der globalen Moderne

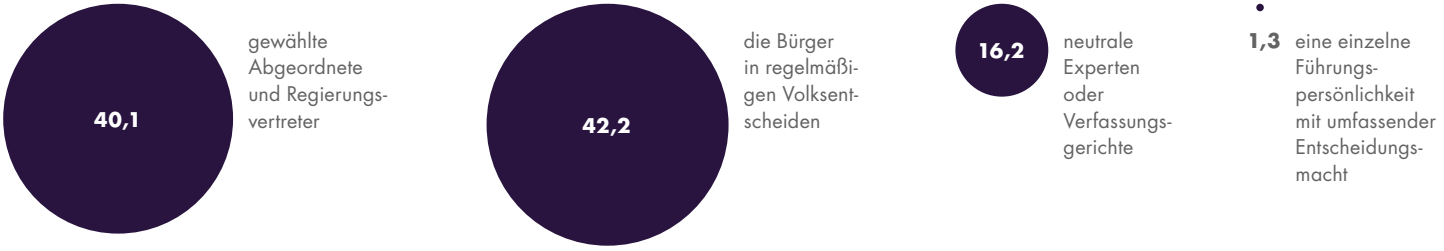
Woher aber rührt dieses Unbehagen? Politikwissenschaftliche Analysen weisen in eine doppelte Richtung: auf den gemeinsamen Aufstieg eines undemokratischen Liberalismus und einer illiberalen Demokratie. Der in Harvard lehrende Politikwissenschaftler Yascha Mounk spricht von symmetrischen Verfallsformen der Demokratie: von „Rechten ohne Demokratie" im Falle des undemokratischen Liberalismus, von „Demokratie ohne Rechte" mit Blick auf die illiberale Demokratie. In einer Welt, die von rapidem technologischem Wandel, ökonomischer Verflechtung und weltweitem Datenaustausch in Echtzeit geprägt ist, wachsen auch die politischen Aufgaben, die nur in globalem Maßstab bearbeitet und, wenn überhaupt, gelöst werden können. Klimawandel etwa und weltweite Migrationsbewegungen liegen außerhalb der Reichweite nationalstaatlicher Politiken. Internationale Organisationen übernehmen an deren Stelle Verantwortung. Staaten geraten unter den Druck mächtiger transnationaler Akteure. Global agierende Konzerne vertreten ihre „privaten" Interessen mit Nachdruck und verfügen mittlerweile über eine höhere Durchsetzungsfähigkeit als viele Staaten.

Aber auch um die demokratische Legitimität großer Nichtregierungsorganisationen, die für sich in Anspruch nehmen, ein globales Gemeinwohl zu vertreten, ist es schlecht bestellt. Ein an individuellen Rechten und privaten Interessen orientierter Liberalismus des Freihandels, aber auch ein „No Borders"-Liberalismus der Menschenrechte entziehen sich mehr und mehr demokratischer Kontrolle. In Politikfeldern wie Klimaschutz wird der Ruf nach von Experten gesetzten bindenden Regeln lauter. Die Zweifel wachsen, ob die dem kurzfristigen Zyklus von Wahlen unterworfenen nationalen Regierungen überhaupt die Kraft aufbringen können, rationale und nachhaltige Lösungen zu formulieren und durchzusetzen. In der Fluchtlinie dieser Entwicklungen zeigen sich Umrisse eines „undemokratischen Liberalismus", eines Liberalismus, der sich an ökonomischen Interessen und individuellen Rechten orientiert, sich aber der demokratischen Zurechenbarkeit mehr und mehr zu entziehen droht.

Vertrauensverlust

Mit dieser Entwicklung geraten auch die demokratischen Verfahren und Institutionen selbst unter Druck. Das Institutionenvertrauen sinkt. Vertrauen aber ist die grundlegende Ressource der Demokratie, die sich im politischen Prozess als Legitimität zeigt. In der weltweiten populistischen Revolte äußert sich der Vertrauensverlust in Nationalismus, Ethnozentrismus und gesellschaftlicher Polarisierung, kurz in der Versuchung der „illiberalen Demokratie", die mit der Verheißung des *take back control* antritt. Zum politischen Programm wurde diese Losung ausdrücklich erhoben durch den Ungarn Viktor Orbán, mit erschreckendem Erfolg an den Wahlurnen. Zur

Keine Mehrheit für autoritäres Regierungsmodell
Wer sollte am besten über Gesetze entscheiden? (in Prozent)



Quelle: Friedrich-Ebert-Stiftung, Universität Bonn, repräsentative Befragung 2019

Signatur des Populismus gehört Verachtung gegenüber den politischen Eliten der liberalen Demokratie. Ein populistisches Standardargument lautet, dass die repräsentativen Institutionen gerade nicht repräsentativ und in ihren Politiken am Gemeinwohl orientiert, sondern von den Eliten gekapert seien und deren Selbstreproduktion und Machterhalt dienten. Wesentliche Politikfelder seien zudem in nichtmajoritäre Institutionen ausgelagert, die dem politischen Zugriff entzogen seien, beispielsweise in Zentralbanken oder Verfassungsgerichte. Der erbitterte Streit um die Rechtsstaatlichkeit in Polen etwa lässt sich nur vor diesem Hintergrund verstehen.

Auf dem Weg in die illiberale Demokratie werden dann Schritt für Schritt die Spielregeln der Demokratie geändert und das Institutionengefüge insgesamt so weit unterminiert, dass ein demokratischer Machtwechsel immer unwahrscheinlicher wird. Die Ausgangsdiagnose, dass die Eliten den Staat zu ihrem Eigentum erklärt haben, und der Endzustand entsprechen einander, nur sind die Eliten ausgetauscht.

In die Gesamtrechnung des Vertrauensverlustes gehört auch ein spiegelbildliches Misstrauen der politischen Klasse angesichts der Wankelmütigkeit von Mehrheiten. Der Brexit zeigt, was mit geschickter medialer Beeinflussung möglich ist. Damit wächst die Versuchung, umstrittene Politikfelder Mehrheitsentscheidungen zu entziehen und zu delegieren – nach „Brüssel“ etwa oder an unparteiliche Expertengremien. Philip Manow hat darauf hingewiesen, dass in dieser Konstellation die „Hauptkonfliktlinie“ zwischen „technokratischen *post-politics* auf der einen Seite und populistischen *politics* auf der anderen“ verläuft. Totale Politisierung durch Dauermobilisierung und Empörungsmanagement – auf der Straße oder im digitalen Raum – und

So sehen Sieger aus: Brexit-Befürworter feiern am 31. Januar 2020 den Austritt aus der Europäischen Union

Der Brexit zeigt, was mit geschickter medialer Beeinflussung möglich ist.

In sieben Schritten von der Demokratie zur Diktatur
Eine illustrierte Anleitung des österreichischen Designers Andreas Palfinger für Populisten:

1 Schaffe eine Bewegung
2 Verändere Sprache und Moral
3 Den Worten folgen Taten
4 Ändere Gesetze und Politik
5 Schaffe dir den idealen Bürger
6 Ersticke die Proteste
7 Schaffe dein ideales Land

Zum Projekt: **www.andreas-palfinger.at/populism**

Entpolitisierung durch Flucht in Expertenwissen sind durchaus verschwistert.

Polarisierung und Parteiendemokratie

Mit der Erosion der liberalen Demokratie wächst das Ausmaß innergesellschaftlicher Polarisierung. Populisten sind an Verschärfung von Konflikten interessiert. Die klassischen Formen und Wege politischer Integration geraten unter Druck, ablesbar vor allem am Niedergang der Volksparteien, die für die Funktionsfähigkeit der Demokratie unerlässlich waren. Aufgabe der Parteien ist es ja, Interessen und Ideen zu bündeln und in den politischen Prozess einzuspeisen.

Im Hintergrund der Parteien standen einst relativ homogene Klassen- und Interessenlagen, die sich in starken Parteien zusammenfassen ließen. Ökonomischer und kultureller Wandel lösen diese großen einheitlichen Klassen- und Interessenlagen auf. Einerseits bilden sich neue Parteiformationen. In Frankreich etwa konnte man sehen, wie das unter den Bedingungen der Präsidialdemokratie eh volatile Parteiensystem spektakulär und in kürzester Frist zerbrach, um so etwas wie einem liberalen Populismus Raum zu geben. Andererseits lässt sich die Tendenz der traditionellen Parteien beobachten, sich eindeutiger an partikularen Identitäten zu orientieren. Der Aufstieg der Identitätspolitik hat hier eine seiner Wurzeln. Es wächst die Versuchung, dem grauen Rauschen des Pluralismus die Illusion programmatischer Homogenität entgegenzusetzen. Die Sehnsucht großer Teile der CDU nach Friedrich Merz passt in dieses Muster ebenso wie die Suche der SPD danach, sich neu als „echte“ linke Partei aufzustellen. Kompromisse zu formulieren und Regierungsmehrheiten zu bilden, wird damit allerdings immer schwieriger. Die Politikwissenschaftlerin Julia Azari spricht treffend von „weak parties and strong partisanship“.

Gesellschaftliche Polarisierung, so zeigen empirische Analysen, entspringt weniger einer Unzufriedenheit mit dem Status quo, sondern vielmehr einer diffusen Abstiegsangst, die allerdings nicht ganz ohne Anhalt in den ökonomischen Veränderungen ist. Am Horizont der Dekarbonisierung erscheinen gemeinsam der Niedergang der klassischen Industrieökonomie, die in Deutschland länger als anderswo überlebte, und der Aufstieg der Big-Data-Ökonomie, deren getaktetes Herz, so wird befürchtet, nicht in den alten ökonomischen Zentren an Rhein, Ruhr und Neckar schlagen wird.

Demokratie in und nach der Corona-Krise

Die Corona-Krise wurde zunächst als retardierendes Moment dieser Entwicklungen erlebt und hat vor allem der Exekutive einen erheblichen Legitimitätsschub beschert. Das in der „Flüchtlingskrise“ nach 2015 erheblich beschädigte Vertrauen in die Kontrollfähigkeit staatlichen Handelns zeigte sich erholt und hat zumindest auf Bundesebene der Kanzlerin-Partei CDU einen Höhenflug in der demoskopisch erhobenen Zustimmung beschert. Dies scheint sich im zähen Spätwinter und Frühjahr 2021

Militärdekan Dr. Roger Mielke
leitet das Evangelische Militärpfarramt Koblenz III am Zentrum Innere Führung der Bundeswehr.

Onlinekonzerne: Reich und einflussreich

5

Billionen US-Dollar: gemeinsamer Wert der Konzerne Apple (1,7 Billionen) Amazon (1,5 Billionen), Alphabet (1,1 Billionen) und Facebook (680 Milliarden) im Sommer 2020.

Quelle: www.tinyurl.com/tech-konzerne-macht

allmählich und dann rapide zu verflüchtigen, beschleunigt durch administrative Unzulänglichkeit in der Impfkampagne und Unappetitlichkeiten wie die Krisengewinnler-Mentalität einiger Unionsabgeordneter, die das alte Elitenmuster trefflich bedienten. Ob im Ergebnis der Corona-Krise nicht eher eine Beschleunigung der Desintegrationsprozesse stehen wird, bleibt offen. Es geht dabei kaum um grundsätzliche Alternativen zur Demokratie. Autoritäre Ordnungsmodelle wie in der Türkei oder in Russland sind kaum anziehend. Ebenso wenig, bei aller Bewunderung effizienter Lösungen, ein extremer Etatismus nach chinesischem Vorbild.

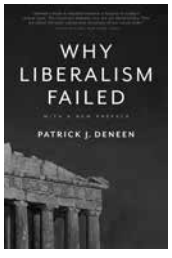
Das vergangene Jahr im Schatten der Pandemie hat allerdings deutlich gemacht, dass die demokratische Ordnung nicht umhinkommt, sich doppelt auszuweisen: Sie muss sich am „Output" ausweisen, daran, ob sie in der Lage ist, Probleme effektiv zu lösen. Und: Sie muss sich am „Input" ausweisen, am Vertrauen und am Legitimitätsglauben der Bürger, was sich nicht zuletzt in der Wahlbeteiligung und im zivilgesellschaftlichen und politischen Engagement ausdrückt. Der bedrückendste Kollateralschaden der Seuche liegt darin, dass die Zivilgesellschaft verstummt oder in die fragmentierte Welt der „sozialen Medien" ausgewandert ist. Eine Demokratie, die ihrer Einbettung in ein starkes zivilgesellschaftliches Engagement in Vereinen und Kirchen, in Kultur und Sport beraubt wäre, trüge ein vollkommen anderes Gesicht als das uns vertraute. Allerdings läge auch im fortschreitenden Niedergang der intermediären Institutionen durchaus eine der Moderne und auch einer individualistischen Spielart des Liberalismus nicht fremde Logik. Freigesetzte Individuen, starker Staat und digitale Ökonomie wären die Pfeiler dieses zugigen politischen Gebäudes.

Die politische Lebensform der Freiheit

Wolfgang Merkel und Michael Zürn fassen ihre Untersuchungen zur demokratischen Legitimität zusammen: „Die politischen Entscheidungseliten müssen auf das Legitimitätsmisstrauen der Bürger reagieren." Wie aber kann es gelingen, die Enge zwischen Skylla und Charybdis, zwischen illiberaler Demokratie und undemokratischem Liberalismus zu durchschiffen, ohne an der einen oder an der anderen Klippe zu zerschellen? Der amerikanische Politikwissenschaftler Patrick Deneen kommt zu dem Schluss, dass der Liberalismus insgesamt gescheitert sei, und zwar weil er sich zu Tode gesiegt habe. Als alternativloses politisches Konzept habe er die Freiheit des In-

Literaturtipps

WZB Mitteilungen 167: Legitimität als Grundlage und Voraussetzung der Demokratie, März 2020, www.tinyurl.com/wzb-167



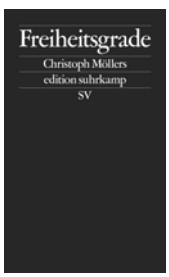
Patrick J. Deneen: **Why Liberalism failed**, Yale University Press, New Haven, London 2018, 264 Seiten.

Philip Manow: **(Ent-)Demokratisierung der Demokratie**, Suhrkamp, Berlin 2020, 215 Seiten.

Mutmaßliche Gründe für sinkende Zustimmung zur Union: Eine Kamerafrau filmt im bayerischen Landtag die Bürotür des Abgeordneten Alfred Sauter (CSU), gegen den die Staatsanwaltschaft im Zuge der „Maskenaffäre" ermittelt; Treffen des CDU-Wirtschaftsrats 2018. Der Rat verschafft Firmen Zugang zur CDU-Parteispitze

dividuums auf Kosten seiner sozialen Einbettung so sehr betont, dass schließlich die Ermöglichungsbedingungen der Freiheit irreparabel beschädigt seien. Man muss dieser Diagnose nicht im Ganzen folgen, um zu dem Schluss zu kommen, dass es darum gehen muss, die Balance zwischen Ausübung der Freiheit und Sorge um stabile und vertrauenswürdige Institutionen, zwischen Freiheit und Gemeinsinn neu zu justieren.

Die Demokratie muss vor beidem geschützt werden: vor einer Herrschaft der Mehrheit ohne rechtsstaatliche Einhegung und vor einer verfestigten Herrschaft der ökonomisch Privilegierten, die Prozesse und Verfahren dominieren. Demokratie ist die politische Lebensform der Freiheit. Die Freiheit davor zu schützen, dass sie von ihren eigenen Folgen verzehrt wird, wird der Kern der Aufgabe sein. Dazu braucht es auch eine starke Zivilgesellschaft und einen pfleglichen Umgang mit den tragenden Institutionen. Verantwortungsdiffusion und Expertenherrschaft helfen nicht weiter, sie entpolitisieren das, was letztlich nur durch den demokratischen Konflikt hindurch politisch entschieden werden kann. „Gegen Politik hilft nur Politik" (Christoph Möllers). ◢



Christoph Möllers: **Freiheitsgrade**: Elemente einer liberalen politischen Mechanik, Suhrkamp, Berlin 2020, 343 Seiten.

Yascha Mounk: **Der Zerfall der Demokratie**: Wie der Populismus den Rechtsstaat bedroht, Droemer-Knaur, München 2018, 368 Seiten.

Adam Przeworski: **Krisen der Demokratie**, Suhrkamp, Berlin 2020, 256 Seiten.

BESSER ALS SEIN RUF

Während der Pandemie schwingt in den Klagen über politische Langsamkeit die Kritik am Föderalismus mit. Das System hat jedoch erwiesenermaßen einige Stärken und Vorteile gegenüber einem zentralistischen Staat

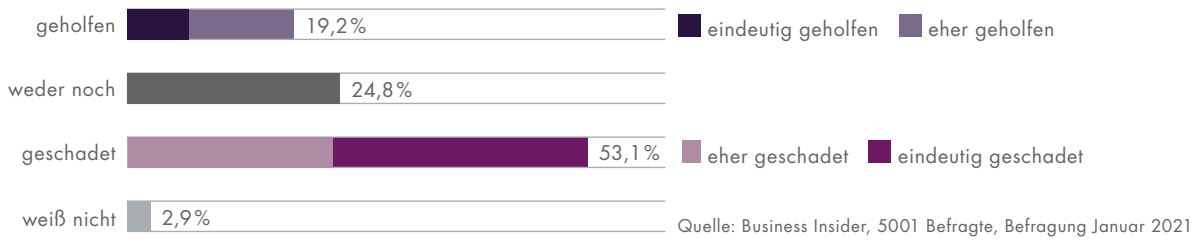
Von Nathalie Behnke

Einführung

Die Bundesrepublik Deutschland ist gemäß Artikel 20 Absatz 1 des Grundgesetzes ein demokratischer und sozialer Bundesstaat. Damit ist die föderale Ordnung (Bundesstaat) als Verfassungsprinzip verankert und sogar in Artikel 79 Absatz 3 des Grundgesetzes als einziger Grundsatz neben den Menschenrechten durch die sogenannte Ewigkeitsklausel vor Veränderung geschützt.

Seit Beginn der Pandemie erfährt der deutsche Föderalismus großes öffentliches Interesse. Zuvor war er eher ein Nischenthema ohne offensichtliche Bedeutung im Alltag. Allerdings wird er von der Bevölkerung vor allem so wahrgenommen: In stundenlangen Videositzungen streiten die Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten der Länder um einen gemeinsamen Weg bei den Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung. Man einigt sich auf einen Beschluss voller Formelkompromisse, die in einer gemeinsamen Presseerklärung bekannt gegeben werden. Am nächsten Tag interpretiert dann jedes Land die Beschlüsse anders, und das Ergebnis ist ein Flickenteppich von Regelungen, die keiner mehr überblickt. Entsprechend werden laute Zweifel geäußert, ob auf diese Weise das Virus erfolgreich eingedämmt werden kann. Dennoch, der Föderalismus als Verfassungsprinzip bietet wertvolle Vorteile. Und auch als Entscheidungsmechanismus in Krisenzeiten ist er besser, als man denkt. Schließlich hatten die Mütter und Väter des Grundgesetzes ebenso wie die Alliierten 1949 gute Gründe, sich für die föderale Ordnung zu entscheiden und sie zu schützen.

Hat das föderale System Deutschland während der Corona-Pandemie aus Ihrer Sicht bisher eher geholfen oder geschadet? (in Prozent)



Quelle: Business Insider, 5001 Befragte, Befragung Januar 2021

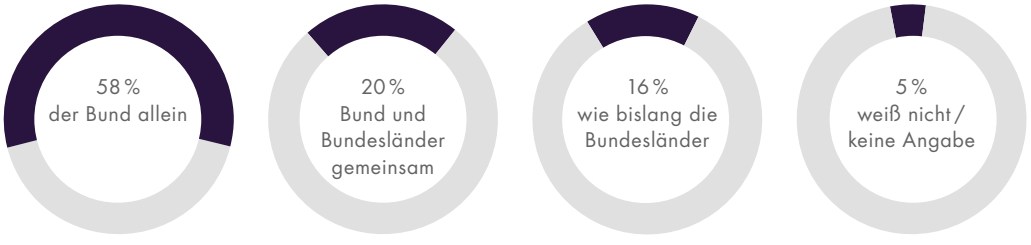
Pressekonferenz nach einer Bund-Länder-Runde im März 2021: Bremsen die Länder sinnvolle Maßnahmen gegen die Pandemie aus oder sind die Länder eher ein wichtiges Korrektiv?

Was den Föderalismus ausmacht

Eine föderale Ordnung wird von unitarischen Staaten dadurch unterschieden, dass sie politische Macht auf mindestens zwei gebietskörperschaftliche Ebenen aufteilt. Politische Macht umfasst im Sinne der Gewaltenteilungslehre nach Montesquieu die legislative (gesetzgebende), die exekutive (vollziehende) und die judikative (rechtsprechende) Gewalt. Diese Gewalten oder Kompetenzen sind also zwischen den Ebenen verteilt. Um als föderal zu gelten, reicht es dabei nicht aus, dass etwa die regionale oder die lokale Ebene Rechtsvorschriften eigenständig vollzieht. Das ist in fast allen unitarischen Staaten ebenfalls der Fall. Sondern sie müssen das Recht haben, über Politikinhalte und Regeln in eigenen Parlamenten und Regierungen selbstständig zu entscheiden.

In Deutschland ist die Bundesebene für mehr Bereiche der Gesetzgebung zuständig als die Länder. Die Länder dürfen nur in begrenzten Bereichen Gesetze erlassen, beispielsweise bei Bildung und Kultur; aber auch die Polizei, das Gaststättenrecht oder die Beamtenbesoldung sind Bereiche, in denen die Länder Gesetzgebungskompetenzen haben. Die genaue Aufteilung ist in den Artikeln 70 bis 74 des Grundgesetzes geregelt. Der Gesetzesvollzug hingegen liegt fast ausschließlich bei den Ländern. Dies gilt beispielsweise für alle sozialstaatlichen Aufgaben, etwa die Bemessung und Auszahlung von Sozialleistungen, für den Justizvollzug oder den Gesundheitsschutz.

Umfrage zur Bildungspolitik: Wer sollte zuständig sein? (in Prozent)



Quelle: Bitkom Research, repräsentative Umfrage, Februar 2019

Eine Ausnahme von dieser Arbeitsteilung stellt die Verteidigung dar. Da Verteidigung eine ausschließliche Bundeskompetenz ist, sind Soldatinnen und Soldaten Bundesbedienstete. Da die Länder somit auch besser als der Bund wissen, was für einen funktionierenden Vollzug nötig ist, wirken sie über den Bundesrat an der Gesetzgebung des Bundes mit. Dort bringen Vertreter der Landesregierungen die Sichtweisen der Länder schon frühzeitig in die Diskussion ein.

Am Beispiel des Pandemieschutzes lässt sich diese Arbeitsteilung gut illustrieren. Das Infektionsschutzgesetz ist ein Bundesgesetz, das den allgemeinen Rahmen für den Pandemieschutz festlegt. Es ermächtigt aber die Landesregierungen als ausführende Behörden, eigene Maßnahmen zu treffen. Diese werden dann als Rechtsverordnungen von den Landesregierungen beschlossen und von Gesundheitsämtern, Polizei, Schulen, Ordnungsämtern und vielen anderen umgesetzt.

Prof. Dr. Nathalie Behnke
leitet den Arbeitsbereich „Öffentliche Verwaltung, Public Policy" am Institut für Politikwissenschaft der Technischen Universität Darmstadt. Sie forscht unter anderem zur Rolle von Verwaltungen im politischen Prozess sowie zu Föderalismus.

Die Länder sind souverän

Man sieht also, dass in fast allen Politikbereichen aufgrund dieser funktionalen Arbeitsteilung – Gesetzgebung beim Bund, Vollzug bei den Ländern – die Ebenen intensiv zusammenarbeiten müssen. Diese enge Verflechtung zwischen den Ebenen bringt einen enorm hohen Koordinationsaufwand mit sich, da sich viele beteiligte Akteure abstimmen müssen. Entscheidungen, an denen viele Akteure beteiligt sind, können eigentlich nur in Kompromissen enden. Zu schnellen, klaren und eindeutigen Maßnahmen kann man sich hingegen nur selten durchringen. Dies wird häufig als Schwäche des Föderalismus kritisiert und gilt für Verhandlungen im Bundesrat ebenso wie in der Ministerpräsidentenkonferenz. Bundespositionen stehen Länderpositionen gegenüber, Vertreter verschiedener Parteien und Koalitionen versuchen, parteiideologische Positionen durchzusetzen, und auch zwischen den Ländern gibt es Interessenunterschiede, etwa zwischen finanzstarken und finanzschwachen Ländern, zwischen Küsten- und Alpenanrainern oder zwischen Hochtechnologie- oder Agrarregionen.

Die Beteiligung so vieler unterschiedlicher Interessen an einer gemeinsamen Entscheidung hat aber auch große Vorteile. Sie schützt vor vorschnellen, einseitigen und uninformierten Beschlüssen, da unterschiedliche Perspektiven eingebracht werden müssen und um eine gemeinsame Linie gerungen werden muss.

Gesetzgebungskompetenzen von Bund und Ländern nach Art. 70–74 GG (Beispiele)

Bund (ausschließlich)	**Bund / Länder** (Länder können von Bundesgesetzen abweichen)	**Bund / Länder** (konkurrierend: Bund kann Zuständigkeit der Länder beschneiden)	**Länder** (ausschließlich)
Auswärtige Angelegenheiten	Grundsteuer	Bürgerliches Recht, Strafrecht	Bildung
Verteidigung	Naturschutz / Landschaftspflege	Hochsee- / Küstenschifffahrt	Kultur
Währungs- / Geldwesen	Bodenverteilung	Straßenverkehr	Polizeiwesen
Zollwesen / Grenzschutz	Raumordnung	Abfallwirtschaft	Rundfunk- und Medienwesen

Quelle: Bundeszentrale für politische Bildung

Corona-Test im März 2021 an einer Schule in Sachsen-Anhalt. In der Pandemie empfinden viele Bürger die Regelungen der Länder als unübersichtlich. Andererseits ist flexibles Reagieren je nach Lage möglich

Gerade in einer Krisensituation, in der wenig Wissen über die Wirkungen von Handlungen vorhanden ist, ist eine gemeinsam erarbeitete Entscheidung vermutlich intelligenter und angemessener als eine Entscheidung, die von einer „starken" Führungsperson allein getroffen wird. Das Risiko eines Irrtums ist geringer, und unterschiedliche Sichtweisen gehen in die Betrachtung ein.

Was bei der beobachtenden Bevölkerung als Zickzackkurs, Salamitaktik oder Unentschlossenheit der Regierenden ankommt, ist zu einem guten Teil Ausdruck widersprüchlicher Zielsetzungen – einerseits sollen die Infektionszahlen reduziert werden, dafür müssen Kontakte beschränkt werden, andererseits können Bildung, Kultur und Gewerbe nicht beliebig lang ausgesetzt werden. Also muss man Mittellinien ausloten, und dafür benötigt man Vertreter unterschiedlicher Positionen.

Werden Beschlüsse, etwa auf der Ministerpräsidentenkonferenz (MPK), gefasst, haben die Länder außerdem noch die Freiheit, diese Beschlüsse umzusetzen oder auch abzuwandeln. Das liegt daran, dass die MPK zwar ein wichtiges exekutives Gremium ist, aber aufgrund der Souveränität der einzelnen Länder nur auf wechselseitige Selbstverpflichtungen hinwirken kann, die zwar aufgrund ihrer Öffentlichkeit eine gewisse politische Bindungswirkung entfalten, aber nicht rechtlich bindend sind. Tatsächlich finden sich in vielen Politikbereichen – auch im Pandemiemanagement – beträchtliche Unterschiede zwischen den Ländern.

Diese Uneinheitlichkeit ist verwirrend und scheint unnötig, ist aber vom Prinzip her durchaus zu verteidigen. Ein Vorteil des Föderalismus liegt gerade darin, dass auf regional unterschiedliche Bedürfnisse und Situationen flexibel reagiert werden kann. Diese Stärke können die Länder ausnutzen, um gemeinsame Beschlüsse an ihre länderspezifischen Gegebenheiten anzupassen, etwa an unterschiedlich hohe Infektionszahlen. Im besten Fall führt diese Variation über die wechselseitige Beobachtung zu einem kollektiven Lernen, sodass erfolgreiche Strategien schnell entdeckt und dann kopiert werden können. Leider zeigt sich dieser Lerneffekt aktuell nicht im erwünschten Maße. Dies liegt unter anderem daran, dass in vielen Teilen der Republik Wahlkampfmodus herrscht. Politikerinnen und Politiker glauben daher, sie müssten Positionen vertreten, die ihnen Wählerstimmen bescheren. Was aber Stimmen zu bringen verspricht, sind erstaunlicherweise nicht immer die sachlich einleuchtenden Lösungen.

Föderalismus schützt

Wir sehen also, dass die föderale Machtteilung prinzipiell die Freiheit der Bürger schützt, da einzelne Machthabende nicht ungehindert durchgreifen können. Auch kann die Beteiligung Vieler an Entscheidungen zu besseren Lösungen führen. Und ein Wettbewerb der Ideen befördert Lernen durch wechselseitige Anpassung. Dafür müssen wir eine gewisse Uneinheitlichkeit der Umsetzung von Politiken zwischen den Bundesländern akzeptieren. Ähnlich ist es mit der Demokratie: Auch sie sichert die Freiheit und Interessen der Bürger, da Politikerinnen und Politiker sich um die Wiederwahl bemühen müssen. Der Wahlrhythmus verleitet diese jedoch zu kurzsichtigen Handlungen und behindert damit eine sachrationale Politik. Die Wahlkampforientierung der Politikerinnen und Politiker kann, wie zurzeit, auch ihre Bereitschaft untergraben, sich in föderalen Verhandlungen auf Kompromisse zu einigen. Aber verzichten sollten wir weder auf den Föderalismus noch auf die Demokratie, denn beide schützen letztlich die Freiheiten und Interessen der Bürger vor Machtkonzentration und illegitimer Machtausübung. ◢

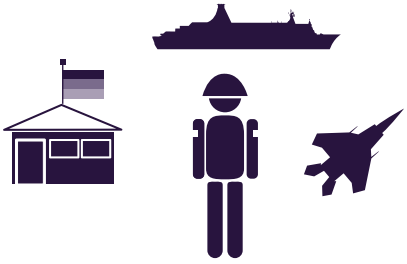
Bund (ausschließlich)	**Bund / Länder** (Länder können von Bundesgesetzen abweichen)	**Bund / Länder** (konkurrierend: Bund kann Zuständigkeit der Länder beschneiden)	**Länder** (ausschließlich)
Staatsangehörigkeit	Wasserhaushalt	Maßnahmen gegen gemeingefährliche oder übertragbare Krankheiten	Hochschulwesen
Luftverkehr	Hochschulzulassung	Vereinsrecht	Versammlungsrecht
Post und Telekommunikation		Arbeitsrecht	
Waffen- und Sprengstoffrecht		Lebensmittel, Futter, Tierschutz, Pflanzenschutz	

MITBESTIMMUNG ALS GESCHMACKLOSIGKEIT

Der lange Weg von den Arbeiter- und Soldatenräten der Novemberrevolution zum Gesamtvertrauenspersonenausschuss der Bundeswehr

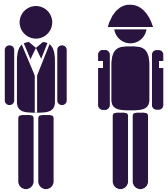
Von Michael Epkenhans

Zusammensetzung des Gesamtvertrauenspersonenausschusses (GVPA)



35 direkt gewählte Vertrauenspersonen aller Laufbahngruppen

28 Vertreter des Hauptpersonalrats im BMVg



Vom Kasernenhof ins Plenum: Reichsversammlung des Arbeiter- und Soldatenrates im Gebäude des preußischen Abgeordnetenhauses in Berlin, November 1918

Erste Anfänge und Scheitern

Anfang November 1918 zogen Tausende Soldaten mit roten Fahnen durch die Städte des Deutschen Reiches. Parallel gründeten sie Soldatenräte, die häufig mit Arbeiterräten zusammenarbeiteten. Nur so glaubten sie, den Obrigkeitsstaat des Kaiserreichs überwinden und dessen wichtigste Stütze im Kampf gegen Demokraten, das Militär, demokratisieren zu können. In Zukunft, so das Ziel vieler Soldatenräte, sollte dieses nicht nur Republik und Demokratie ohne Vorbehalte gegen alle Feinde von außen und im Innern schützen, sondern sich auch selber vollständig wandeln. Die Zeiten, in denen Offiziere und Unteroffiziere ihre Mannschaften weitgehend ungeschoren erniedrigen oder gar misshandeln konnten, sollten endgültig vorbei sein. Symbolträchtig rissen Soldaten in den ersten Tagen der Revolution Offizieren ihre Epauletten von den Schultern und zerbrachen deren kaiserliche Degen.

Die Hoffnung, den Rätegedanken in die neue „Wehrmacht“ hineintragen zu können, erfüllte sich nicht. Forderungen nach der Wahl der eigenen „Führer“, Abschaffung aller Orden- und Ehrenzeichen und Bildung einer „Volkswehr“ fanden keine Mehrheit.

Inwieweit die „Reichswehr“, wie die neue Armee schließlich hieß, ein „Staat im Staate“ war, ist in der Forschung im Einzelnen strittig. Die Bestimmungen über die „Berufspflichten“ der Soldaten, die ein ausdrückliches Bekenntnis enthielten, „Vaterland und Verfassung“ zu schützen, förderten jedoch keineswegs die innere Anerkennung der neuen Republik und demokratischer Prinzipien. Verantwortlich dafür war, dass die große Mehrheit des Offizierskorps den „alten Eliten“ des Kaiserreichs entstammte, im Geist alter Vorbilder und Wertvorstellungen militärisch sozialisiert worden war und politisch konservativ dachte. Viele Offiziere empfanden die Bestimmungen des Wehrgesetzes daher als „geschmacklos“.

Die Änderung von 1930 verwies schließlich sogar explizit auf die „Republik“, die es zu schützen galt. Eine weitere Formulierung schränkte allerdings dieses Bekenntnis bereits wieder ein: „Die Reichswehr dient dem Staat, nicht den Parteien“, hieß es dort. Vor diesem Hintergrund war es nur konsequent, Soldaten das aktive und passive Wahlrecht wie im Kaiserreich zu verweigern.

Nicht verweigern konnten die Verantwortlichen den Soldaten jedoch erste Beteiligungsrechte. Bereits am 14. Dezember 1918 hatte Generalmajor Georg Maercker die Wahl von Vertrauenspersonen als Mittler zwischen Offizieren und Mannschaften angeordnet. Dabei ging es ihm allerdings nicht um wirkliche Mitbestimmung. Er hoffte vielmehr, so die Absetzung von Offizieren durch Soldatenräte verhindern zu können.

Das Gesetz über die vorläufige Reichswehr vom März 1919 schrieb dann erstmals die Wahl von Vertrauensleuten fest und beschrieb deren Stellung. Im Juni 1920 unterschrieb Reichspräsident Friedrich Ebert schließlich eine Verordnung über die Bildung einer „Heeres- bzw. Marinekammer“; 1921 traten die Bestimmungen endgültig in Kraft. Die notwendigen Ausführungsbestimmungen, die die Rechte der insgesamt 69 Mitglieder der Vollversammlung – 14 Offiziere, 13 Unteroffiziere, 29 Mannschaften sowie einige Heeresbeamte, Sanitätsoffiziere usw. – regelten, wurden jedoch nie erlassen.

Vertrauenspersonen im GVPA, Anteile

- Heer: 24
- Streitkräftebasis: 12
- Luftwaffe: 11
- Marine: 6
- Sanitätsdienst: 5
- Zentraler Bereich: 5

Quelle: BMVg / Soldatenbeteiligungsgesetz

Die Hoffnung, den Rätegedanken in die neue „Wehrmacht“ hineintragen zu können, erfüllte sich nicht. Forderungen nach der Wahl der eigenen „Führer“, Abschaffung aller Orden- und Ehrenzeichen und Bildung einer „Volkswehr“ fanden keine Mehrheit.

Wirklichen Einfluss hat die Verordnung nie gehabt. Die Reichswehrführung tat alles, um dieses „Zugeständnis an den Parlamentarismus“ (Horst Rhode) zu unterlaufen. Unmittelbar nach der Machtübernahme durch Adolf Hitler 1933 hob das Zweite Gesetz zur Änderung des Wehrgesetzes diese Kammern auf. Uneingeschränkter Gehorsam und Disziplin hatten Vorrang vor jedweder Form der Mitbestimmung. Nur so schien es möglich, die verbrecherischen Ziele des NS-Regimes zu realisieren.

Lehren aus der Geschichte

In der *Himmeroder Denkschrift* vom Oktober 1950 formulierten im Auftrag des damaligen Bundeskanzlers Konrad Adenauer ehemalige Generale und Admirale nicht nur die Grundlagen für den Aufbau der Bundeswehr. Sie war zugleich auch der Versuch, nach den Grauen und Verbrechen des vergangenen Krieges Lehren aus der Geschichte für das innere Gefüge der neuen Armee zu ziehen. Innere Führung und das Leitbild vom Staatsbürger in Uniform waren die vom späteren Generalleutnant Wolf Graf von Baudissin geprägten Prinzipien für ein neues Verständnis von Soldatentum. Blinder Kadavergehorsam und Distanz, wenn nicht Ablehnung der bestehenden demokratischen Ordnung sollten endgültig der Vergangenheit angehören. Der Soldat der Bundeswehr sollte ein mündiger Staatsbürger sein, der das aktive und passive Wahlrecht besaß, in die Gesellschaft integriert war, der die Normen und Werte des Grundgesetzes aus innerer Überzeugung bejahte sowie sich bei Erfüllung seines Auftrages sittlichen Prinzipien verpflichtet fühlte.

Untrennbare Bestandteile dieser Prinzipien waren auch die Gewährung des Koalitionsrechts, die Wahl von Vertrauenspersonen mit sehr weitgehenden Beteiligungsrechten, die Einführung eines umfassenden Beschwerderechts und die Möglichkeit, sich bei der Verletzung von Grundrechten an den neu geschaffenen, allein dem Bundestag verantwortlichen Wehrbeauftragten zu wenden. Die neue Bundesrepublik machte damit deutlich, dass sie ungeachtet der hierarchischen Struktur einer militärischen Organisation und der Pflicht des Soldaten zum Gehorsam bereit und gewillt war, aus der Geschichte zu lernen. In Zeiten, in denen Populisten erneut die Demokratie zu unterhöhlen versuchen, gilt es, an den schwierigen Weg zu einer der Demokratie verpflichteten Bundeswehr zu erinnern und diesen als Mahnung für Gegenwart und Zukunft zu begreifen. ◢

Prof. Dr. Michael Epkenhans war bis zu seinem Eintritt in den Ruhestand Ende März 2021 Leitender Wissenschaftler am Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr in Potsdam.

„Wir sind das Volk“
Ein digitaler Museumsrundgang führt zu wichtigen Wegmarken der deutschen Revolution von 1918 / 1919, mit Zeitstrahl, Bildern und zeitgenössischen Plakaten:
www.tinyurl.com/dhm-revolution

DIE DEMOKRATIE DER DEMOKRATIEN IST BESSER ALS IHR RUF

Nicht „Brüssel“ ist das Problem, sondern wie europäische Themen verhandelt werden. Nationale Akteure reden zu wenig und zu kompliziert über Europa – und vermeiden Diskussionen, die nicht in nationale Wahlkampf-Schemata passen

Von Christian Rauh

Wer die deutsche Demokratie verstehen möchte, kommt an der EU nicht vorbei. Die Zahl der Politikbereiche, für die die europäischen Staaten Kompetenzen an die EU übertragen haben, ist seit 1987 bis zum heute gültigen Vertrag von Lissabon von 17 auf 28 gestiegen. Viele der Regeln und Gesetze, die unser Leben beeinflussen, sind deshalb durch „Brüssel“ mitbestimmt. Höhlt diese Machtverschiebung unsere Demokratie aus?

Ganz so einfach ist es nicht. Demokratie muss sich zunächst daran messen lassen, ob sie die Lebensumstände ihrer Bürger verbessern kann. Aus diesem Blickwinkel sind die EU-Kompetenzen durchaus funktional. Viele unserer aktuellen Herausforderungen machen nicht an nationalen Grenzen halt – ob wir es nun wollen oder nicht. Gerade aus deutscher Sicht hängt wirtschaftlicher Wohlstand von der Verlässlichkeit der Bedingungen für den Außenhandel ab. Aber auch über Handelsfragen hinaus sind unsere Geschicke davon bestimmt, nach welchen Spielregeln unsere Nachbarn agieren. So diverse Herausforderungen wie etwa der

EU-Quiz
Wie viel wissen Sie über die EU? Ein Quiz für „Anfänger“ und eines für „Fortgeschrittene“ fordern heraus:
www.tinyurl.com/eu-quiz-europa

Dr. Christian Rauh ist Politikwissenschaftler in der Abteilung Global Governance am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung. Die hier zusammengefassten Studien sind via www.christian-rauh.eu zugänglich.

Klimawandel, Verbraucherschutz und Produktsicherheit, Steuerflucht, Lohndumping oder aber der Einfluss multinationaler Unternehmen lassen sich kaum durch nur in Deutschland gültige Regeln beherrschen. Politische Kompetenzen zu bündeln, ist deshalb kein Nettoverlust an Selbstbestimmung – vielmehr gewinnen wir ebenso Einfluss darauf, was um uns herum geschieht.

Demokratie muss sich aber auch daran messen lassen, dass politische Macht kontrolliert wird und sich nicht zu stark zentralisiert. Auch aus diesem Blickwinkel führt das Schimpfen auf „Brüssel“ oft in die Irre.

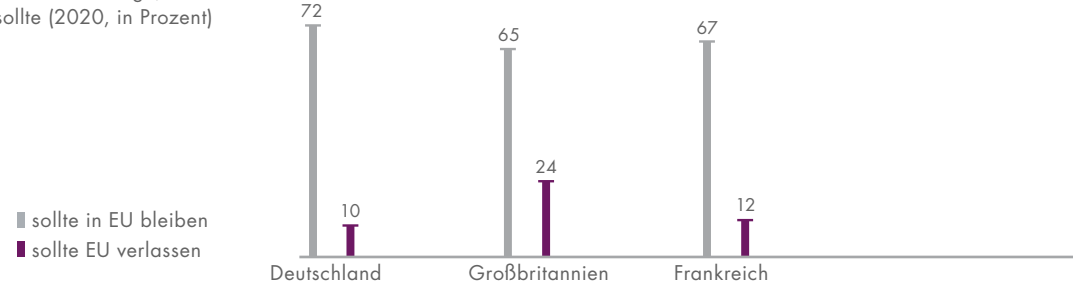
Unsere Analysen zeigen, dass es erhebliche Defizite in der öffentlichen Kommunikation über EU-Politik gibt. Die großen Volksparteien haben Auseinandersetzungen über Europa lange gemieden.

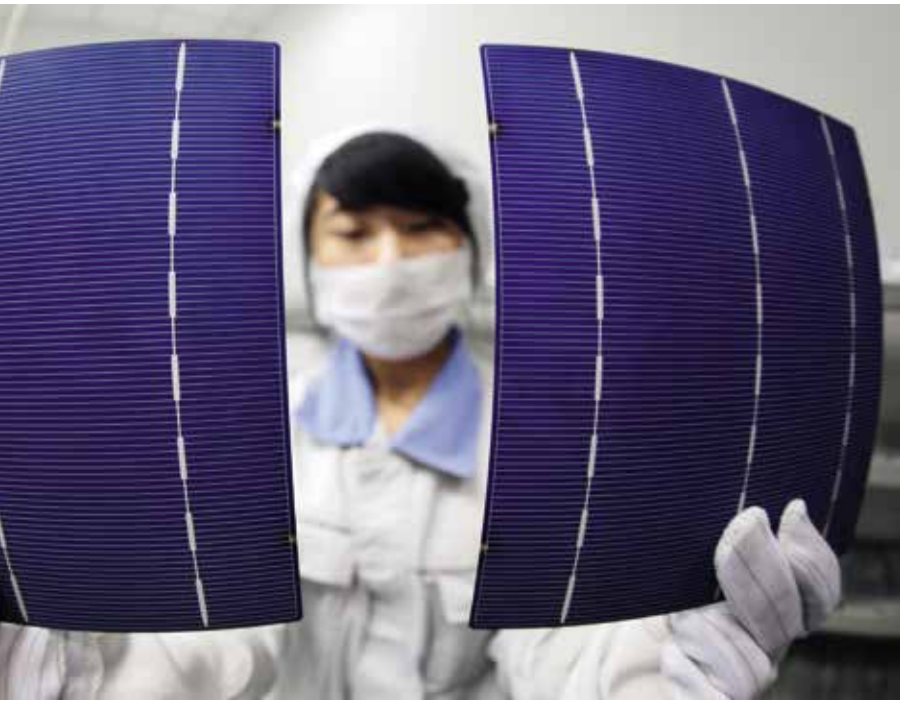
Supranationale Institutionen wie die Europäische Kommission können nur in den wenigen Bereichen allein entscheiden, die auch im Nationalstaat von kurzfristigen politischen Auseinandersetzungen ausgenommen sind – etwa die Wettbewerbspolitik, Außenhandelsverträge oder Teile der Währungspolitik. Ansonsten greifen Prozesse, die unterschiedliche Interessen und Repräsentanten berücksichtigen. Konkret hat die Kommission zwischen 1994 und 2016 etwa 2200 europäische Richtlinien oder Verordnungen vorgeschlagen, zumeist nach Konsultation mit verschiedensten Interessengruppen. Über diese Vorschläge wurde dann im jeweiligen Ministerrat beraten. Hier können nationale Vertreter Gesetze ändern und müssen Einstimmigkeit (~ 750 Fälle) oder eine qualifizierte Mehrheit (~ 1450 Fälle) finden, um einen Vorschlag anzunehmen.

Da im Ministerrat eine starke Konsensnorm herrscht und große Mitgliedsstaaten nur schwer überstimmt werden können, gibt es kaum „Brüsseler“ Gesetze, die dem Willen der jeweiligen Bundesregierung grundsätzlich widersprechen. Hinzu kommt, dass das Europäische Parlament in fast 1800 dieser Verfahren angehört werden musste und in mehr als 1000 davon auch Änderungsrechte hatte. Damit laufen Brüsseler Gesetze auch kaum dem Mehrheitswillen in den Europawahlen zuwider. Und letztlich unterliegen diese Regeln der juristischen Normenkontrolle durch nationale Gerichte und den Europäischen Gerichtshof. „Brüsseler“ Entscheidungen sind so nicht mehr oder weniger demokratisch, als es nationale Entscheidungen sind.

Das führt zu einem dritten Maßstab, an dem sich Demokratien messen lassen müssen: der öffentlichen Zurechenbarkeit und Kontrolle politischer Verantwortung. Die wachsende Machtfülle der EU geht mit einer zunehmend kritischen Öffentlichkeit einher. Die öffentliche Meinung zur EU ist im Mittel in nahezu allen aktuellen

Jugend für Europa
Haltung der 16- bis 26-Jährigen im jeweiligen Land zu der Frage, ob ihr Land in der Europäischen Union verbleiben sollte (2020, in Prozent)





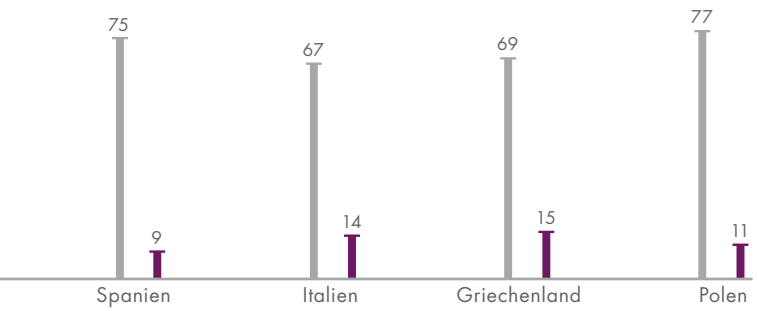
Beispiel Solartechnik: Die EU verhandelt mit China über Produktstandards und hat als Staatengruppe eine gewichtigere Stimme

Mitgliedsstaaten positiv, differenziert sich über die Zeit aber merklich aus. Kritische Medienberichterstattung über die EU hat in den letzten Jahrzehnten deutlich zugenommen. Und letztlich sind die Wahlerfolge dezidiert europaskeptischer Parteien kaum zu übersehen: Das Potenzial schwankt stark über Zeit und Staaten, aber Parteien, die Fundamentalkritik an der EU zu ihrem Hauptthema machen, sprechen heute im Mittel etwa 15 bis 20 Prozent der Wähler an. Dabei spielt das Narrativ der bürgerfernen Brüsseler Technokraten eine wesentliche Rolle. Wie passt das zur Notwendigkeit und Gewaltenteilung der europäischen Politik?

Unsere Analysen zeigen, dass es erhebliche Defizite in der öffentlichen Kommunikation über EU-Politik gibt. Die großen Volksparteien haben Auseinandersetzungen über Europa lange gemieden. Diese folgen nicht einfach klassischen Links-Rechts-Konfliktlinien und sind deshalb wahltaktisch risikoreich. In nationalen Parlamenten werden EU-Themen zwar zunehmend debattiert, diese Debatten werden aber zumeist von den jeweiligen Regierungsparteien initiiert und nehmen ab, je näher nationale Wahlen rücken und je negativer die öffentliche Meinung zur EU ist.

Aussagen zur EU sind zudem sprachlich deutlich komplexer als Debatten zu nationalen Themen. Auch Regierungen positionieren sich selten klar öffentlich zu EU-Entscheidungen. So lassen sich Verhandlungsspielräume auf europäischer Ebene wahren, wohingegen Verhandlungsergebnisse dann als alternativlos präsentiert werden, um Gesichtsverluste zu vermeiden. Schuldvermeidung lässt sich systematisch beobachten: Nationale Regierungen wälzen unpopuläre Entscheidungen gern nach Brüssel ab, deklarieren mögliche Erfolge aber gern für sich allein. Und auch die supranationalen Institutionen selbst kommunizieren mangelhaft: So zeigen Analysen von Pressemitteilungen und Reden der Europäischen Kommission eine weit überdurchschnittliche sprachliche Komplexität, die einer breiten Verständlichkeit europäischer Entscheidungen im Wege steht.

Für die europäischen Bürger bleibt „Brüssel“ so im Ungefähren. Wenn politische Positionen und Entscheidungen aber öffentlich nur unzureichend erklärt, begründet und debattiert werden, ist es leicht, ihre demokratische Qualität in Zweifel zu ziehen. Unzufriedenheit mit europäischer Politik kann ihr Ventil dann zumeist nur noch in Fundamentalopposition finden. So diskutieren wir weiter *über* die EU anstatt über die besten Ideen für die richtige Politik *in* der EU. ◢



Quelle: Statistisches Bundesamt

Für eine liberale Demokratie: Mit einer Lichterkette setzen Vertreter aus Kirche und Gesellschaft 2016 in Leipzig ein Zeichen gegen die islam- und fremdenfeindliche „Legida"-Bewegung

GEMEINSINN ERMÖGLICHT VIELFALT

Ein Blick in die Werkstatt der politisch-ethischen Demokratie-Diskussion in der Kirche

Von Reiner Anselm

Es hat zwar lange Zeit gedauert, aber mittlerweile stellen sich die Kirchen in Deutschland eindeutig an die Seite der liberalen, rechtsstaatlichen Demokratie. Über Jahrhunderte war der deutsche Protestantismus eng mit der Monarchie verbunden, ein Erbe aus der Reformationszeit, als die evangelisch gewordenen Fürsten der jungen Glaubensrichtung aus durchaus unterschiedlichen Motiven – persönlicher Überzeugung ebenso wie machtpolitischem Kalkül – die Weiterexistenz sicherten. Nach 1945 aber setzte auf vielen Ebenen ein Demokratisierungsschub ein, der auch im Protestantismus die Vorbehalte gegenüber der liberalen Demokratie schmelzen ließ. Ein wichtiger Teil dieses Prozesses war es auch, die Pluralität in grundlegenden Fragen der Lebensführung zu akzeptieren, wie sie für freiheitliche Gesellschaften charakteristisch ist.

Es gibt verschiedene Gründe, warum dieser Schritt den Kirchen nicht leichtfiel. So gibt es natürlich eine Spannung hinsichtlich des eigenen Anspruchs, nicht nur im Namen der Mehrheit, sondern im Auftrag der durch Jesus Christus offenbar gewordenen Wahrheit Gottes zu handeln. Daneben dürften die Angst vor dem Säkularismus und damit die Bedrohung der eigenen privilegierten Stellung eine Rolle gespielt haben. Umso mehr ist der Schritt zu würdigen, den zunächst die Evangelische Kirche mit der Demokratiedenkschrift von 1985, sodann beide Kirchen gemeinsam mit den Ökumenischen Positionspapieren „Demokratie braucht Tugenden“ aus dem Jahr 2006 sowie „Vertrauen in die Demokratie stärken“ von 2019 getan haben. Beide Kirchen bekennen sich hier eindeutig zur liberalen, rechtsstaatlichen Demokratie.

Wer sind „alle“?

Die Kerngedanken der liberalen Demokratie lauten: Alle Einzelnen können, soweit sie sich gegenseitig als freie und gleiche Bürgerinnen und Bürger anerkennen, ihre eigenen Lebensentwürfe verfolgen. Grenzen, so hatte es bereits die für den deutschen Kontext prägende Figur des politischen Liberalismus, Immanuel Kant, festgehalten, ergeben sich nur dort, wo die Freiheit des einen mit der der anderen kollidiert. Hier muss das durch die entsprechenden Organe formulierte Recht Grenzen ziehen. Dabei geht es stets darum, im politischen Prozess Kompromisse zu finden, die es allen Beteiligten ermöglichen, ihre eigenen Interessen in einem größtmöglichen Umfang zu verwirklichen.

Was in der Theorie so einleuchtend und letztlich eindeutig klingt, wirft allerdings in der Praxis zahlreiche gewichtige Fragen auf. So ist etwa gar nicht eindeutig bestimmbar, ab wann die Freiheiten anderer verletzt werden. Ganz offenkundig hängt das sehr stark von der jeweiligen Perspektive und den individuellen Überzeugungen oder Idealvorstellungen ab. Ein sprechendes Beispiel dafür ist die lange auch in liberalen Gesellschaften verbreitete Vorstellung, dass eine bestimmte Geschlechterordnung doch die Freiheitsrechte der Frauen keineswegs unzulässig einschränken würde. Dass diese Auffassung ersichtlich von Männern vertreten wurde und dies aus der Sicht der Frauen sich durchaus anders darstellt, ist offenkundig. Ein weiteres Problem besteht darin, dass das „Alle“ in einer Gesellschaft notorisch un- oder zumindest unterbestimmt ist. Handelt es sich hier um alle, die einer Gesellschaft angehören, oder nur um diejenigen, die auch politische Bürgerrechte innehaben? In den Migrationsdebatten der vergangenen Jahre, aber nicht erst dort, sind diese Fragen in besonderer Weise in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit gerückt.

Prof. Dr. Reiner Anselm lehrt Systematische Theologie und Ethik an der Ludwig-Maximilians-Universität München.

Schließlich garantiert die Rechtsordnung noch keineswegs die Rechtsakzeptanz. Demokratische Gesellschaften müssen getragen sein von einer inneren Einstellung ihrer Mitglieder, die bereit sind, in ihrer Lebensführung den Regeln der Gemeinschaft zu folgen – und zwar auch dann, wenn sie diesen Regeln selbst möglicherweise nicht oder nur als Kompromiss zugestimmt haben. Gleichzeitig dürfen solche Kompromisse die Einzelnen nicht über Gebühr beanspruchen. Hier waren und sind es besonders die Aus-

„Sie ist unser bester Mann.“ Wirklich?
Tipps für eine gendergerechte Sprache gibt die EKD in einer Handreichung. Sie rät u. a.:

Statt:	Besser:
Mitarbeiter	Mitarbeitende
Pfleger	Pflegekräfte
die Pfarrer	die Pfarrerinnen und Pfarrer
Bewerber müssen …	Wer sich bewirbt, muss …
der Rat eines Seelsorgers	der seelsorgliche Rat
jeder Jugendliche sollte	alle Jugendlichen sollten
die Beratung eines Fachmanns	fachkundige Beratung
Liebe Brüder und Schwestern	Liebe Geschwister, liebe Gemeinde
die Kirche als Arbeitgeber …	die Kirche als Arbeitgeberin …

Mehr Tipps: **www.tinyurl.com/ekd-diversitaet**

einandersetzungen um alternative Lebensformen und auch die öffentliche Präsenz von Religionen, die zu Kontroversen Anlass geben.

Pluralismus als Parteinahme?

Auf allen drei Ebenen ist auch die Debatte um die Stellung der evangelischen Kirche in der Demokratie weitergegangen. So thematisiert die kleine Stellungnahme „Konsens und Konflikt" aus dem Jahr 2017 die Notwendigkeit der politischen Auseinandersetzung. Denn schon die Frage, welche Themen strittig sind, muss in ihrer Vielfalt Teil des politischen Streits sein. Abweichende Vorstellungen dürfen nicht vorab aus diesen Kontroversen ausgeschlossen werden. Das gilt allerdings nur, solange diese selbst die Spielregeln der liberalen, rechtsstaatlichen Demokratie akzeptieren. Gerade bei (rechts-)populistischen und extremistischen Positionen ist das häufig nicht der Fall.

In der Frage, wer Teil des „Alle" einer liberalen Gesellschaft ist, haben beide Kirchen mit unterschiedlichen Akzenten immer wieder darauf hingewiesen, dass auch die, die am Rand der Gesellschaft stehen, die an den Grenzen Aufnahme in das Gemeinwesen erstreben, und auch die, deren Lebensentwurf nicht mit dem Mainstream der Gesellschaft übereinstimmt, das Recht haben sollten, ihre jeweiligen Vorstellungen zu verwirklichen. Gerade durch eine solche Positionierung haben sie sich jedoch den Vorwurf zugezogen, selbst zu sehr Partei zu ergreifen und zur gesellschaftlichen Polarisierung beizutragen. Das aber gefährde die notwendige, unverzichtbare Abstützung der Demokratie auf einer gemeinsam getragenen Grundüberzeugung.

Gegenwärtig steht die Diskussion in der Evangelischen Kirche in Deutschland in Sachen Protestantismus und Demokratie im Zeichen der Frage, worin eigentlich konkret der eigene Beitrag des evangelischen Glaubens zu einer demokratischen Kultur liegen könne. Die Kammer für Öffentliche Verantwortung hat dazu unter dem Titel „Vielfalt und Gemeinsinn" einen Grundlagentext erarbeitet. Er nimmt seinen Ausgangspunkt bei der Diagnose, dass die Herausforderung derzeit darin besteht, einen solchen Grundkonsens zu vermitteln, der gerade die Vielfalt ermöglicht. Dazu muss er eine Mittellage einnehmen zwischen einer Orientierung stiftenden Kontur und einer genügenden Offenheit für vielfältige Aneignungen und Konkretisierungen. In den Ideen und Praktiken des Glaubens, die sich an den unterschiedlichen Orten evangelischen Handelns zeigen, wird, so die durchaus selbstbewusste These des Textes, jener Gemeinsinn vermittelt, der ein Miteinander ermöglicht, ohne andere auszuschließen.

Gemeinsamer Grund – unterschiedliche Ausprägungen

Im Zentrum steht dabei die Praxis des Gottesdienstes – in einem sehr weiten, grundlegenden Sinn verstanden: Hier versammeln sich ganz unterschiedliche Menschen, die aber verbunden sind in einer gemeinsamen Überzeugung, dem Glauben an Jesus Christus. Diesen Glauben aber gibt es nur in jeweils individuellen Formen und Ausprägungen, auch wenn er sich auf einen gemeinsamen Grundbestand von Überzeugungen und Lebensformen bezieht. Dieser Grundbestand wird als verbindendes Element herausgearbeitet und definiert, er markiert das Fundament und zugleich die Grenze eines Spielraums der individuellen Freiheiten.

Es ist dabei die Stärke der religiösen Sprache und der religiösen Praktiken, die Einzelnen nicht im Detail festzulegen und doch eine Haltung zu befördern, die jeden Menschen gleichermaßen als Geschöpf Gottes sieht. Im Bildungshandeln, im diakonischen Hilfehandeln und im Einsatz für Frieden und Gerechtigkeit konkretisieren sich solche Haltungen des Gemeinsinns. Auch wenn es mitunter zu Kontroversen kommt, zeigt dabei gerade auch dieser letzte Bereich, wie es in der Friedensarbeit gelingen kann, eine Haltung des Gemeinsinns mit sehr unterschiedlichen Positionierungen zusammenzubringen. ◢

EKD zur Demokratie

Auf der Themenseite zur Demokratie findet man Informationen dazu, wie sich die Einstellung der Evangelischen Kirche in Deutschland im Verhältnis zu Politik und Herrschaftsformen seit ihren Anfängen entwickelt hat. Außerdem gibt es eine Übersicht der Grundlagentexte zum Thema Demokratie sowie Wissenswertes zum Verhältnis zwischen Staat und Kirche – etwa zum Religionsverfassungsrecht und zu Kirchenfinanzen.

www.tinyurl.com/ekd-demokratie

DAS WAHLRECHT ERKÄMPFT

Mehrfach folgten auf Kriege Demokratisierungsschübe. Aber der historische Zusammenhang zwischen kämpfenden Bürgern und ihnen zugestandenen Teilhaberechten ist komplizierter, als es zunächst den Anschein hat

Von Hedwig Richter

„Der Hand, die das Gewehr gehalten hat, kann man es nicht verwehren, den Stimmzettel in die Urne zu werfen“

General William T. Sherman (1820–1891), der im US-Bürgerkrieg auf Seiten der Nordstaaten kämpfte

Zitiert nach: Hedwig Richter: **Moderne Wahlen.** Eine Geschichte der Demokratie in Preußen und den USA im 19. Jahrhundert, Hamburg 2017.

Kein Recht auf Mitsprache im Jahr 1863, während des amerikanischen Bürgerkriegs: ein afroamerikanischer Soldat mit seiner Familie (oben) und Soldaten der „107th US Colored Infantry" (rechts)

Haben Kriege zu einer Demokratisierung geführt? Ein rascher Blick auf die Geschichte scheint das zu bestätigen. In Europa sahen die Regierenden nach den Napoleonischen Kriegen auf dem Wiener Kongress 1815 die Notwendigkeit von moderner Herrschaftslegitimation, und in einigen deutschen Ländern wie etwa in Nassau, Baden, Bayern oder Württemberg wurden Verfassungen und ein für internationale Verhältnisse recht weites Wahlrecht eingeführt. Nach dem amerikanischen Bürgerkrieg (1861–1865) wurde das allgemeine und gleiche Männerwahlrecht installiert. Das geschah auch 1871 nach dem Deutsch-Französischen Krieg im frisch errichteten Deutschen Reich.

Die naheliegende Erklärung für die Demokratisierungsschübe nach einem Krieg ist der gleichmacherische Effekt von Kriegen, denn jeder Mensch setzt im Kampf gleichermaßen sein Leben aufs Spiel. Doch ist das wirklich plausibel? In den Söldner-Kriegen in den Jahrhunderten zuvor hatte niemand aus dem Soldatentum ein Gleichheits- oder gar ein Partizipationsrecht hergeleitet. Doch mit dem 19. Jahrhundert änderte sich das und Kriege schienen nun den Prozess der Demokratisierung zu unterstützen.

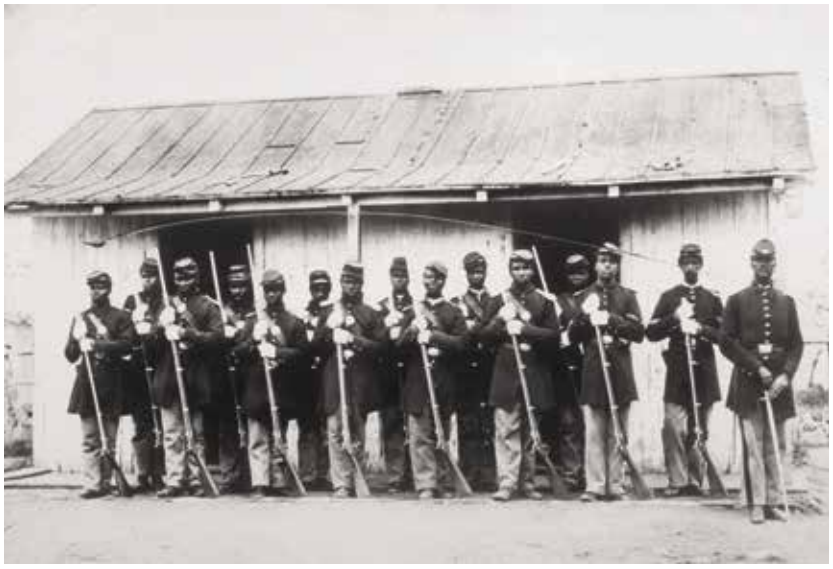
Männer sehen sich als Helden – nicht als Wähler

Woran lag das? Wesentlich war die Nationalisierung der Kriege. Zum Nationskonzept gehörte die Idee vom freien, gleichen Staatsbürger, der sich der Nation gegenüber verpflichtet fühlt, und so erfuhren Krieg und Soldatentum einen erstaunlichen Imagegewinn: Der Einwohner, der früher oft zwangsrekrutiert und zuweilen an ausländische Kriegsherren verschachert worden war, stürzte sich dank des nationalen Gedankengebäudes als freier Mann bereitwillig in die Schlacht, um freudig sein Leben zu opfern – so zumindest das Ideal.

Wie so oft erfuhr dabei Herrschaftslegitimation durch die Verbindung mit Männlichkeit eine besondere Überzeugungskraft. Die Gesellschaften in der Mitte des 19. Jahrhunderts militarisierten sich. In den USA, aber auch in Frankreich und Preußen herrschten in breiten Bevölkerungsschichten kriegerische Männlichkeitsideale. Doch in diesen Diskursen überschnitten sich Krieg und politische Partizipation kaum.

Der amerikanische Präsident Andrew Jackson (1767–1845) wurde von den einfachen Amerikanern weniger als demokratisches Staatsoberhaupt gefeiert, sondern vielmehr als unerschrockener General; dass er ein Massenmörder war, der die indigene Bevölkerung dezimiert hatte, steigerte sein Image in den Augen der Weißen. Überhaupt sahen sich die Soldaten im 19. Jahrhundert auch in den USA in erster Linie nicht als wählende Staatsbürger, sondern vielmehr als Helden des Vaterlandes. Bezeichnenderweise finden sich kaum Zeugnisse aus den Schlachtfeldern und Schützengräben, die das Wahlrecht als eine Herzensangelegenheit der Soldaten dokumentieren, obwohl die Forschung das immer wieder behauptet. Der Demokratisierungsschub durch Kriege war also kaum dem Druck von unten zu verdanken, nicht durch Forderungen der einfachen Soldaten hervorgebracht.

„Men of Color, To Arms! Now or Never!"
Eine Slideshow mit historischen Dokumenten zeigt und erklärt die (teils unfreiwillige) Integration Schwarzer in US-Truppen seit dem Unabhängigkeitskrieg gegen das britische Empire:
www.tinyurl.com/krieg-ausstellung



Allerdings findet sich doch mindestens ein eindrucksvolles Beispiel für die Partizipationsforderung von Soldaten: die Afroamerikaner im Bürgerkrieg. Sie argumentierten am Ende des Bürgerkriegs 1865, dass sie auch deswegen das Stimmrecht verdienten, weil sie sich als Soldaten bewährt hätten. Doch gerade in diesem Fall wird deutlich, dass der Kriegsdienst allenfalls ein Faktor unter anderen war, die dann zum Wahlrecht der Afroamerikaner führten. Denn noch *nach* dem Krieg stimmte selbst in den Unionsstaaten die weiße Mehrheit in Plebisziten gegen ein Wahlrecht der Schwarzen, und erst einige Jahre später konnte die Regierung in Washington das Wahlrecht der Afroamerikaner durchsetzen. Immerhin hatte sich der Bürgerkriegs-General Sherman für die *black vote* ausgesprochen, denn „der Hand, die das Gewehr gehalten hat, kann man es nicht verwehren, den Stimmzettel in die Urne zu werfen".

Die Nation wird Bezugsgröße

Ansonsten aber scheint die Logik von Krieg und Wahlrecht nicht die zu sein, dass Männer einfordern, für ihren Heeresdienst mit Partizipationsrechten belohnt zu werden. Vielmehr zeigt sich hier, wie nützlich das Wahlrecht für staatliche Herrschaft war. In den Kriegen des 19. Jahrhunderts ging es stets auch um die Frage nach dem Herrschaftsanspruch des Zentralstaats. Die modernen Kriege seit dem Ende des 19. Jahrhunderts wären gar nicht möglich gewesen, wenn der Staat nicht zuvor schon einen tiefgreifenden Anspruch auf den individuellen Bürger durchgesetzt hätte – gegen feudale Privilegien von Adligen, die zuvor oft Sonderrechte und einen Zugriff auf ihre Landbewohner hatten, indem sie etwa Frondienste einfordern konnten oder das Rechtswesen über die Menschen ausübten. Der Staat aber brauchte den egalitären Bürger ohne adlige Zwischeninstanzen für den Einsatz im Krieg. Und das Militär festigte diese Gleichheit: Auf dem Schlachtfeld der Massenkriege und wohl noch mehr in den Mystifizierungen des Krieges schmolzen die Männer zu einer Gemeinschaft, für die Hierarchisierungen jenseits des militärischen Apparats kaum noch eine Berechtigung haben konnten.

Hedwig Richter ist seit 2020 Professorin für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität der Bundeswehr München. Ihre Forschung wurde unter anderem mit dem Anna-Krüger-Preis des Wissenschaftskollegs zu Berlin ausgezeichnet.

The right of citizens of the United States to vote shall not be denied or abridged by the United States or by any state on account of race, color, or previous condition of servitude.

Verfassung der USA, 15. Zusatz, Section 1

Der 15. Verfassungszusatz wurde im Februar 1870 zur Ratifizierung vorgelegt.

Nach der Osterbotschaft: Kaiser Wilhelm II. 1917 mit Krankenschwestern an der Westfront

Karikatur zum Dreiklassenwahlrecht in Preußen (1912)

Der Krieg riss regionale Mauern nieder und befreite die Kulturen aus dem Korsett der lokalen Ordnungen. Dafür zog er allerdings die Mauern zwischen den Völkern, aber auch zwischen den Geschlechtern umso höher hinauf. Da Frauen „die Krone aller Pflichten gegen den Staat", die Wehrpflicht, nicht erfüllten, so formulierte etwa der Konservative Hermann Wagener während des Kaiserreichs die immer wiederholte Begründung, stehe ihnen auch nicht das Stimmrecht zu. Erst mit der Totalisierung des Krieges im 20. Jahrhundert bezog das Argument (Kriegsdienst als Qualifikation für Wahlrecht) dann auch die „Heimatfront" und die Frauen in seine Integrationslogik ein.

Aus der Gleichheit im Kriegselend die staatsbürgerliche Gleichheit zu schlussfolgern, lag also seit dem 19. Jahrhundert in der Luft. So wurde die Idee des freiwillig der Nation dienenden, wählenden Staatsbürgers zu einem wirkmächtigen Konstrukt. Es waren aber häufig nicht die Soldaten selbst, die diese Theorie nährten und das Argument führten, sondern die üblichen Eliten, die auch sonst das Stimmrecht einforderten: Politiker, Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre, Intellektuelle – die Stützen staatlicher und gesellschaftlicher Macht. Diese Logik leuchtete angesichts der strukturellen Veränderungen einfach ein, sie war überzeugend, und die unteren Schichten widersprachen nicht.

Die „freien Völker", so erklärte Carl Welcker schon 1838, hätten schon immer „die unmittelbaren politischen Stimm- und Entscheidungsrechte im bürgerlichen Gemeinwesen mit den Pflichten, dasselbe auf Leben und Tod zu vertheidigen", verbunden. „Wer den Krieg zu beschließen das Recht haben will, der muss ihn auch verteidigen." Das hatte mit den historischen Tatsachen wenig zu tun, begründete aber den immer dichter werdenden Elitendiskurs um die Militarisierung der Wahlrechtsfrage. „Die allgemeine Wehrpflicht, der nationale Gedanke und die Verfassung, es sind ja Geschwister, Kinder derselben Epoche", so erklärte Hans Delbrück 1893 in seiner Begründung für das allgemeine Männerwahlrecht. Und der Wahlrechtshistoriker Georg Meyer erklärte in derselben Zeit: „Für einen Staat mit allgemeiner Wehrpflicht und allgemeiner Schulpflicht eignet sich das allgemeine Stimmrecht."

Im Ersten Weltkrieg griffen unterschiedliche einflussreiche Gruppen das Argument erneut auf. In einer Erklärung im April 1917 stellte der Kaiser zur Aufmunterung der Soldaten auch für Preußen ein egalitäres Männerwahlrecht in Aussicht, wie es im Deutschen Reich galt. Max Weber, auch kein Mann aus dem einfachen Volk, nannte das gleiche Wahlrecht für die Soldaten eine „Anstandspflicht". Fortan blieb diese Logik insbesondere für konservative Denker überzeugend. Carl Schmitt sprach sich als „cäsarisch gesinnter Demokrat" für die Trias „echter Nationalismus, allgemeine Wehrpflicht und Demokratie" aus.

Kriege brechen überkommene Strukturen auf

Es gab für die Regierenden einen weiteren Grund, gerade in Kriegszeiten das Wahlrecht zu erweitern. Seit der Wende zum 20. Jahrhundert, seit das allgemeine Wahlrecht in der nord-

Wahlrecht in Deutschland

1793: Französische Truppen rufen im Erzbistum Mainz die „Mainzer Republik" aus. Allen Männern steht das aktive Wahlrecht zu. Es ist die erste Volkswahl auf deutschem Boden.

1808: Im Zuge der Reformation des Königreichs Preußen dürfen Bürger, die ein Haus besitzen oder über ein bestimmtes Einkommen verfügen, ihre Stadtverordneten selbst wählen.

1832: Gut 30 000 Menschen demonstrieren auf dem Hambacher Schloss für Selbstbestimmung und gleiche politische Teilhabe, fordern ein allgemeines Männerwahlrecht.

1871: Das Deutsche Reich wird ausgerufen und übernimmt die Verfassung des Norddeutschen Bundes, inklusive Männerwahlrecht.

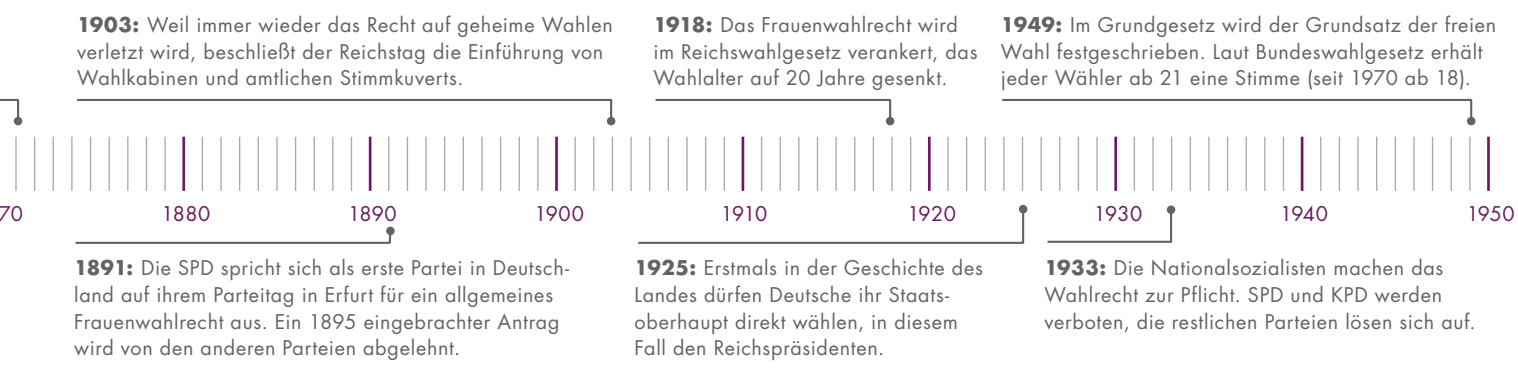
1790 1800 1810 1820 1830 1840 1850 1860

Quelle: Bundeszentrale für politische Bildung, www.tinyurl.com/wahlrecht-deutschland

atlantischen Welt mit Kultur und Zivilität identifiziert wurde, diente es auch der Propaganda. Als 1917 der Erste Weltkrieg zu einem Krieg um Demokratie wurde, erklärte Reichskanzler Bethmann Hollweg im preußischen Staatsministerium, durch die Zuspitzung der innen- und außenpolitischen Situation, sei „ein in der Öffentlichkeit erkennbarer Schritt erforderlich", das „allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht" auch in Preußen einzuführen. Entgegen den offiziellen Verlautbarungen erklärte der Kanzler: „Der entscheidende Grund für die Reform liegt aber in der auswärtigen Politik mit ihrer starken Gefährdung der monarchischen und dynastischen Zustände. Es muss die Monarchie sich als eine volkstümliche darstellen."

Schließlich konnte der Krieg auch deswegen zum Motor der Wahlrechtserweiterung werden, weil er Fesseln sprengte, Strukturen zerschlug, Ordnungen zerstörte. Kriege wirkten wie Brandbeschleuniger. Sie dynamisierten Prozesse, die ohnehin anstanden, wohin die Zeit, die Strukturen, die Mentalitäten drängten. Die Gewalt bringt Demokratie kaum direkt hervor, sondern Gewalt bricht überkommene Strukturen auf. Daher findet sich der Zusammenhang von Krieg und Wahlrecht auch erst im 19. Jahrhundert, denn ohne die sich ausbreitende Idee der Gleichheit hätten Kriege nicht zu mehr Partizipationsrechten geführt. Dabei zeigt sich jedoch, dass die kriegerische Gewalt zum Teil auch gegen den Willen maßgeblicher Eliten zu existenziellen Neuerungen führen konnte. Das wird nicht zuletzt beim Frauenwahlrecht deutlich, das sich nach dem Ersten Weltkrieg durchsetzen konnte, obwohl viele Herrschaftseliten nach wie vor Bedenken hegten.

Als Theodor Heuss, der erste Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland, erklärte, die Wehrpflicht sei „das legitime Kind der Demokratie", übertrieb er zwar stark, denn in vielen Demokratien gibt es keine Wehrpflicht, während moderne Diktaturen selten ohne sie ausgekommen sind. Und doch gibt es seit der Aufklärung diesen nicht immer ganz unproblematischen Zusammenhang von Nation, Wehrpflicht und staatsbürgerlichen Rechten. ◢



MEHR DEMOKRATIE WAGEN

Soldaten der US-Streitkräfte gelten als traditionell apolitisch, ihre Führung als autoritär. Am US Army War College erlebte der Autor den herrschaftsfreien Diskurs und die Förderung demokratischer Einstellungen mit Kreativität und Pragmatismus

Von Uwe Hartmann

Dr. Uwe Hartmann ist Oberst i. G. in der Bundeswehr und unterrichtet an der US-amerikanischen Naval Postgraduate School in Monterey.

Die USA sind die stärkste Militärmacht der Welt. Ihre Streitkräfte sind für den Einsatz bewaffneter Gewalt optimiert. Deren Angehörige sind vom Willen beseelt, die Kriege der Nation zu gewinnen. Sie orientieren sich dabei an einem Moralkodex mit traditionellen soldatischen Tugenden. Die Bundeswehr dagegen balanciert Einsatzfähigkeit mit Demokratieverträglichkeit. Ihre Innere Führung umfasst die komplexen Beziehungen zwischen Politik, Gesellschaft und Militär. Im Folgenden möchte ich anhand persönlicher Erfahrungen in akademischen Einrichtungen der US-Streitkräfte zeigen, dass diese grobe Differenzierung neueren Entwicklungen nicht gerecht wird.

2013/14 besuchte ich das US Army War College in Carlisle / Pennsylvania. Zusammen mit rund 300 US-amerikanischen Stabsoffizieren und Beamten sowie 70 *International fellows* beendete ich diese zwölfmonatige Weiterbildung mit einem Master-Abschluss in *Strategic Studies*. Dieses Studium dient nicht der höheren taktischen Ausbildung, wie sie in der deutschen Generalstabsausbildung im Vordergrund steht, sondern der Vorbereitung für hochrangige Verwendungen auf der strategischen Ebene, beispielsweise im Pentagon oder in militärischen Hauptquartieren wie den *Combatant Commands*. Seit 2017 unterrichte ich an der Naval Postgraduate School in Monterey / Kalifornien. In meinem Fachbereich *National Security Affairs* beschäftigen sich Studierende mit Politik, Gesellschaft, Wirtschaft und Militär in den verschiedenen Weltregionen.

Was unterscheidet diese Studiengänge von der deutschen Offizierausbildung? Zum einen das Alter der Studierenden: Sie verfügen über eine langjährige militärische Erfahrung. Zum anderen die Bildungsinhalte: Im Mittelpunkt steht das kritische Denken in strategischen Entscheidungsprozessen. Dazu gehört die Analyse der Fehler, die Politik und Militär in den letzten Kriegen gemacht haben. Dies ist für Studierende, die mehrfach in Afghanistan, Irak oder Syrien im Einsatz waren, nicht leicht zu verkraften. Durch den „herrschaftsfreien Diskurs" in den Seminaren gelingt es allerdings, kognitive Dissonanzen aufzulösen und wertvolle Einsichten in die politische Nützlichkeit von Streitkräften zu erarbeiten. Methodisch geschickt beteiligten Dozenten die zivilen und internationalen Studierenden, um alternative Perspektiven zu durchdenken. Auf diese Weise werden (künftige) Stabsoffiziere und Generale / Admirale herangebildet, die über den Intellekt und Mut verfügen, ihre Expertise und Urteilskraft in Entscheidungsgremien selbstbewusst zu artikulieren und sich nicht

„Professional Soldiers and Citizens in Uniform: Some Thoughts on Innere Führung from a Transatlantic Perspective"
In einem Beitrag für „Ethik und Militär" sprechen sich Prof. Dr. Donald Abenheim und Prof. Dr. Carolyn C. Halladay angesichts vielfältigerer Konflikt- und Bedrohungslagen für eine Stärkung und Reform der Inneren Führung aus. Statt das Konzept als überholt zu betrachten, könne es Streitkräften wie denen der USA als Vorbild dienen.
www.tinyurl.com/abenheim-halladay

Unterricht am US Army War College in Carlisle: Die offene Debatte über die Auslandseinsätze der USA und über begangene Fehler ist für viele US-Soldaten Neuland

davon abbringen zu lassen, bis eine bessere Überzeugung sie dazu zwingt. Ein wichtiger Nebeneffekt ist die Überwindung der Autoritätshörigkeit *(authority bias)*. Der Kommandant des US Army War College, ein Zwei-Sterne-General, ging damals mit gutem Beispiel voran. Er veranstaltete Gesprächsabende mit Autoren, die sich kritisch mit der amerikanischen Außen- und Sicherheitspolitik auseinandersetzten. Seine Moderation ermöglichte ein partnerschaftliches Gesprächsklima, in dem Dienstgrade keine Rolle spielten.

Die Curricula beinhalten auch die kritische Reflexion der zivil-militärischen Beziehungen in den USA. Den Bedarf nach einer sicherheitspolitischen Debatte geht das US Army War College mit einer Mischung aus demokratischen Elementen und militärischem Pragmatismus an. Während meines Studiums mussten alle US-amerikanischen Studierenden einen öffentlichen Vortrag ihrer Wahl halten. Viele waren zunächst sehr nervös. Sie hatten kaum Kontakte zu ihren zivilen Mitbürgern und bezweifelten, ob diese sich für ihre Themen interessierten. Als sie von ihren Vorträgen zurückkehrten, waren sie durchweg begeistert.

Heute steht die Frage im Vordergrund, welche Rolle (ehemalige) Soldaten bei der Unterwanderung der US-amerikanischen Demokratie spielen. Davor, dass Auslandseinsätze deren politisches Bewusstsein verändern, insbesondere dann, wenn sie in *Counter-insurgency (COIN)* involviert waren, warnten Wissenschaftler wie Donald Abenheim schon vor Jahren. Nach den Vorfällen in Washington am 6. Januar 2021 ordnete US-Verteidigungsminister Lloyd Austin eine eintägige Weiterbildungsveranstaltung zum Thema des politischen Extremismus für die gesamten Streitkräfte an. Er stellte klar, dass Soldaten aller Dienstgrade einen moralischen Kompass benötigten und ihr Eid verlange, die Verfassung der USA gegen deren Feinde auch im eigenen Land zu verteidigen. Vorgesetzte müssten sich selbst erziehen, als Beispiel vorangehen und politische Bildungsveranstaltungen für ihre Soldaten und zivilen Mitarbeiter durchführen. Die Weiterbildungsveranstaltung an der NPS zeigte, dass viele studierende Offiziere nur rudimentäre Kenntnisse über Extremismus haben und unter ihnen eine erstaunliche Unsicherheit über die Auslegung der Verfassungsartikel besteht.

Aufgrund der strategischen Fehler in den Auslandseinsätzen und der akuten Gefahren für die Demokratie im Innern fördern die US-Streitkräfte die politische Urteilskraft ihres Führungspersonals sowie die demokratischen Einstellungen ihrer Soldaten aller Dienstgrade. Sie stehen am Anfang eines langen Weges. Die bisher befohlenen Maßnahmen weisen viele Gemeinsamkeiten mit der Inneren Führung der Bundeswehr auf. Der Weg, den die US-Streitkräfte einschlagen, sollte uns ermutigen, ein wenig stolz auf unsere Führungsgrundsätze zu sein. ◢

Dienstgrade im Vergleich

Deutschland	USA
Fahnenjunker	Cadet, Officer Candidate
Fähnrich, Oberfähnrich	(keine Entsprechung)
Leutnant, Oberleutnant	Second Lieutenant, First Lieutenant
Hauptmann, Stabshauptmann	Captain
Major	Major
Oberstleutnant	Lieutenant Colonel

Deutschland	USA
Oberst	Colonel
Brigadegeneral	Brigadier General
Generalmajor	Major General
Generalleutnant	Lieutenant General
General	General
(keine Entsprechung)	General of the Army

In den vergangenen knapp fünf Jahren verging kaum ein Tag ohne „Breaking News“ aus Washington. Nach dem Amtsantritt des 46. amerikanischen Präsidenten Joe Biden bietet sich nunmehr die Gelegenheit, mit unaufgeregter Distanz auf das politische System der Vereinigten Staaten zu schauen und aktuelle Entwicklungen in den Blick zu nehmen. Die Kernthese dieses Beitrages ist: Die Vereinigten Staaten verfügen, basierend auf einer über 200 Jahre alten, knapp gehaltenen Verfassung, über ein politisches System, das stark auf politische Fragmentierung und Machtdiffusion setzt. Politische Prozesse werden darüber hinaus seit einigen Jahren durch eine zunehmend stärkere parteipolitische Polarisierung zwischen Demokraten und Republikanern erschwert, welche sich nicht nur im politischen Bereich, sondern auch in den Medien und in der Gesellschaft identifizieren lässt. Befördert wird dieser Trend einer „toxischen Polarisierung“ („The Economist“, 3.11.2018) durch Veränderungen im medialen Bereich (Stichworte: Echokammern und Filterblasen), lässt sich aber neben unterschiedlich akzentuierten inhaltlichen Überzeugungen auch an konkreten strukturellen Ausformungen des politischen Systems festmachen.

DIE MITTE SCHWINDET

Das politische System der USA ist lange erprobt, doch seine Schwächen und die Polarisierung im Land verstärken sich gegenseitig. Das kann unter anderem dazu führen, dass der Verlierer alles gewinnt

Von Michael Kolkmann

„Der tiefe Graben“ von Ezra Klein fasst die aktuellen Untersuchungen und Befunde zur parteipolitischen Polarisierung gut lesbar und mit vielen empirischen Befunden zusammen.
(Hoffmann und Campe, Hamburg 2020, 384 Seiten, 25 Euro)

I Die Grundlagen

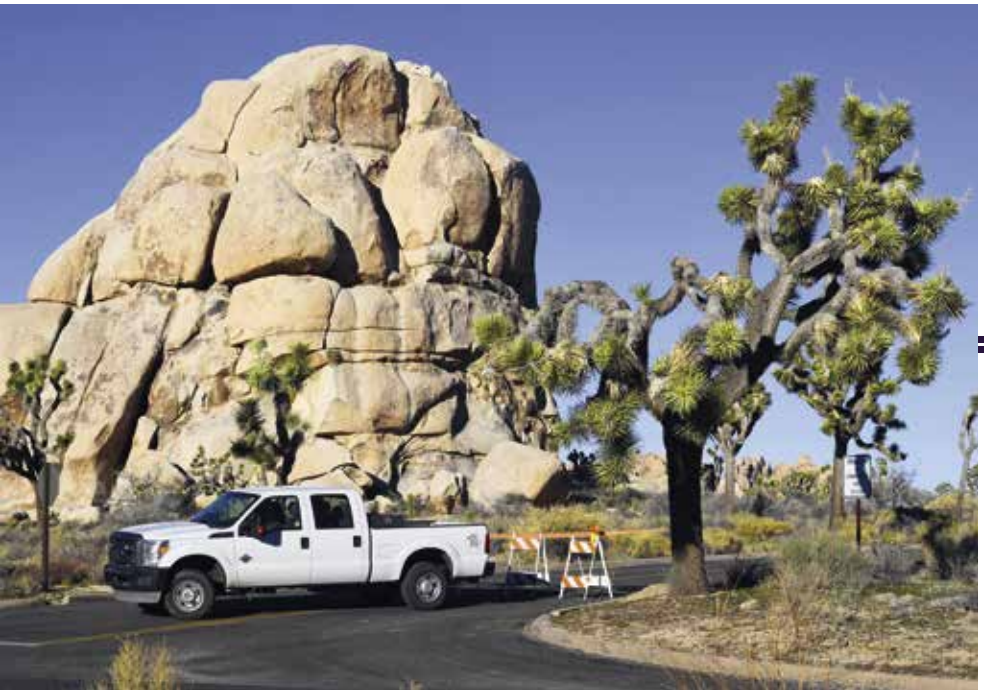
Gekennzeichnet wird das amerikanische politische System grundsätzlich durch Republikanismus, Föderalismus in einer dualen Ausprägung mit einer stärkeren Trennung zwischen den verschiedenen Ebenen, als wir das aus Deutschland gewohnt sind („All politics is local", wie der frühere Speaker des Repräsentantenhauses Tip O'Neill einmal formulierte), sowie eine strikte Gewaltenteilung, die unter dem Begriff der *checks and balances* bekannt ist: Die einzelnen Gewalten sollen sich gegenseitig kontrollieren und austarieren, um Machtmissbrauch zu verhindern: „Machtstreben muss Machtstreben entgegenwirken", wie es James Madison (1751–1836), ein Verfechter einer starken Bundesgewalt, in einem von vielen Zeitungskommentaren (*Federalist Papers*) formuliert hatte. Als der französische Publizist Alexis de Toqueville in den 1830er Jahren seine Reisebeobachtungen aus den USA veröffentlichte, warnte er bereits vor einer „Tyrannei der Mehrheit". Die Grundidee der *Separate institutions sharing powers* (Richard Neustadt) sind getrennte Institutionen, die aber in der konkreten Machtausübung kooperieren müssen, also gegenseitige Unabhängigkeit mit dem Zwang zur Zusammenarbeit verbinden. Im Mittelpunkt steht das Verhältnis zwischen Exekutive und Legislative. Beide – Präsident wie Kongress – kommen unabhängig voneinander ins Amt, und beide können sich aus politischen Gründen nicht aus dem Amt bringen; dies ist höchstens aufgrund justizieller Aspekte durch ein Impeachment-Verfahren möglich. Daraus folgt, dass sich der Präsident im Parlament nicht auf eine dauerhafte Mehrheit stützen kann, selbst wenn seine eigene Partei die Mehrheit stellt.

Diese Strukturen verlangsamen und verkomplizieren den politischen Prozess, die Gefahr eines *Gridlock*, eines Stillstands der Politik, ist stets gegeben, wie es ihn in den vergangenen Jahren etwa mit der Schließung der Bundesregierung wiederholt gegeben hat. Diese hat drastische Konsequenzen: 850 000 Regierungsbedienstete müssen nach Hause gehen, alle National Museums und National Parks werden geschlossen, und zwar so lange, bis sich Präsident und Kongress auf einen Haushalt einigen.

II Aktuelle Polarisierungstendenzen

Aus politikwissenschaftlicher Perspektive muss zur Betrachtung verfassungsrechtlicher Grundlagen stets eine Analyse der Verfassungswirklichkeit hinzutreten. Die zentrale Entwicklung der vergangenen Jahre und Jahrzehnte ist die zunehmende und in nahezu allen Bereichen zu beobachtende parteipolitische Polarisierung. Diese Entwicklung hat lange vor dem Amtsantritt von Donald Trump begonnen. Die Ursachen für die Polarisierung bewegen sich von demografischen und ökonomischen Entwicklungen bis hin zum Einfluss der Medien und dem Neuzuschnitt von Wahlbezirken sowie der Polarisierung innerhalb der politischen Eliten.

Shutdown im Yosemite-Nationalpark: Wenn sich Präsident und Kongress nicht einig werden, muss nicht nur die Bundesregierung die Arbeit einstellen



Dr. Michael Kolkmann
ist als Lehrkraft für besondere Aufgaben am Institut für Politikwissenschaft der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg tätig.

III Herausforderungen

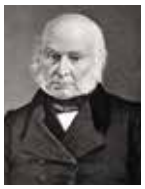
Im Mittelpunkt der Diskussionen über die Reformbedürftigkeit des politischen Systems steht das in der Verfassung verankerte – und daher nur sehr schwer zu reformierende – Wahlleutegremium, das *Electoral College*. Nach dem Prinzip „The winner takes it all" gewinnt derjenige alle Wahlleutestimmen eines Bundesstaates, der vorne liegt, was dazu führen kann – wie bei den Wahlen von 2016 zum insgesamt fünften Mal geschehen –, dass ein Kandidat zwar landesweit deutlich mehr Stimmen gewinnt als sein Gegenkandidat, dieser sich aber aufgrund einer Mehrheit im Wahlleutegremium durchsetzt. Dies bedeutet – neben anderen Aspekten – eine Gefährdung der Gleichheit der Wahl oder des Mehrheitsprinzips. So stellt Kalifornien 12,1 Prozent der Bevölkerung, verfügt aber nur über 10,2 Prozent der Wahlleutestimmen (55 von 538). Wyoming (3 von 538) dagegen umfasst 0,18 Prozent der Bevölkerung, aber 0,56 Prozent der Stimmen im *Electoral College*, das heißt, Kalifornien ist zu knapp 15,1 Prozent unterrepräsentiert, während Wyoming zu etwa 204 Prozent überrepräsentiert ist.

Einfacher zu reformieren ist das, was man „die kritische Infrastruktur der Demokratie" (Jan-Werner Müller) nennen könnte, also vor allem das Parteien- und Wahlsystem. Denkbar wären ein verbesserter Zugang zum Wahlprozess, ein Programm zur Neuordnung der Wahlkreise, die Modernisierung der teilweise veralteten Wahl-Infrastruktur sowie eine Reform der Wahlkampffinanzierung. Dies wäre einfach gesetzlich zu regeln, zumal es in den USA keine bundesweite Behörde für solche Fragen gibt, sondern solche Regularien zwischen den Bundesstaaten und den einzelnen Parteien unterschiedlich gehandhabt werden können. Eine weitere Herausforderung ist etwa das *Redistricting*. Alle zehn Jahre werden in den USA auf Basis einer Volkszählung Wahlkreisgrenzen neu gezogen, um sicherzustellen, dass die einzelnen Distrikte eine vergleichbare Zahl von Wählern umfassen; so auch im Jahr 2021. Doch in den meisten Bundesstaaten entscheidet keine unabhängige Kommission über diese Grenzen; stattdessen fällt diese Aufgabe den Parlamenten der Bundesstaaten zu. Oftmals nutzen die Parteien diese Gelegenheit, um ein bestmögliches Wahlergebnis zu erreichen und somit ihre Macht zu sichern. Nur noch ein Drittel bis ein Viertel der Wahlkreise sind dadurch wirklich kompetitiv, sprich: können realistischerweise von Kandidaten beider Parteien gewonnen werden. Das System des *Gerrymandering*, also des Neuzuschnitts der Wahlkreisgrenzen entlang parteipolitischer Aspekte, führt dazu, dass weniger die Hauptwahl, sondern die Vorwahlen darüber entscheiden, welche Kandidierenden den Weg ins Parlament schaffen.

Dies führt aus innerparteilichen Gründen dazu, dass die Republikaner im Kongress in ideologischer Sicht nach rechts rücken und die Demokraten nach links, da Kandidaten aufgestellt (und gewählt) werden, die weder dem Mainstream der eigenen Partei noch dem ideologischen Durchschnitt des Wahlkreises entsprechen. Die Parteien im Kongress werden in sich fortlaufend homogener, die ideologische Distanz zwischen den Parteien wächst dagegen kontinuierlich. Was nach und nach verschwindet, ist die politische Mitte – jene Abgeordneten also, die in einem fragmentierten politischen System dafür sorgen könnten, dass trotzdem substanzielle Gesetzgebung stattfindet. Die Tatsache, dass das Mitte März 2021 verabschiedete umfangreiche Covid-19-Gesetz den Kongress ausschließlich mit Stimmen der Demokraten passiert hat, deutet darauf hin, dass auch in den nächsten Jahren keine allzu große Überparteilichkeit zu erwarten ist.

The Loser Takes It All

US-Präsidenten, die als Gewinner aus der Wahl hervorgingen, obwohl sie insgesamt weniger Stimmen erhielten als ihre Kontrahenten



John Quincy Adams
Republikaner, 1824*
gegen Andrew Jackson

Rutherford B. Hayes
Republikaner, 1876
gegen Samuel Tilden

Benjamin Harrison
Republikaner, 1888
gegen Grover Cleveland

George W. Bush
Republikaner, 2000
gegen Al Gore

Donald Trump
Republikaner, 2016
gegen Hillary Clinton

* Adams gehörte der Demokratisch-Republikanischen Partei an, die während der Präsidentschaft zersplitterte. Anschließend gehörte er der National Republican Party an. Seine Wahl folgte einer Entscheidung im Repräsentantenhaus.

Bereits 2011 hatte der damalige Präsident Barack Obama davor gewarnt, „compromise“ zu einem „dirty word“ werden zu lassen.

Schließlich: Amerikanische Politik kann in ihrer Fülle nur erfasst werden, wenn man nicht nur auf den Präsidenten schaut, sondern auch die anderen zentralen Akteure des politischen Systems wie etwa den Kongress und den Supreme Court in den Blick nimmt. Dies gilt auch für die Ebene der Bundesstaaten sowie die kommunale Ebene, werden hier doch häufig andere politische Schwerpunkte gesetzt als in der Bundeshauptstadt.

Aktuell wird amerikanische Politik wie in vielen anderen Ländern auch von der Bekämpfung der Corona-Pandemie dominiert. Die Tatsache, dass derzeit in den USA mit einem Demokraten im Weißen Haus und demokratischen Parlamentsmehrheiten ein *unified government* herrscht, mag es Präsident Biden erleichtern, seine politische Agenda durch das Parlament zu bringen – eine Garantie ist es nicht. Erfahrungsgemäß wird die politische Leistungsbilanz Bidens zu einem Großteil mit darüber entscheiden, wer im November 2022 die Zwischenwahlen zum US-Kongress gewinnt – und ob sich dann womöglich die politische Konstellation in Washington ändern wird. Es gibt eine Gesetzesvorlage, die weitreichende Veränderungen in Wahlrecht und Wahlsystem vorsieht. Aktuell ist aber völlig offen, ob diese Vorlage durch den Senat kommt. Im Repräsentantenhaus ist sie bereits im vorherigen Kongress verabschiedet worden. Eine umfassende Reform der erwähnten Kritikpunkte scheint auf absehbare Zeit unwahrscheinlich zu sein. Der aktuelle Reformdruck könnte jedoch dazu führen, dass einzelne kleinteilige Reformen umgesetzt werden. ◢

Beeinflussen Millionen: die bekanntesten Gesichter von Fox News an der Sixth Avenue in New York

Welchen Nachrichten kann ich trauen?

Die Stiftung Neue Verantwortung hat, unterstützt von der Bundeszentrale für politische Bildung, die Nachrichtenkompetenz von 4000 Menschen in Deutschland untersucht. Mit erschreckendem Ergebnis: So war gut die Hälfte der Teilnehmer der Auffassung, dass Nachrichten von Ministern „genehmigt“ werden müssten. Hier können Sie selbst den Test machen: **www.der-newstest.de**

GELD ENTSPANNT DIE WELT

Der Kapitalismus hat manche hässliche Seite. Und doch wurde eine gesellschaftliche Teilhabe großer Bevölkerungsgruppen erst durch geldvermittelte Tauschwirtschaft und Massenproduktion möglich

Von Werner Plumpe

Geld hat in der abendländischen Welt keinen guten Ruf, und zwar keineswegs grundlos. Der französische Sozialphilosoph Charles Péguy, der 1914 an der Marne fiel, betonte seinen diabolischen Charakter zu Recht, denn wenn man Dinge allein für Geld tue, gehe es nicht mehr um die Sache, sondern allein um deren monetären Ertrag. Und wenn man von der Menge des Geldes, das man dafür bekomme, sogar abhängig mache, welche Leistung man erbringe, verfehle man seine Berufung, die eben nicht mit ihrem schwankenden Geldwert identisch sei, ja nicht identisch sein könne. Peguy, der einer Art christlichem Sozialismus verpflichtet war, wandte dieses Argument polemisch vor allem gegen den Sozialismus, der die Menschen dazu bringe, nicht entsprechend ihren Möglichkeiten, sondern ihrer Entlohnung zu arbeiten und damit ihren Selbstwert aufs Spiel zu setzen. Denn zu dem gehöre es, die Dinge so gut zu machen, wie man könne; alles andere laufe auf Selbstzerstörung hinaus (Charles Péguy: Das Geld, Berlin 2017 / zuerst 1913).

Was sich neben der Schmähung des Sozialismus, der die Menschen zu materialistischen, seelenlosen Maschinen degradiere, vor allem wie eine Kritik des modernen Kapitalismus ausnimmt, in dem es sich nur um das Geld und, damit verbunden, um die Habgier drehe, ist es bei näherem Hinsehen aber gerade nicht. Man kann durchaus davor warnen, dass der Mensch sich zum Sklaven seiner Einkünfte macht. Aber damit ist die Frage keineswegs beantwortet, ob eine geldlose Wirtschaft der modernen monetären Ökonomie überlegen wäre. Schon immer gab es den Traum der selbstgenügsamen Existenz, die von dem lebt, was Boden und Handwerk möglich machen.

Doch selbst der Kronzeuge dieser Selbstgenügsamkeit, Aristoteles, räumte immerhin ein, für alles, was der Haushalt nicht selbst herstelle, müsse der geldvermittelte Tausch einspringen. Zudem

Der Kapitalismus hat ein mäßiges Image

Anteil der Befragten, die glauben, dass Kapitalismus mehr schadet als nützt (in Prozent)

Quelle: Edelman Trust Barometer, Befragung November 2018 bis Oktober 2019

Zwei Gesichter des Kapitalismus: Fabrikarbeiterinnen 1859 in Frankfurt am Main, „Black Friday" 2018 in Brasilien

ging Aristoteles' Vorstellung von einem Haus aus, das über Boden und Arbeitskräfte verfügt. Was aber, so könnte man doch fragen, tun eigentlich Menschen, denen der Zugang zur Ressource der Selbstgenügsamkeit, zum Boden, fehlt? Diese Menschen, die zahlenmäßig wohl schon immer die Mehrheit stellten, spielen in den älteren Lehren vom Sinn der Selbstgenügsamkeit keine Rolle, bestenfalls als weisungsabhängige Angehörige eines Haushaltes. Ansonsten zählen sie nicht.

In der geldfreien Idylle ist für die Mehrheit kein Platz

Dabei waren sie aber schon immer die Mehrheit der Menschen, spielten freilich keine Rolle, weil sie als Anhängsel des eigentlich wertvollen Bodens gedacht wurden. Erst die Ausbreitung der Geldwirtschaft verschaffte ihnen Handlungsspielräume; die Verfügung über Geld ermöglichte Teilhabe, ja überhaupt erst einmal Leben, auch wenn kein Zugang zu Land und Boden bestand. Und mit dem Bevölkerungswachstum in der frühen Neuzeit wurde das Problem immer drängender. Es gab immer mehr „landlose Existenzen", Bettelei und Vagantentum nahmen zu, denn der Boden war ja nicht beliebig vermehrbar. Für den herkömmlichen Handel und die herkömmlichen handwerklichen Gewerbe waren diese Menschen keine „Chance", sondern eher eine Last, gelegentlich eine Gefahr, vor der es sich zu schützen galt; eine Verwendung hatten sie für diese überflüssigen Existenzen nicht. Das wurde erst mit der modernen Geldwirtschaft, vulgo dem Kapitalismus anders. Die moderne Marktwirtschaft ist insofern auch eine notwendige, wenn vielleicht auch nicht hinreichende Bedingung demokratischer Teilhabe. Ohne ein Mindestmaß an wirtschaftlicher Handlungsfreiheit ist sie aber schlechterdings nicht vorstellbar. Dazu muss man nicht einmal von der demokratisierenden Kraft des Konsums reden, wie es Werner Sombart tat; das endet meist in oberflächlichem Quotengerede, worum es aber gerade nicht geht.

Der Kapitalismus, der sich von den Niederlanden und dem südlichen England seit dem späten 17. Jahrhundert auszubreiten begann, brachte eine neue Perspektive: Große Bevölkerungsgruppen wurden in seinem Rahmen interessant, interessant als Arbeitskräfte in den neuen, kapitalintensiven Gewerben und interessant als Konsumenten der dort in großen Mengen hergestellten Güter. Es waren Kaufleute, die diese Chance entdeckten. Einer der großen Industriepioniere, der Engländer Matthew Boulton, sprach es auch klar aus. Die neue Industrie produziere nicht für die Reichen, nein, es gehe um den Bedarf der einfachen Leute.

Im Rausch der Tulpe

Die Tulpe ist seit jeher ein Liebhaberobjekt. Als sie in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts nach Holland kam, eroberte sie nicht nur Gärten und Vasen des Bildungsbürgertums, sondern auch den Markt. Bald florierte der kommerzielle Handel, die Preise für Tulpenzwiebeln besonderer, mehrfarbig geflammter Sorten (wie der hier abgebildeten „Semper Augustus") stiegen in schwindelerregende Höhen. Selbst die untersten Gesellschaftsschichten versuchten, von der Sammelwut zu profitieren – bis die Blase 1637 platzte und viele Menschen in den Ruin trieb. Es war die erste gut dokumentierte Spekulationsblase der Wirtschaftsgeschichte.

Das Geld ermöglicht so das Leben und – in vielen Teilen der Welt – das bessere Leben auch von Menschen, die außer ihrer Arbeitskraft wenig besitzen, die nun überhaupt erst die Möglichkeit bekommen teilzuhaben.

Das war nicht unbedingt menschenfreundlich gedacht. Boulton und die anderen Pioniere des Fabriksystems waren am Gewinn orientiert und konkurrierten untereinander in aller Härte. Doch ihr Geschäftsmodell war einfach: Massenware für Massenkundschaft. Ohne Geld, ohne Kapital ging das nicht: Fabriken mussten finanziert werden, Rohstoffe und Halbfabrikate mussten ebenso gezahlt werden wie die Löhne, wodurch erst eine Produktion möglich wurde, deren Verkauf dann alles finanziell abdeckte. Nur so wurde ein Kreislauf möglich, der uns heute selbstverständlich ist und der sich seit seinem Beginn immer schneller dreht, dessen Angelpunkt aber die Versorgung armer oder wenig wohlhabender Menschen ist, deren Konsum durch die Löhne möglich wird, die sie bei der Herstellung der Massengüter verdienen.

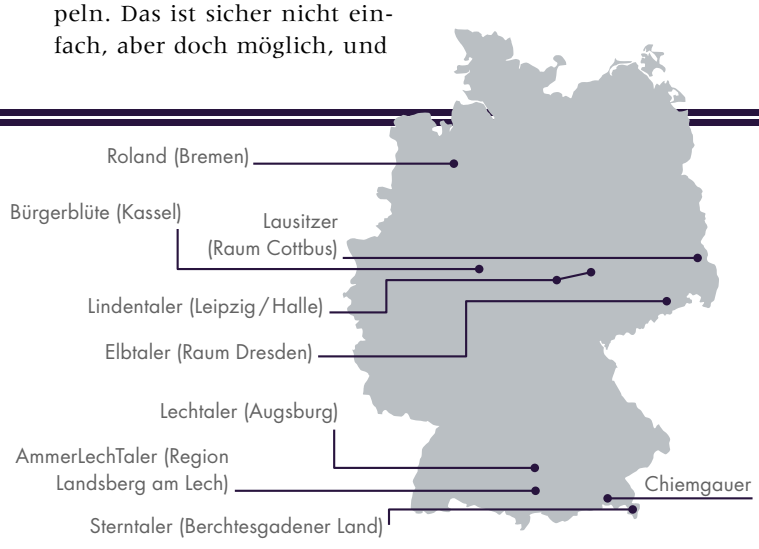
Die Motive der Kaufleute und Fabrikanten, die an diesem „Spiel“ teilnehmen, mögen egoistisch, ja verwerflich sein: Das „Spiel“ selber ist es gerade nicht. Das Geld ermöglicht so das Leben und – in vielen Teilen der Welt – das bessere Leben auch von Menschen, die außer ihrer Arbeitskraft wenig besitzen, die nun überhaupt erst die Möglichkeit bekommen teilzuhaben.

Werner Plumpe ist Professor für Wirtschafts- und Sozialgeschichte am Historischen Seminar der Goethe-Universität Frankfurt am Main.

Geld befreit – wenn man sich nicht unterwirft

Es ist kein Zufall, dass moderne Marktwirtschaften politische Demokratien vielleicht nicht erzwingen, auf jeden Fall aber begünstigen, zumal soziale Ungleichheit kein Alleinstellungsmerkmal moderner Wirtschaften ist. Wohlgemerkt: Das Geld, seine Verbreitung und seine Nutzung als Kapital ermöglichen all das; ob damit im Einzelnen ein erfülltes Leben verbunden ist, ist ganz offen. Das hängt aber nicht am Geld, sondern am Umgang mit ihm.

Insofern hatte Péguy schon recht, als er den Menschen aufforderte, sich nicht dem Geld zu unterwerfen und das eigene Handeln nicht daran zu koppeln. Das ist sicher nicht einfach, aber doch möglich, und es ist nebenher eine groteske Verzerrung, wenn Angehörige der ohnehin nicht in materieller Not lebenden Oberschichten den Unterschichten ihre Orientierung auf den geldvermittelten Konsum vorhalten. Erst dieser hat ihre Existenz überhaupt möglich gemacht, während sie in der vermeintlich selbstgenügsamen Ökonomie der traditionellen Haushalte keine Rolle spielten, ja gar nicht zählten. So gesehen, hat das Geld für die „Befreiung“ der Menschheit zumindest mehr getan als alle wohlfeilen Appelle zusammen: Es hat den bodenbesitzlosen Menschen eine reale Alternative eröffnet. ◢



Regiogelder in Deutschland

An gut 50 Orten in Deutschland gibt es regionale Währungen. Die Karte zeigt die bekanntesten. Sie sind oft auf ein kleines Gebiet beschränkt. Regionalwährungen sollen die lokale Wirtschaft ankurbeln, das Zusammengehörigkeitsgefühl fördern und dem Kreis eine gewisse Autarkie ermöglichen. Der Staat billigt diese alternativen Zahlungsmethoden. Die meisten Regionalwährungen in Deutschland sind durch den Euro gedeckt und können 1:1 getauscht werden.

In Deutschland meist noch Utopie,
in den Niederlanden schon Realität:
die autoberuhigte Innenstadt,
hier in Groningen

MEIN GEWISSEN ZÄHLT KEINE STIMMZETTEL

Warum Utopie und ziviler Ungehorsam zusammengehören

Von Wolfgang Max Burggraf

„Nie wird es einen wirklich freien und aufgeklärten Staat geben, solange sich der Staat nicht bequemt, das Individuum als größere und unabhängige Macht anzuerkennen, von welcher sich all seine Macht und Autorität ableiten, und solange er den Einzelmenschen nicht entsprechend behandelt.“

Henry David Thoreau (1817–1862), US-amerikanischer Historiker, Lehrer, Schriftsteller, Naturforscher, Steuerverweigerer und Sklavereigegner

[1] www.tinyurl.com/wtg-wille

[2] www.tinyurl.com/fff-bonn

[3] www.neue-stadtgaertnerei.org

[4] www.feinschwarz.net/zivilgesellschaftliche-teilhabe-und-protest-in-zeiten-der-pandemie

[5] www.commons-institut.org/2020/oscar-romero-commons-und-mein-waehlerinnenwille

[6] www.tinyurl.com/destatis-altersaufbau

[7] www.tinyurl.com/wahlstatistik-2019

Am Anfang: Die Gewissensfrage

Demokratie bedeutet, sich dem Willen einer Mehrheit unterzuordnen und dies nicht als Niederlage zu begreifen, sondern als Verwirklichung des Mehrheitswillens, der zur bestmöglichen Entscheidung (auch für die überstimmten Minderheiten) führt. So weit die Theorie. Doch was, wenn meine innere Stimme ein Veto einlegt?

„Wer ist dieser Gott? Es geschehe unser Wille!“[1] – diese Textzeile der bei zivilem Ungehorsam beliebten Band Waving The Guns (WTG) provoziert autoritäts-, herrschafts- und kirchenkritisch, doch ließe sich diese Zeile auch demokratiekritisch lesen, denn Entscheidungen in demokratischen Prozessen haben zu verantworten, dass von Harmonie mit Natur (Gottes Schöpfung) und unterprivilegierten Menschen (Geschwisterlichkeit) nicht die Rede sein kann: Die längst überfällige Energie- und Verkehrswende kommt nur schleppend voran, die EU verliert angesichts der Situation an ihren Außengrenzen (illegale Pushbacks, menschenunwürdige Lager etc.) jegliche Glaubwürdigkeit als Friedensnobelpreisträgerin, und rassistische Diskriminierung konnte in staatlichen Exekutivorganen noch nicht gänzlich unterbunden werden.

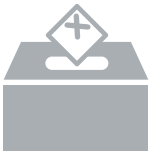
Muss hier das persönliche Gewissen bei demokratisch legitimierten Entscheidungen ein Veto einlegen?

Um hier gleich jedes Missverständnis auszuschließen: In diesem Artikel geht es nicht um ein Schönreden von Demokratie! Es geht nicht darum, dieses System politischer Partizipation aus einer gewissen Eintönigkeit herauszuholen, indem mensch es mit etwas Pfeffer zivilen Ungehorsams würzt. Es geht nicht darum, einer Generation unter 40 einige Elemente des „Sturm und Drang“ zuzugestehen in einem politischen System, das sich an einer Wähler*innenschaft ausrichtet, die vor 40 oder mehr Jahren erstmals „ihre Stimme abgeben“ durfte. Und es geht hier schon gar nicht darum, diejenigen „zurückzugewinnen“, die bei Anti-Hygiene-Demos Demokratie mit Manipulation gleichsetzen und das Grundgesetz hochhalten, aber Faschismus meinen.

Wolfgang Max Burggraf (60) ist katholischer Theologe und seit fünf Jahren Vorstand des Förderkreises des Oscar-Romero-Hauses in Bonn. Er berät als Geschäftsführer der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerung und Frieden Soldat*innen zu Artikel 4, Absatz 3 des Grundgesetzes.

Jugend wählt

In einigen Bundesländern dürfen 16-Jährige den Landtag mitwählen. Sollten 16-Jährige auch an der Bundestagswahl teilnehmen dürfen? Ein Beitrag der „Tagesschau“ bringt die Argumente von Bürgern, Politikern und einem Politikwissenschaftler zusammen. Zum Beitrag:
www.tinyurl.com/mit-16-waehlen



Geduld wurde belohnt

Es geht hier in diesem Artikel um eine Utopie – und darum, wie eine Utopie gerade junge Menschen bewegt und diese Menschen Gesellschaft und politische Realität bewegen. Und es geht um die modellhaften Versuche, ein solches Leben zu führen ohne die Überheblichkeit der Verschwendung von natürlichen Lebensgrundlagen – andere nennen das „Ressourcen" – und ohne das Ausleben gegebener Privilegien unter dem Deckmantel des redlich Verdienten und rechtschaffen Erworbenen. Natürlich spielt hier die Demokratie mit hinein: Eine Kommunalwahl und neue Mehrheiten im Parlament unserer Stadt gaben 2020[2] endlich Hoffnung auf Umsetzung dessen, was jahrelangen Kampf auch „auf der Straße" bedeutete: ein anonymer Krankenschein (für Menschen ohne legalen Status), eine (weitgehend) autofreie Innenstadt innerhalb von fünf Jahren, die „Neue Stadtgärtnerei" als Lebensprojekt von über hundert Menschen, klimaneutral, solidarisch und sozial durch für 50 Jahre eingefrorene Mieten. Dort soll für alle sichtbar werden, dass es gemeinsam möglich ist, auf das Klima zu achten – Weltklima, Wohnklima, Lernklima, Naturklima.[3]

Richtig: Es geht um Geduld! Was jahre- und jahrzehntelange Meinungsbildung und Arbeit in Aktionsgruppen, Präsenz bei Demonstrationen auf der Straße, sorgsame Ausarbeitung von utopischen Visionen und real umsetzbaren Vorschlägen vorbereitet haben, erhält durch eine demokratische Mehrheitsentscheidung endlich den gesellschaftlichen Rückhalt und die staatliche Legitimation. Geduld wurde – zumindest in diesem Falle – belohnt!

Gewissen und Privilegien

Zu oft gerät „Demokratie" in den Verdacht, Demokratie nur der Privilegierten zu sein. Protest und ziviler Ungehorsam erscheinen als notwendige und legitime Mittel zum Schutz der Unversehrtheit der Natur und der Würde aller Menschen.[4] Dass es dieselben (jungen) Menschen sind, die vor drei Jahren in den Baumhäusern des Hambacher Waldes gegen die Abholzung (und damit für einen Ausstieg aus der Braunkohle) gekämpft haben und heute das klimaneutrale und partizipative Projekt „Neue Stadtgärtnerei" vorantreiben, vermag jetzt nicht mehr zu verwundern. Frauenwahlrecht, gewerkschaftliche Rechte, Atomausstieg, Absage an atomare Mittelstreckenwaffen, zukünftig vielleicht auch Verkehrswende und Energiewende: All diese Wandlungen kamen von außen auf das politische System zu; ungehorsam und widerständig und nicht immer friedlich. Der eigentliche Wert von Demokratie liegt in der eigenen Wandlungsfähigkeit, nicht Privilegien, sondern Menschen – und zwar alle in gleicher Weise – in den Mittelpunkt zu stellen!

Demokratie und die Generation Bob Dylan

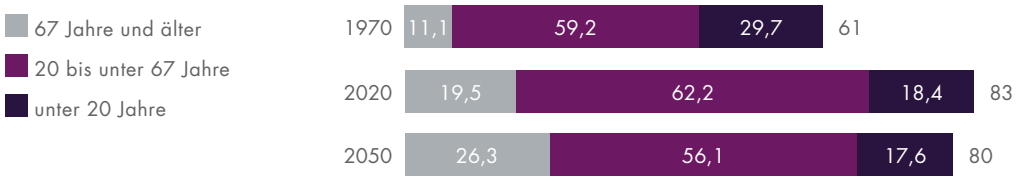
Unter dem Motto „Es wird Zeit, dass wir diese nichtrepräsentative Demokratie demokratisieren …" hat der Autor dieser Zeilen anlässlich seines 60. Geburtstages sein Wahlrecht auf einen jungen Menschen übertragen – als „Kunstaktion", um nicht sofort strafrechtlich relevant zu werden.[5] Diese Aktion zielt auf eine große gegenwärtige Herausforderung für Demokratie: Generationengerechtigkeit. Als der Autor am 10. Juni 1979 erstmals wählen durfte, standen 1 261 000 18-jährige 472 000 60-jährigen Wahlberechtigten gegenüber; als er am 27. September 2020 letztmals wählt, stehen 77 000 18-Jährige 1 264 000 60-Jährigen gegenüber.[6] Plakativ heißt das, dass der Wähler*innenwille heutiger Neuwähler*innen um den Faktor 4,3 weniger wiegt gegenüber dem von 60-jährigen als damals bei seiner ersten Wahl. Kombiniert mensch dies nun mit (heutigen) Statistiken von Wahlvorlieben, erschließt das den politischen Hintergrund seiner Kunstaktion: mit 18 die Grünen, mit 45 gern die AfD und ab 60 die CDU … etwas überspitzt gesagt.[7]

„Deshalb ist meine Kunstaktion ein Ausdruck der Hoffnung: dass Menschen, die heute 16 oder 18 sind, es in den nächsten 40 oder 50 Jahren IHRES Lebens anders und besser machen als ich, der ich vor 41 Jahren 18 war, in MEINEN zurückliegenden 40 Jahren."

Es wird sich zeigen, ob es unsere Demokratie auch in dieser Herausforderung schafft, trotz einer Mehrheit der Alten unsere Gesellschaft fähig für die Zukunft zu machen! ◢

Wie Deutschland altert

Altersstruktur mit Prognose von 1970 bis 2050 (Anteile der Altersgruppen in Prozent, hinter den Balken: Gesamtbevölkerung in Millionen)



Quelle: bpb, Statistisches Bundesamt

GIBT ES WICHTIGERES ALS DEMOKRATIE?

Warum der Export unseres Gesellschaftsmodells international so mühsam ist

Von Markus Böckenförde

Prof. Dr. Markus Böckenförde ist assoziierter Professor an der Central European University in Wien und leitet dort das Programm Comparative Constitutional Law.

Als Regierungsform beruht Demokratie auf der fortdauernden Legitimation der Ausübung staatlicher Herrschaftsgewalt durch den Volkswillen. Sie ist dabei kein Selbstzweck, sondern fußt auf einem grundlegenden Gedanken: Staatsgewalt wird am ehesten im Interesse des Volkes und zu seinem Wohle ausgeübt, wenn Regierende von den Regierten eingesetzt werden und bisweilen deren direkte Vorgaben umsetzen (in Form einer repräsentativen / direkten Demokratie). Den Handlungsspielraum, den die Demokratie so den Regierten gibt, nimmt sie den Regierenden.

Funktionierende Demokratien in dem oben genannten Sinne sind in den seltensten Fällen Produkte, die aus einem Lehrbuch kopiert oder von anderen Ländern importiert wurden. Es sind vielmehr Momentaufnahmen von Prozessen, die historisch gewachsen sind und sich stets von Neuem gegen die Ausweitung oder die Usurpation von Macht der Regierenden gegenüber den Regierten behaupten müssen. Dieses Ringen um politische Mitgestaltungsbefugnisse zeigt sich in unterschiedlichen Facetten: zum einen im Abringen von Mitbestimmungsmöglichkeiten gegenüber einem Herrscher, der seine Macht anderweitig legitimiert (oft mit transzendentalen Bezügen); zum anderen im Kampf um gleiche politische Teilhabe, unabhängig von Geschlecht oder Vermögen. Erinnern wir uns: Bei den Namensgebern der Demokratie, den antiken attischen Stadtstaaten des fünften vorchristlichen Jahrhunderts, durften nur zehn Prozent der Gesamtbevölkerung mitwirken. Die Mehrheit – Frauen, Sklaven, Zugezogene und Männer ohne Mindestbesitz – blieb außen vor. Ähnliches galt lange in den USA (obgleich die *Virginia Bill of Rights* von 1776 von der Gleichheit aller Menschen ausging) und war auch im Europa des frühen 20. Jahrhunderts mehr Regel denn Ausnahme. In der Schweiz, Vorzeigeland für eine unmittelbare, direkte Demokratie, dürfen Frauen auf Bundesebene erst seit 50 Jahren mitentscheiden: Nach mehreren fehlgeschlagenen Anläufen entschied eine Mehrheit der männlichen Bevölkerung 1971, dass von nun an auch Frauen mitbestimmen dürfen.

Auch monarchische Machtausübung, oft von Gottes Gnaden legitimiert, wich nicht aus freien Stücken, sondern als Ergebnis revolutionärer Umstürze oder intensiver Aushandlungsprozesse, die selten linear verlaufen sind und sich gegenwärtig in der westlichen Welt oft auf einem institutionellen Niveau eingependelt haben, das durchaus Rückfragen offen lässt. Die renommierte Zeitschrift „The Economist“ veröffentlicht jährlich den Demokratieindex, der an-

Konstitutionelle oder parlamentarische Monarchien weit vorn

Qualität der Demokratie im weltweiten Vergleich (167 Staaten): Die Top 15

1. Norwegen ♛	6. Finnland	11. Taiwan
2. Island	7. Dänemark ♛	12. Schweiz
3. Schweden ♛	8. Irland	13. Luxemburg ♛
4. Neuseeland ♛	9. Australien ♛	14. Deutschland
5. Kanada ♛	9. Niederlande ♛ (punktgleich mit Aus.)	15. Uruguay

Quelle: Democracy Index 2020, The Economist

hand von fünf Kategorien (Wahlprozess und Pluralismus, Funktionsweise der Regierung, politische Teilhabe, politische Kultur, Bürgerrechte) den Grad der Demokratie in einem Land misst. Mit insgesamt 9,81 von 10 möglichen Punkten ist Norwegen im Jahre 2020 das demokratischste Land der Welt, ein Land, dessen Staatsoberhaupt nicht gewählt, sondern nach den Regeln der Erbmonarchie bestimmt wird und bis 2012 zugleich immer auch Oberhaupt der evangelisch-lutherischen Kirche des Landes war. Dies ist keine Anomalie, denn unter den Top Ten dieser Rangliste befinden sich sieben konstitutionelle (Norwegen, Kanada, Dänemark, Niederlande) oder parlamentarische (Schweden, Neuseeland, Australien) Erbmonarchien, in denen die jeweiligen Königshäuser zumindest eine starke religiöse Anbindung haben.

Was tragen die obigen Schilderungen zur Beantwortung der im Titel gestellten Frage bei? Sie verdeutlichen, dass Ausdrucksformen „unseres Gesellschaftsmodells“ (und hiermit beziehe ich mich nicht spezifisch auf das deutsche, sondern vielmehr auf das westliche Demokratiemodell) historisch gewachsene Erscheinungsformen der Mitbestimmung und Teilhabe sind, die selten als Blaupause für andere Länder herhalten. Demokratie ist kein Produkt, das gefordert, sondern ein Prozess, der allenfalls behutsam und mittelbar gefördert werden kann. Wollen wir dieses „Gesellschaftsmodell“ exportieren, heißt dies eben nicht, eine institutionelle Schablone zu exportieren, sondern die selbst erfahrene Gewissheit, dass Demokratie im Sinne von Mitbestimmung und Beteiligung aus den eigenen Erfahrungen / Traditionen der jeweiligen Gemeinschaft erwachsen und erkämpft werden muss. Die ‚Mühsamkeit‘ des Prozesses liegt dann aber weniger bei den Empfängern von Demokratisierungsideen, sondern mehr bei denen, die in vorgefertigten institutionellen Mustern ein Mehr an (demokratischer) Beteiligung und Mitwirkung erreichen wollen.

Ein Blick auf Somaliland mag dies verdeutlichen. Somaliland wird von der internationalen Gemeinschaft nicht als eigenständiger Staat anerkannt, da diese ihn als Teil von Somalia sieht. Aus diesem Grund war das internationale Engagement im Staatsbildungsprozess Somalilands, das sich 1991 für unabhängig erklärte und seit 20 Jahren eine eigene Verfassung hat, sehr begrenzt. Denn ein solches wäre als Einmischung in die inneren Angelegenheiten

Ein Geldwechsler und Kundinnen in Hargeisa, der Hauptstadt von Somaliland, das laut „The Economist“ Ostafrikas stärkste Demokratie der vergangenen 20 Jahre ist

Somalias gedeutet worden. Die Bevölkerung Somalilands war beim Ausarbeiten ihrer Verfassung mithin weitgehend auf sich selbst zurückgeworfen. Sie formalisierte mit der *Guurti* eine traditionelle Institution, die aus Clanältesten besteht, als zweite Kammer der Gesetzgebung. Diese entwickelte sich als Gravitationszentrum für den Wiederaufbau Somalilands, das sich zu Ostafrikas stärkster Demokratie der letzten 20 Jahre[1] entwickelte. Mittlerweile sind Großteile der Bevölkerung dieser ungewählten, als rückgewandt wahrgenommenen Institution überdrüssig und regen deren Reform / Abschaffung an. Es bleiben kontrafaktische Mutmaßungen, ob Somaliland einen ähnlichen Weg hätte gehen können (dürfen), wenn es sich mit dem Import demokratischer Gesellschaftsmodelle aus dem Westen hätte abmühen müssen. ◢

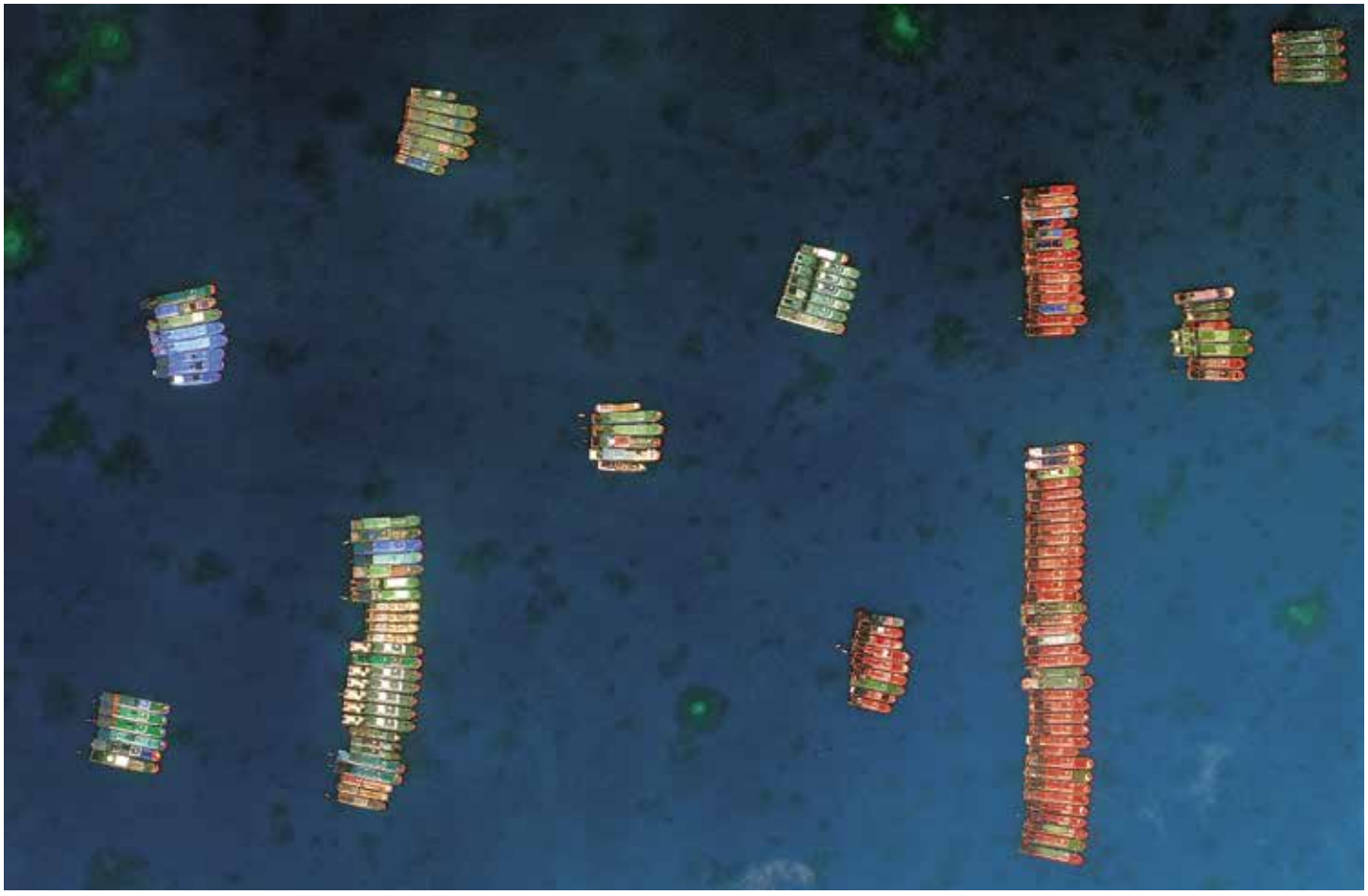
[1] The Economist, Why Somaliland is east Africa's strongest democracy: www.tinyurl.com/somaliland-economist

DEMOKRATIE IST KEIN PRODUKT, DAS GEFORDERT WERDEN KANN, SONDERN EIN PROZESS, DER ALLENFALLS BEHUTSAM UND MITTELBAR GEFÖRDERT WERDEN KANN.

Somaliland und Sudan im Vergleich
Eine Studie zeigt in anschaulicher Weise, welchen Herausforderungen sich externe Demokratisierungs- und Rechtsstaatsförderungsprogramme ausgesetzt sehen und dass Geld keine Garantie für bessere Ergebnisse ist:
www.tinyurl.com/seidel-verfassung

SICHERHEITS-POLITIK

Ein Soldat der Bundeswehr in der Nähe von Camp Castor bei Gao / Mali (o.); eine Frau mit ihrem Kind in einem zum Teil ausgebrannten Dorf in der Provinz Cabo Delgado in Mosambik, wo seit 2017 Islamisten wüten (u.)



Politisches Schlechtwetter im Indo-Pazifik: 220 chinesische Fischereischiffe sind im März vor einem Riff der Philippinen vertäut – offiziell wegen „hohen Seegangs"

In den vergangenen zwei Jahrzehnten hat sich Ostasien zur dynamischsten Wirtschaftsregion der Welt entwickelt. Seit 2016 ist die Volksrepublik China Deutschlands größter Handelspartner – im Jahr 2020 nahm sie diese Position auch für die gesamte Europäische Union ein. Diese tiefgreifenden Veränderungen führen nicht nur zu Wachstumsgewinnen, sondern auch zu Interdependenzen und einseitigen Abhängigkeiten. Einer größeren Öffentlichkeit, immer noch bestimmt von einem eurozentrisch verengten Blick, scheinen diese Fakten erst im Kontext der Covid-19-Pandemie bewusst geworden zu sein: Europa und die Welt sind angewiesen auf chinesische Masken und andere Schutzausrüstung, auf Medikamente aus Indien als der „Apotheke der Welt" und ganz generell auf globale Lieferketten, deren Unterbrechung nahezu unmittelbar spürbar wird.

Diese wirtschaftlichen Umbrüche haben direkte Folgen für die Außen- und Sicherheitspolitik. Das gilt besonders für den historisch präzedenzlosen, zuerst ökonomischen, nachfolgend auch politischen, technologischen und militärischen Wiederaufstieg Chinas zu einer der bestimmenden Mächte der Welt. Ähnliche Ambitionen hegt Indien. Aber auch die Aufsteiger vergangener Jahrzehnte wie Südkorea, Singapur oder Japan und neue Akteure wie Vietnam und Indonesien beanspruchen, gestützt auf die wirtschaftliche Machtwährung und ihre Leistungsfähigkeit, regionale und teilweise auch globale Gestaltung. Als Problem erweist sich auf diesem Weg das *Asian paradox*: Die enge wirtschaftliche Verflechtung besonders in Ostasien hat bisher nicht zu politischer Integration oder vertiefter Kooperation geführt. Eine solche Kooperationsarchitektur fehlt auch bei der Einbindung Chinas, dessen

DIE DEBATTE FEHLT

Deutschland hat Leitlinien für den Indo-Pazifik beschlossen. Eine Fregatte soll bald nach Asien aufbrechen. Bisher scheint das Vorgehen jedoch nicht zu Ende gedacht. Deutschland und Europa könnten sich konstruktiver einbringen

Von Michael Staack

Stolz auf das Erreichte inzwischen vielfach in Arroganz und Dominanzstreben umgeschlagen ist.

Unter der Überschrift „Deutschland – Europa – Asien: Das 21. Jahrhundert gemeinsam gestalten" hat die Bundesregierung am 1. September 2020 erstmals „Leitlinien zum Indo-Pazifik" beschlossen. Das 70-seitige Konzept ersetzt über 15 Jahre alte Programmpapiere des Auswärtigen Amts zu „Ostasien" und „Südasien" und basiert auf der Zuarbeit der meisten Fachministerien. Mit dem Begriff „Indo-Pazifik" wird eine geopolitische Konstruktion übernommen, die in Japan, den USA und Frankreich erdacht und ausformuliert wurde. Erstmals reklamiert Deutschland in der Region auch eine sicherheits- und friedenspolitische Rolle für sich – eigenständig, wenngleich möglichst im Verbund der Europäischen Union.

Das Ziel: Niemanden ausschließen

Die deutsche Politik im Indo-Pazifik soll sich, den Leitlinien folgend, für die regelbasierte internationale Ordnung und den Multilateralismus einsetzen, den Freihandel unterstützen, die Beziehungen mit wichtigen Akteuren in der Region diversifizieren (und damit, unausgesprochen, die Dominanz Chinas reduzieren), die Zusammenarbeit mit „Wertepartnern" (asiatischen Demokratien) stärken, ebenso die umfassende Kooperation mit dem südostasiatischen Staatenverbund ASEAN. Ein gemeinsames Handeln in der EU und eine Abstimmung mit den USA werden angestrebt. Insgesamt soll Deutschland im Indo-Pazifik präsenter und aktiver werden. Im Gegensatz zu entsprechenden Konzepten der USA sind die deutschen Leitlinien zum Indo-Pazifik *inklusiv* angelegt; schließen also keinen Staat in der Region aus – insbesondere auch China nicht, mit dem Deutschland eine von Bundeskanzlerin Angela Merkel begründete „Große umfassende Strategische Partnerschaft" mit Regierungskonsultationen und etwa 100 Dialogformaten unterhält.

Unter der Überschrift „Frieden, Sicherheit und Stabilität stärken" fordern die Leitlinien freie Seehandelswege und die friedliche Lösung von Territorialstreitigkeiten auf der Grundlage des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen (UNCLOS), befürworten zivile Krisenprävention, kooperative Sicherheitsstrukturen und Rüstungskontrolle – wiederum auch mit China. Die verteidigungs- und sicherheitspolitische Kooperation soll durch Verbindungsoffiziere, Militärattachéstäbe, Hafenbesuche, Teilnahme an Übungen und „weitere Formen maritimer Präsenz" ausgebaut werden. Ein besonderer Akzent liegt auf der Unterstützung

einer „ASEAN-zentrierten Sicherheitsarchitektur“ sowie, unterhalb der Bündnisschwelle, dem Ausbau des NATO-Programms „Partners Across the Globe“.

Fregatte als schwimmendes Symbol

Die Entsendung der Fregatte „Bayern“ folgt dieser Logik von „mehr Sichtbarkeit“ und „mehr Kooperation“. Das Auslaufen des Schiffs ist nach längeren Abstimmungsprozessen nun für Anfang August 2021 geplant. Es soll, so Medienberichte, zunächst an der Anti-Piraterie-Mission „Atalanta“ vor Somalia teilnehmen, dann durch die Straße von Malakka Kurs auf Australien nehmen und dort Hafenbesuche absolvieren, sich anschließend an der Überwachung der VN-Sanktionen gegen Nordkorea beteiligen, um anschließend durch das Südchinesische Meer nach Deutschland zurückzukehren. Eine Teilnahme an *Freedom of Navigation Operations (FONOP)* der USA oder anderer Staaten in umstrittenen Gewässern ist nicht vorgesehen. Mit solchen maritimen Operationen soll die „Freiheit der Seewege“ untermauert werden. Einen vom Kanzleramt angeregten Hafenbesuch in China lehnte das Verteidigungsministerium ab. Über dieses Thema war bis Redaktionsschluss noch nicht abschließend entschieden.

Problematisch ist nicht die Entsendung, sondern die flankierende Kommunikation, insbesondere aus Marine und Verteidigungsministerium. Demzufolge soll diese Marinepräsenz der Verteidigung freier Seewege und der militärischen Gegenmachtbildung zu China dienen, „Wertepartner“ in der Region gegen China unterstützen, Deutschland auf „maritime Augenhöhe“ mit den ehemaligen Weltmächten Frankreich und Großbritannien und deren Anspruch auf einen „Rang in der Welt“ bringen sowie einen Beitrag leisten zur Eindämmungs- und Entkopplungspolitik der USA gegenüber China, so Vertreter der Marine im Hintergrundgespräch.

Ein solches „Framing“ wird durch die Leitlinien und die Entscheidungsprozesse in der Regierungskoalition zur Route der „Bayern“ nicht gedeckt und ist inhaltlich mindestens problematisch. Ohnehin stellt eine Fregatte für sich wenig mehr dar als ein schwimmendes Symbol oder eine Projektionsfläche. Eine Unterbrechung der freien Schifffahrt durch China ist sehr unwahrscheinlich, denn auf diese ist die größte Handelsmacht der Welt für ihren Export nach Europa und Afrika sowie für ihre Energie- und Rohstoffversorgung existenziell angewiesen. „Wertepartner“ sind keine Bündnispartner. Bündnis bedeutet Beistandspflicht. Diese Unterschiede zu verwischen, ist, politisch wie völkerrechtlich, mindestens fahrlässig. Ob das zunehmend autoritäre und nationalistische Indien unter Premierminister Narendra Modi ein „Wertepartner“ ist, kann bezweifelt werden. Für alle Mitglieder der EU gilt seit Langem die Alternative: europäische Relevanz oder nationalstaatliche Irrelevanz. Frankreich und das außenpolitisch irrlichternde Vereinigte Königreich sollten für Deutschland kein Vorbild sein, sehr wohl aber abgestimmtes Handeln im Verbund der EU. Die Europäische Union hat sich, auch in Abgrenzung zu den USA, für eine eigenständige Politik entschieden, die China als Wettbewerber, systemischen Rivalen und Partner definiert. Chinas ausgreifende Territorialansprüche im Südchinesischen Meer, so die EU, dürften nicht akzeptiert werden. Der Ständige Schiedshof in Den Haag hat sie 2016 zu Recht abgelehnt. Problematisch in diesem Kontext bleibt, dass die USA selbst dem Seerechtsübereinkommen nicht angehören und – wie Großbritannien und Frankreich – von China zwar die Anerkennung des Schiedsspruchs fordern, eine solche verpflichtende Schiedsgerichtsbarkeit für sich selbst aber ablehnen. Deutschland erkennt sie an.

Prof. Dr. Michael Staack
lehrt Internationale Beziehungen an der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg. Er forscht über Kooperation und Konflikt in Ostasien und beriet die Außenminister Deutschlands und Südkoreas in Bezug auf den Korea-Konflikt.

Ohne Koalitionsbeschluss

Die deutsche Marine hat sich seit etwa zehn Jahren um eine Präsenz im Indo-Pazifik bemüht; zunächst mit wenig Unterstützung aus Kanzler- und Auswärtigem Amt. Der Indo-Pazifik sei für Deutschland das neue „Mare Nostrum“, so der scheidende Marine-Inspekteur Andreas Krause. Dahinter steht das Motiv, die USA gegen China militärisch zu unterstützen, aber auch das Bestreben nach Flottenaufrüstung und einer generellen Aufwertung der Teilstreitkraft. Tatsächlich wird die Entsendung der „Bayern“ als „Türöffner“ für eine ständige und möglicherweise auszuweitende Präsenz im Indo-Pazifik gesehen. Von den Regierungsfraktionen getragene Beschlüsse gibt es dazu nicht. Weil es diese Beschlüsse nicht gibt, erfolgt die Entsendung der Fregatte „Bayern“ aufgrund einer reinen Exeku-

tiventscheidung. Das wird der Sache erkennbar nicht gerecht. Eine dauerhafte deutsche militärische Präsenz oder gar Schwerpunktverlagerung in den Indo-Pazifik setzt eine breit angelegte politische Debatte voraus. Sie erfordert, außerdem, eine realitätsgerechte und haushaltspolitisch unterlegte Bundeswehrplanung. Beides ist derzeit nicht gegeben. Es steht zu befürchten, dass sich eine in den letzten Jahren immer wieder geübte Praxis wiederholt: Verpflichtungen eingehen, die militärisch nur bedingt geleistet werden können; mehr Geld fordern, das nicht bewilligt wird oder in weiterhin desolaten Beschaffungsprozeduren versickert; Ankündigungen dann nicht einlösen können mit Folgen für die Reputation Deutschlands. Staaten wie Japan hatten ohnehin mehr erwartet als die nun angekündigte Fregattenfahrt.

Die umfassende Ausrichtung der Indo-Pazifik-Leitlinien bietet vielfältigen Raum für eine konstruktive deutsche und europäische Politik, die sich als eigenständiger Faktor für kooperative Sicherheit in der Region präsentiert. Drei Vorschläge:

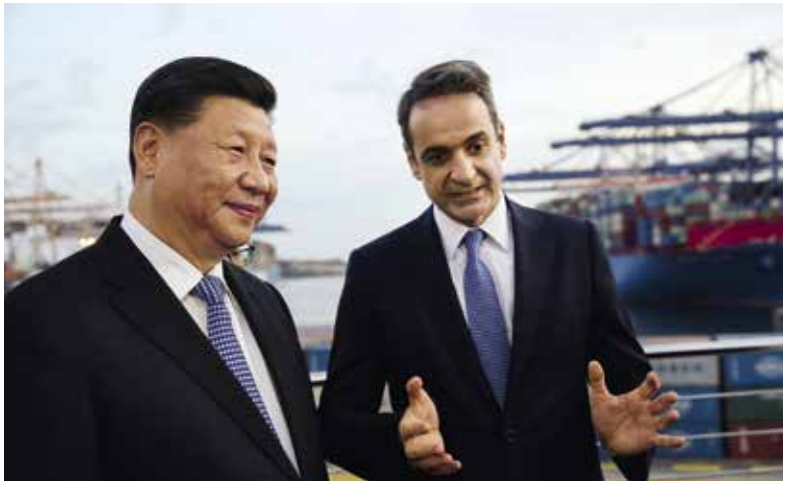
1 Deutschland und die EU sollten die ASEAN mit aller Kraft unterstützen, um gemeinsam mit China den angestrebten verbindlichen Verhaltenskodex für das Südchinesische Meer zu erreichen.

2 Deutschland sollte entschlossen darauf hinwirken, dass die USA der Seerechtskonvention der Vereinten Nationen beitreten. Im Rahmen dieser Konvention sollten sich die USA, aber auch Frankreich und Großbritannien (wie Deutschland) zur Streitschlichtung durch obligatorische Schiedsgerichtsbarkeit verpflichten.

3 Deutschland und die Europäische Union sollten sich, dem Wunsch Südkoreas entsprechend, mit Expertise und Diplomatie nachdrücklich für die Lösung des Konflikts über das nordkoreanische Nuklearprogramm engagieren.

Wie jedes umfangreiche Strategiepapier beinhalten auch die Indo-Pazifik-Leitlinien Ziel- und Prioritätenkonflikte, die auszutarieren sind. Vieles spricht dafür, dass für den Wettbewerb Europas und Deutschlands mit China Investitionen in Innovation und Technologie sowie attraktive Kooperationsangebote in Asien und Afrika zielführender und nachhaltiger sind als kurzsichtige Fregattenpräsenzen. ◢

Neue Seidenstraße: Griechenlands Premier Kyriakos Mitsotakis zeigt Xi Jinping 2019 den Hafen von Piräus, der vom chinesischen Staatskonzern Cosco betrieben wird



Der Verkehrsknotenpunkt „Kijazi Interchange" in Daressalam gilt als größtes Infrastrukturprojekt Tansanias. Es wird von einer chinesischen Firma geleitet und ist Teil von Chinas „Belt and Road"-Initiative

AUF SIEG PROGRAMMIERT

Bewaffnete Drohnen: Eine Technik wird als neu diskutiert – und hat sich längst etabliert

Von Ulrike Franke

Die deutsche Drohnendebatte steckt fest. Seit 2012 setzt sich das Bundesverteidigungsministerium dafür ein, die von der Luftwaffe gewünschten bewaffneten Drohnen zu beschaffen – bisher ohne Erfolg. Nun wurde auf Wunsch der SPD erneut die Entscheidung darüber vertagt, ob die Drohne „Heron TP“, welche von dem israelischen Hersteller IAI für die Bundeswehr geleast wird, bewaffnet werden soll. Sollte die Regierung nicht in der Lage sein, in dieser Legislaturperiode eine Entscheidung zu treffen, könnte das Thema zum ersten Streitgegenstand der Koalitionsverhandlungen im September werden.

Als der damalige Verteidigungsminister Thomas de Maizière im Sommer 2012 die Diskussion anstieß, besaßen nur wenige Streitkräfte bewaffnete Drohnen. Die Vereinigten Staaten und Israel hatten um die Jahrtausendwende damit begonnen, ihre unbemannten Überwachungsflugzeuge mit Raketen zu bewaffnen. 2001 setzte die amerikanische Luftwaffe zum ersten Mal bewaffnete Drohnen in Afghanistan ein. Etwa ein Jahrzehnt hatten die USA und Israel ein De-facto-Monopol auf bewaffnete Drohnen. 2008 trat das Vereinigte Königreich dem Drohnen-Club bei und kaufte amerikanische Predator-Drohnen für den Einsatz in Afghanistan.

In den 2010er Jahren zeigten dann immer mehr Staaten Interesse an bewaffneten Drohnen. Da die Vereinigten Staaten und Israel ihre Systeme nicht exportieren wollten (selbst NATO-Partner wie Italien bekamen lange Jahre keine amerikanischen Exportgenehmigungen) oder konnten (bewaffnete Drohnen fallen zum Teil unter bestehende Rüstungskontrollverträge), begannen Länder, selbst Drohnen herzustellen. Heute sind China und die Türkei führende Drohnenexporteure. Mindestens ein Dutzend Länder haben bewaffnete Drohnen, manche Experten gehen sogar von bis zu 30 Nutzern bewaffneter Drohnen aus.

Drohnen über dem Kaukasus

Welche Rolle Drohnen in einem bewaffneten Konflikt spielen können, zeigte sich zuletzt im Kaukasus. Vom „ersten Drohnenkrieg“ sprachen Kommentatoren in Bezug auf den Konflikt zwischen Aserbaidschan und Armenien in Bergkarabach. Die Bezeichnung ist zwar irreführend, da Drohnen weltweit auf Schlachtfeldern zu finden sind, allerdings spiegelt sie die Zentralität von Drohnen in dieser Auseinandersetzung wider.

Der Krieg in Bergkarabach dauerte 44 Tage und endete mit einem Sieg Aserbaidschans. Laut Berichten wurden über 4000 armenische Soldaten getötet, Aserbaidschan beklagte den Tod von 2800 Soldaten. Zudem starben bis zu 100 Zivilisten auf beiden Seiten. Beide Seiten setzten Drohnen ein, doch insbesondere Aserbaidschans umfangreiches Drohnenarsenal spielte eine entscheidende Rolle.

Aserbaidschanische Truppen flogen israelische Überwachungsdrohnen und bewaffnete von der Türkei hergestellte TB2-Drohnen. Zudem hatte Aserbaidschan sogenannte „Kamikaze- oder Wegwerfdrohnen“: umstrittene hochautonome israelische Systeme. Diese Systeme, auch *loitering munition* genannt, werden in die Luft gebracht, verharren einige Zeit über dem Zielgebiet, und wenn sie ein Ziel erkannt haben, stürzen sie sich auf dieses und zerstören sich dabei selbst. Da sie nicht wiederverwertbar sind, handelt es sich streng genommen hier nicht um Drohnen, sondern eher eine Raketenart bzw. Munition.

Mithilfe dieses Arsenals konnten die Aseris armenische Positionen aufklären; die Stellungen wurden dann mit Artillerie beschossen, während bewaffnete Drohnen nachgelagerte Reserven angriffen und Unterstützungswege abschnitten. Drohnenaufklärung und -angriffe funktionierten selbst in den Berggebieten gut, die eigentlich Verteidigern einen Vorteil bieten sollten. Die armenischen Streitkräfte hatten Schwierigkeiten, die Drohnen

Die Hubschrauberdrohne PD-100 „Black Hornet“ ist mit 15 Zentimetern das kleinste im Einsatz befindliche unbemannte Fluggerät der Welt

Zerstörerische Kraft: Nach dem Angriff einer aserbaidschanischen Kamikaze-Drohne auf den Ort Hadrut in Bergkarabach steht ein Mann in Trümmern nahe seinem Haus. Seine Frau wurde bei dem Angriff getötet

Dr. Ulrike Franke ist Senior Policy Fellow am European Council on Foreign Relations und Teil des Teams, das den Podcast „Sicherheitshalber" produziert.

abzuwehren, und ihre eigenproduzierten Drohnen waren den türkischen und israelischen Systemen unterlegen. Laut Beobachtern machte Armenien zudem taktische Fehler; die durchgehenden Angriffe aus der Luft wirkten demoralisierend.

Dass Drohnen eine so wichtige Rolle spielten, war insofern bemerkenswert, als es sich bei dem Bergkarabachkonflikt um eine Auseinandersetzung zwischen Staaten handelte. Bisher waren Drohnen vor allem in asymmetrischen Konflikten eingesetzt worden, wo Lufthoheit garantiert ist – zum Beispiel von der Türkei in kurdischen Gebieten, von den USA in Pakistan oder von Großbritannien in Afghanistan. Da weder Aserbaidschan noch Armenien große Luftwaffen haben, boten Drohnen die Möglichkeit, die luftgestützten Fähigkeiten auszubauen. Und da beide Seiten sich schwer damit taten, die Drohnen abzuschießen, hatten die einen größeren Einfluss, als Experten im Vorfeld angenommen hatten.

Herausforderung Drohnenabwehr

Welche Schlüsse sollte Deutschland aus diesem Konflikt für seine Drohnendebatte ziehen? Hierzulande wird teils argumentiert, Deutschland könne mit einer Entscheidung gegen die Beschaffung bewaffneter Drohnen eine Vorbildfunktion einnehmen und andere Länder davon abhalten, Drohnen zu beschaffen. Mit Blick auf den aktuellen Grad der Proliferation scheint diese Annahme wenig überzeugend.

Zudem hat der Konflikt in Bergkarabach gezeigt, dass Drohnen, bewaffnet wie unbewaffnet, eine zentrale Rolle in einem zwischenstaatlichen Krieg spielen können. Zwar plant die Bundeswehr, bewaffnete Drohnen primär für die Sicherung der eigenen Truppen am Boden einzusetzen. Trotzdem muss Deutschland ein Auge darauf haben, wie Drohnen eingesetzt werden können, da es immer wahrscheinlicher ist, dass die Bundeswehr in zukünftigen Einsätzen einem mit Drohnen bewaffneten Gegner gegenüberstehen wird.

Es ist zu erwarten, dass in den nächsten Jahren ein Wettlauf zwischen Drohnenabwehr und immer neuen Drohnensystemen, die gegen diese Systeme immun sind, entstehen wird.

Vor diesem Hintergrund zeigt sich, dass die Bundeswehr und ihre europäischen Verbündeten stärker in Drohnenabwehr investieren müssen. Drohnenabwehr ist eine Herausforderung, insbesondere da es viele verschiedene Drohnensysteme mit teils sehr unterschiedlichen Eigenschaften gibt. So ist es schwierig bis unmöglich, ein System zu finden, das sowohl gegen die 15 Zentimeter kleine Mini-Helikopterdrohne „Black Hornet" wirkt wie gegen die 600 Stundenkilometer schnelle, 18 Kilometer hoch fliegende „Global Hawk". Auch Kosteneffizienz ist eine Herausforderung. Derzeit wird an einer Vielzahl von Drohnenabwehrsystemen geforscht. Insbesondere elektronische Systeme, die die Funkverbindung zwischen Pilot und Drohne unterbrechen oder es gar möglich machen, die Steuerung der Drohne zu übernehmen, stehen derzeit hoch im Kurs. Solchen Bestrebungen könnte allerdings eine zunehmende Automatisierung von Drohnen einen Strich durch die Rechnung machen. Aber auch an Drohnen, die gegen andere Drohnen kämpfen, oder Systemen, die Drohnen abschießen, wird geforscht. Es ist zu erwarten, dass in den nächsten Jahren ein Wettlauf zwischen Drohnenabwehr und immer neuen Drohnensystemen, die gegen diese Systeme immun sind, entstehen wird.

In Bergkarabach hat sich gezeigt, dass gerade die Abwehr von „Kamikaze-Drohnen" besonders schwierig ist. Diese Systeme brauchen keine konstante Verbindung zu Piloten am Boden, was bedeutet, dass sie durch elektronische Störmaßnahmen, welche ebendiese Verbindung angreifen, nicht gestört werden können. Die autonome *loitering munition* ist aber auch darüber hinaus problematisch: Viele Experten sorgen sich, dass Kriege in Zukunft autonomer werden könnten, der Mensch also weniger Einfluss in militärischen Operationen haben könnte. Solch eine Automatisierung des Krieges bringt rechtliche und ethische Herausforderungen mit sich und birgt sicherheitspolitische Gefahren, die von der Möglichkeit eines Rüstungswettlaufs bis zur Gefahr einer militärischen Kettenreaktion in Form eines *Flash War* reichen.

Deutschland muss diese Entwicklungen zur Kenntnis nehmen und darauf mit eigenem Fähigkeitsaufbau reagieren, insbesondere im Bereich der Drohnenabwehr, und gleichzeitig die Verbreitung autonomer Waffensysteme politisch weiterhin begleiten und zu limitieren versuchen. ◢

FRIEDENS-ETHIK

Ein Paar auf einer Rikscha passiert in Rangun / Myanmar eine Straße mit roten Farbspritzern. Gegner des Militärputsches haben die Farbe als Form des Protestes bei einer Demonstration im April 2021 auf der Straße verteilt

GLOBAL ZERO GIBT ES NICHT ZUM NULLTARIF

Eine Welt ohne Atomwaffen bleibt das Ziel. Auf dem Weg dorthin sind vertrauensbildende Maßnahmen, Rüstungskontroll- und Abrüstungsschritte notwendig. Diese Bemühungen wurden vernachlässigt

Von Ines-Jacqueline Werkner

PD Dr. Ines-Jacqueline Werkner
ist Leiterin des Arbeitsbereichs Frieden an der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft in Heidelberg sowie Privatdozentin am Institut für Politikwissenschaft an der Goethe-Universität Frankfurt.

Die Strategie der nuklearen Abschreckung ist seit den 1950er Jahren hoch umstritten. Mit dem Ende des Kalten Krieges und der Blockkonfrontation geriet diese Frage jedoch weitgehend aus dem öffentlichen Fokus. Spätestens seit 2017, als die Situation in Nordkorea eskalierte und dem verbalen Schlagabtausch zwischen Kim Jong-un und Donald Trump die Drohung auf beiden Seiten folgte, im Falle eines Krieges Atomwaffen einzusetzen, ist die nukleare Problematik wieder präsent.

Die aktuelle geopolitische Lage erweist sich als deutlich komplexer: Geopolitisch sind zwischen den USA, Russland und China neue Großmachtrivalitäten erkennbar. Die nuklearen Arsenale der klassischen Nuklearwaffenstaaten werden fortlaufend modernisiert. Die nukleare Option ist weiterhin Bestandteil von Militärstrategien – sei es von Russland, den USA oder der NATO. Diese beinhaltet nicht nur die atomare Abschreckung, sondern mittlerweile auch Optionen des nuklearen Erstschlages, selbst im Falle nichtnuklearer Bedrohungen. Zugleich

Ein Mann sitzt vor dem Friedensdenkmal, einer ehemaligen Ausstellungshalle in Hiroshima. Das Gebäude wurde 1945 durch die US-Atombombe „Little Boy" zerstört

stagnieren Rüstungskontroll- und Abrüstungsverhandlungen. Hinzu kommen Risiken durch inoffizielle Nuklearstaaten.

Vor diesem Hintergrund erscheint ein *Global Zero*, eine Welt ohne Atomwaffen, dringender denn je. Während dieses friedenspolitische Ziel als Konsens gelten kann, ist der Weg dorthin umstritten. Ist es – so die hier zu verhandelnde Leitfrage – an der Zeit, die Frage nach der Legitimierbarkeit von Kernwaffen und Nuklearstrategien in aller Konsequenz zu verneinen?

Zu jeder Position gibt es kritische Anfragen

Prinzipiell lassen sich in friedensethischen Debatten um die nukleare Abschreckung in Anlehnung an Michael Quinlan drei grundlegende Positionen voneinander unterscheiden:

1. Der Einsatz von Atomwaffen ist stets verwerflich, damit auch ihr Besitz zur Abschreckung.
2. Der Einsatz von Atomwaffen kann unter bestimmten Umständen legitim sein, folglich auch ihr Besitz.
3. Auch wenn der Einsatz von Atomwaffen stets verwerflich ist, kann ihr Besitz zur Abschreckung gerechtfertigt sein.

Bei allen stellen sich kritische Anfragen: Vertreter der ersten Position müssen sich fragen lassen, wie sie es verantworten können, den Einsatz von Atomwaffen einseitig und ohne Beschränkungen durch eine Gegenmacht Autokraten und Aggressoren zu überlassen.

Die zweite Position kann das Glaubwürdigkeitsproblem nuklearer Abschreckung zwar umgehen, ist aber mit dem Problem der Verhältnismäßigkeit konfrontiert und der Frage, wie ein nuklearer Einsatz überhaupt mit einer differenzierten und verhältnismäßigen Anwendung von Gewalt einhergehen kann.

Befürworter der dritten Position müssen sich schließlich dem Dilemma stellen, mit Waffen zu drohen, die niemals eingesetzt werden dürfen. Nukleare Abschreckung bedarf der hinreichenden Entschlossenheit, diese im Ernstfall auch einzusetzen. Entfällt diese Handlungsoption, verfehlt Abschreckung ihre Wirkung.

Die NATO einschließlich Deutschland setzt nach wie vor auf die nukleare Abschreckung. So hat bislang auch kein NATO-Mitglied den Atomwaffenverbotsvertrag unterzeichnet oder ratifiziert. Hat sich diese Strategie aber auch bewährt? Rückblickend betrachtet fällt die Antwort zwiespältig aus: Einerseits dürfte die nukleare Abschreckung unbenommen aller Ungewissheiten dazu beigetragen haben, einen Atomkrieg zu verhindern. Andererseits hat sie eine nachhaltige Abrüstung nicht befördern können. Eine Dämpfung der nuklearen Rüstungsdynamik ist aber grundsätzlich möglich, auch wenn es dazu begünstigender Rahmenbedingungen bedarf; dafür stehen beispielsweise der INF- und der *New-Start-Vertrag*. Und auch wenn der Nichtverbreitungsvertrag, wie häufig zu Recht kritisiert, zu keiner nachhaltigen Reduzierung des atomaren Potenzials der Nuklearstaaten geführt hat, konnte er zumindest die Proliferation begrenzen.

Keine Drohung ist auch keine Lösung

Wie ist die Strategie der nuklearen Abschreckung unter heutigen Prämissen zu bewerten? Das grundlegende Dilemma, wonach Kriegsverhütung durch nukleare Abschreckung versagen kann, zugleich aber auch ein einseitiger nuklearer Waffenverzicht beziehungsweise Nuklearwaffen ausschließlich in Händen von Autokraten einen Frieden gefährden können, ist nach wie vor gegeben. Mit der Wiederkehr der Geopolitik scheint die nukleare Abschreckung politisch eine Renaissance zu erfahren. Dabei haben die neuen weltpolitischen Konstellationen der letzten Jahre – seien es die komplexeren multipolaren Strukturen oder die aktuellen Militärstrategien von NATO und Nuklearstaaten – zweifellos die Hemmschwelle eines Einsatzes atomarer Waffen sinken lassen. Die kriegsverhütende Funktion nuklearer Abschreckung ist fragiler geworden.

Das bedeutet im Umkehrschluss aber nicht, dass ein einseitiger Verzicht auf atomare Waffen die Wahrscheinlichkeit ihres Einsatzes verringern würde; vielmehr wäre auch diese Option eine Gefahr für den Frieden. Man stelle sich nur hypothetisch vor, dass ausschließlich Länder wie Nordkorea oder Russland Nuklearwaffen besäßen. Wie wäre es dann um die Freiheit von Ländern mit anderen Wert- und Ordnungsvorstellungen (wie der westlichen Welt) oder ehemaliger Sowjetrepubliken, die sich nunmehr dem Einfluss Russlands entziehen, bestellt?

Und auch die neuen technologischen Entwicklungen – taktische Kernwaffen geringerer Sprengkraft, mit denen sich zugleich die Führbarkeit begrenzter Nuklearkriege verbindet – führen zu keinem Paradigmenwechsel. Zum einen liegen die technischen Möglichkeiten völkerrechtlich legitimer, das heißt nach dem Verhältnismäßigkeitsprinzip und dem Unterscheidungsgebot geführter atomarer Kriege nach wie vor in weiter Ferne. Zum anderen spricht auch weiterhin vieles gegen die Wahrscheinlichkeit einer (nicht legitimierbaren) begrenzten atomaren Kriegsführung. Das bis zur eigenen Vernichtung reichende Eskalationsrisiko begrenzter – und auch nur gegen taktische Ziele gerichteter – Nukleareinsätze besteht nach wie vor. So wird der schwächere Akteur stets der Versuchung unterliegen, das Gleichgewicht durch weitreichendere Waffen wieder herzustellen, was wiederum Gegenstrategien herausfordert. Damit bleibt ein begrenzter Nukleareinsatz – ungeachtet aktueller Militärstrategien – nicht nur unmöglich, sondern vor allem auch für alle Seiten unerwünscht.

LEDIGLICH EINE ABSCHAFFUNG VON ATOMWAFFEN ZU FORDERN, ERWEIST SICH ALS ZU EINFACH.

Der lange Weg zur völligen Abschaffung

Welche Schlussfolgerungen lassen sich daraus ziehen? Lediglich eine Abschaffung von Atomwaffen zu fordern, erweist sich als zu einfach. Ein Verzicht ist unmöglich, wenn er nicht allseitig ist. Jedoch kann nukleare Abschreckung nur eine heute noch ethisch verantwortbare Option darstellen, wenn sie konsequent an Rüstungskontroll- und Abrüstungsschritte rückgebunden wird. Ein besonderer Stellenwert kommt hierbei vertrauensbildenden Maßnahmen zu. Dieser Zugang ist nicht neu, aber in den letzten Jahrzehnten mit dem Fokus auf Institutionen des liberalen Friedens wie EU und NATO in gravierender Weise vernachlässigt worden. Nachhaltige rüstungspolitische Schritte müssen, wollen sie erfolgreich sein, mit einer Stärkung kooperativer Strukturen einhergehen. Zugleich muss Abrüstung für alle Staaten gangbare Schritte beinhalten einschließlich entsprechender Anreize auch für Nuklearwaffenstaaten. Erst am Ende dieses Weges kann ein *Global Zero* stehen. ◢

„Als Christ trete ich für eine Welt ohne Gewalt ein, für eine friedliche Welt" – Oberstleutnant Mathias Meierhuber spricht auf der Synode der Evangelischen Kirche in Dresden 2019 über die Friedensarbeit der Bundeswehr

UNS SELBER SAGEN, WAS WIR DENKEN

Intensiv wird in Heidelberg seit Jahren zu Fragen der evangelischen Friedensethik geforscht. Dabei bildet sich die Frage heraus, wie eine Kirche, die sich als Stimme der Gesellschaft versteht, zugleich deutlich in sie hineinsprechen kann. Zeit für eine Zwischenbilanz

Von Hendrik Stoppel

Der aktuelle friedensethische Konsultationsprozess an der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft e. V. (FEST) soll der Reflexion der jüngsten Kundgebung der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) zum Thema Frieden von 2019 dienen. Er setzt damit den dreijährigen Konsultationsprozess zum „Gerechten Frieden" fort, der seinerseits zur Vorbereitung der Synode gehörte.

Trotz dieser und anderer intensiver Vorbereitungen blieb das öffentliche mediale Echo auf die Kundgebung fast völlig aus. In näher mit dem Thema befassten Kreisen waren vor allem kritische Reaktionen wahrzunehmen. Zum einen wurde die innere Inkohärenz des Textes bemängelt, der sowohl zwischen sehr weiten ethischen Ansprüchen und detaillierten Forderungen zu einzelnen Themen schwanke als auch in deren Adressierung oft unklar sei. Zum anderen gab es aber auch inhaltliche Kritik, besonders an der deutlich pazifistischen Ausrichtung und dem kommunizierten unbedingten Vorrang friedlicher Mittel der Konfliktlösung vor der Anwendung militärischer Gewalt, die einherging mit dem Verzicht auf eine Erwähnung (auch negativer Art) der Funktion der Bundeswehr oder von Streitkräften im Allgemeinen.

Entsprechend stehen drei Leitfragen im Fokus des Konsultationsprozesses: Wie viel Pluralität verträgt eine evangelische Friedensethik? Welche Konsequenzen hat die Kundgebung der EKD-Synode zum Frieden im Hinblick auf die Begleitung, Ermutigung, Verkündigung und Orientierung von Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr? Und wie sind die Ergebnisse des Konsultationsprozesses im Hinblick auf die „Friedenssynode“ der EKD zu verorten?

Zur Klärung der ersten beiden Fragen wurden zwei Arbeitsgruppen gebildet: eine erste zum Thema „Pluralität und Pluralismus in der evangelischen Friedensethik“ und eine zweite zur „Gewaltfreiheit zwischen Anspruch und Realität“ – zwei Themenkomplexe, die eng miteinander verzahnt sind, aber jeweils eine eigene Beschäftigung erfordern. Die Ergebnisse und Positionen der Diskussionen werden in zwei entsprechenden Bänden veröffentlicht werden. Die dritte Fragestellung wird schließlich in Form eines weiteren Bandes aufgearbeitet werden. Inzwischen haben je zwei Treffen der beiden Arbeitsgruppen stattgefunden, sodass es an der Zeit scheint, vor der Veröffentlichung der Beiträge eine erste Bilanz zu ziehen.

Volkskirche oder Bekenntniskirche?

Man sollte nicht erwarten, dass diese Treffen nun auf wundersame Weise einen neuen Konsens hervorbringen könnten, der alle bisherigen Bruchlinien überwindet. Ja ob dies überhaupt wünschenswert sei, war das Thema der ersten Arbeitsgruppe zu Pluralität und Pluralismus. Zum Hintergrund der Bedeutung dieses Themas gehört sicherlich der teilweise bei Soldatinnen und Soldaten entstehende Eindruck, der Ausschluss ihrer Sichtweise könne im Laufe der Zeit zur Wahrnehmung einer Unvereinbarkeit ihres Berufs mit der Mitgliedschaft in der Kirche führen. Dass der Kirche eine innere Pluralität der Sichtweisen aber eingeschrieben ist und diese nur durch gewaltsame Ausschlüsse beschnitten werden könnte, scheint im Großen und Ganzen Konsens zu sein. Auch dass Kirche sich der pluralen Gesellschaft nicht verschließen kann und nicht sollte.

Die grundlegende Frage ist vielmehr, ob die Kirche Pluralismus *abbilden* solle oder eine der Stimmen *innerhalb* der Pluralität sein wolle. Die beiden Optionen wurden in der Diskussion oft mit den Begriffen „Volkskirche“ respektive „Bekenntniskirche“ verbunden, können aber auch anders gefasst werden: Bildet Kirche Pluralismus ab, entspricht das einer „staatsanalogen“, in gewissem Sinne auch staatsnahen Funktion der Kirche. So verstanden, ist die Stimme der Kirche hier die Stimme *der* Gesellschaft. Es sollte aber auch möglich sein, die Kirche als *eine* Stimme *in der* Gesellschaft zu sehen, ohne dass deshalb die innere Pluralität verdeckt, verdrängt oder gar minimiert werden muss. Voraussetzung dafür ist allerdings ein inneres Ringen – jeder einzelnen Person mit sich selbst, aber auch öffentlich –, aber mit dem Ziel, dass sich am Ende *eine* Stimme herausbildet.

Auch die Diskussion des zweiten Themengebietes, nämlich die Bedeutung der Gewaltfreiheit für Soldatinnen und Soldaten, die Seelsorge an ihnen und die Bundeswehr als Institution, muss sich mit einem erstarrten Dualismus auseinandersetzen. Die ethische Qualität des Problems der Gewalt wird dabei von keinem der Beteiligten infrage gestellt, der Dualismus äußert sich also nicht in der schlichten Opposition „Gewalt ja / nein“, sondern spezi-

fischer, ob es möglich oder im Gegenteil ganz ausgeschlossen ist, auftretender Gewalt mit gewaltfreien Mitteln zu begegnen.

Fragen zulassen, Antworten ermöglichen

Dass die Vermeidung von Gewalt wünschenswert ist, ist kaum strittig, welche Möglichkeiten es zu dieser Vermeidung gibt, allerdings sehr. Auch hier besteht der weitaus steinigere, aber wesentlich zielführendere Weg womöglich im Ausbruch aus dieser Dichotomie. Denn zwei Dinge sind schwer von der Hand zu weisen: die ethische Vorzüglichkeit der Gewaltfreiheit ebenso wie die nachdrückliche Existenz von Gewalt in dieser Welt, die nur in tiefe Dilemmata führen kann, will man darauf reagieren. Auch von nichtpazifistischer Seite wird betont, dass die bewusste Anwendung von Gewalt nur Resultat eines solchen Dilemmas sein kann. Alle Optionen dieser Dilemmata auszuloten und im Zweifelsfall auch entstehende Aporien auszuhalten, ist jedenfalls eine andere Konversation, als die unmittelbare Umsetzung eschatologischer Prinzipien zu fordern.

Das würde allerdings keinesfalls heißen, dass sich damit der Spielraum für die Anwendung militärischer Gewalt automatisch erweiterte. Es ist mindestens genauso denkbar, dass die genaue Betrachtung der politischen Rechtfertigungen von militärischen Einsätzen – mit dem Dilemma der Gewaltabwehr zugunsten Anderer und deren Rechte – genau diese behaupteten Gründe infrage stellt und andere politische Beweggründe zum Vorschein kommen lässt. Die Darlegung, nach Ausschöpfung aller anderen Mittel nun auf die *ultima ratio* geworfen zu sein, könnte massiv erschwert sein, wenn sie sich nicht nur gegenüber den Gegnern jeglicher Gewaltanwendung rechtfertigen müsste, sondern vor allem sich selbst gegenüber.

An diesem Punkt laufen die Diskussionen beider Arbeitsgruppen aus meiner Sicht zusammen: Gerade um der Beförderung des Friedens und der Gewaltfreiheit willen muss die Kirche ihre eigenen – immer prekären – politischen Positionen ausfechten und diese genauso ernst nehmen wie die, die die politischen Entscheidungen für oder gegen militärische Gewalt regulieren. Nur dann kann eine kontroverse, konfliktive, aber an der Sache orientierte Stimme der Kirche für den Frieden entstehen, die aus ihrem pluralen Ursprung heraus hörbar in eine plurale Gesellschaft hineinsprechen kann. Den Teilnehmern des Prozesses kann kaum genug gedankt werden, dass sie weder Kontroverse noch Konflikt gescheut haben, um diesen Diskurs voranzutreiben. ◢

Dr. Hendrik Stoppel
ist evangelischer Theologe und zurzeit wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft e. V. (FEST).

INNERE FÜHRUNG

Informieren, kontrollieren: Die Wehrbeauftragte Eva Högl Anfang 2021 in Hammelburg bei der Infanterie (o.); am Zentrum Innere Führung Ende 2020 im Gespräch mit KSK-Soldaten, die dort den neuen Lehrgang für Angehörige der Spezialkräfte absolvieren (u.)

INNERE FÜHRUNG HEIßT: FÜHRUNG

Zum Führungs- und Selbstverständnis eines Offiziers der Bundeswehr

Von Armin Staigis

Wie steht es um unsere Bundeswehr in Zeiten einer dynamischen, volatilen und unberechenbaren globalen Sicherheitslage? Die notwendige Vernetzung mit zivilen Akteuren in der Bewältigung der komplexen sicherheitspolitischen Aufgaben ist erkannt, aber keineswegs konsequent umgesetzt. Die Bundeswehr wurde personell, aber insbesondere materiell ausgezehrt. Trotz alledem haben sich die Soldatinnen und Soldaten in weltweiten Einsätzen bis hin zum „scharfen Ende" ihres Aufgabenspektrums bewährt. Und gesellschaftliche Strömungen wie Populismus und politischer Extremismus machen selbstverständlich vor den Kasernentoren nicht halt. Es wäre ja auch verwunderlich.

Wie steht es deshalb um die Innere Führung als Führungsphilosophie der Bundeswehr? Ich will in Rückschau auf 45 Dienstjahre innerhalb und außerhalb der Bundeswehr und mit einem gewissen Abstand eine Reflexion versuchen. Ich konzentriere mich im Folgenden auf: die feste Bindung des Soldaten an die Werteordnung des Grundgesetzes, die Konsequenzen aus der Aufgabenvielfalt der Bundeswehr und die Notwendigkeit der Integration der Streitkräfte in die Gesellschaft.

Bindung an die Werteordnung des Grundgesetzes

Das Ziel der Inneren Führung war und ist bis heute die Einbindung der Bundeswehr in den freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat und die offene Gesellschaft. Es geht um die höchstmögliche militärische Effektivität, letztlich die Einsatzbereitschaft der Bundeswehr bei gleichzeitiger Gewährung der Freiheitsrechte an die Soldaten als „Staatsbürger in Uniform". Der Soldat soll erfahren dürfen, wofür er dient und im Extremfall mit seinem Leben eintreten muss. Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr sind also wesensfest zu machen für unsere Werteordnung als Träger staatlich legitimierter Gewalt.

Es beginnt mit dem Eintreten für das Friedensgebot in der Präambel des Grundgesetzes:

„Im Bewußtsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen, von dem Willen beseelt, als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen, hat sich das Deutsche Volk kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt dieses Grundgesetz gegeben."

Dieses Friedensgebot gilt selbstverständlich uneingeschränkt und besonders, auch in seiner völkerrechtlichen Bindung, für die Soldaten. Der Soldat der Bundeswehr ist von der Verfassung her eindeutig „vom Frieden her zu denken", auch als eine klare Absage an den Krieger oder gar Söldner. Er dient zur Sicherung oder Wiederherstellung des Friedens, zur Abwendung von Not, Gewalt und Unfreiheit.

Die Bundesministerin der Verteidigung Annegret Kramp-Karrenbauer hat anlässlich des Feierlichen Gelöbnisses zum 20. Juli 2020 diese Wertebindung der Bundeswehr klar zum Ausdruck gebracht:

„In der Bundeswehr liegt die Ehre in der Verteidigung der Freiheit und der Demokratie. Treue bedeutet Verfassungstreue [...] Pflicht ist eben auch Pflicht zur Wachsamkeit, damit das Gift des Unfreiheitlichen, des Völkischen, des Militaristischen, des Extremismus aller Schattierungen und des Gewaltverherrlichenden unsere Bundeswehr nicht angreift."

Deutsche und US-Soldaten beim Verlegen nach Estland (Übung *Saber Strike* 2016). Bündnisverteidigung steht wieder im Vordergrund, manche Rhetorik ist kritikwürdig

Die Innere Führung und das Verständnis zum „Soldaten des Friedens" waren über die Jahrzehnte nicht unumstritten, und sie sind es auch heute immer noch nicht. Ich habe die Innere Führung nie als „pure Theologie", „Lippenbekenntnis" oder „weltfremde Heilslehre" wahrgenommen,

wie es Sönke Neitzel in seinem neuesten Werk „Deutsche Krieger“ schildert. Ganz im Gegenteil, sie war und ist die Grundlage meines soldatischen Selbstverständnisses.

Konsequenzen aus der Aufgabenvielfalt der Bundeswehr

Mit diesem zweiten Komplex reiße ich ein besonders schwieriges und kontrovers diskutiertes Themenfeld an. Es beginnt mit der Komplexität und Unterschiedlichkeit des Aufgabenspektrums für die Bundeswehr. Im Weißbuch 2016 heißt es dazu:

„Der Auftrag der Soldatinnen und Soldaten im Einsatz wird auf absehbare Zeit facettenreich bleiben: Er kann von Training und Ausbildung über humanitäre Hilfe für Menschen in Not bis zur Anwendung militärischer Gewalt reichen.“

Nach der Annexion der Krim und dem gewaltsamen Eingreifen Russlands in der Ostukraine 2014 ist die Landes- und Bündnisverteidigung wieder stärker, auch sinngebend in den Vordergrund gerückt. Dabei fokussiert man sich, zumindest in Teilen der Bundeswehr, auf den „Kämpfer“. Es gelte, das Militär wieder „mehr vom Kriege und eben nicht vom Frieden her zu denken“, nachdem die Bundeswehr am Hindukusch erstmals in ihrer Geschichte „erwachsen geworden ist“, wie Sönke Neitzel behauptet. Widerhall findet dies in der Bundeswehr, wenn dort die „Befähigung zum Kampf“ zur „Richtschnur für den Erfolg im gesamten Einsatzspektrum des Heeres“ erhoben wird und die „Einsatzbereitschaft und pure Präsenz zur Landes- und Bündnisverteidigung nicht mehr ausreiche“, sondern „die Truppen durchsetzungsfähig, kriegsbereit und siegesfähig sein müssten“. Diese Kriegsrhetorik verstört mich durch Sprache und Inhalt.

Brigadegeneral a. D. Armin Staigis, Vorsitzender des Freundeskreises der Bundesakademie für Sicherheitspolitik (BAKS) e. V., Vizepräsident der BAKS von 2013 bis 2015, zuvor militärpolitische Verwendungen im BMVg, Bundeskanzleramt, in NATO und EU sowie Führungsverwendungen im Heer bis zur Brigadeebene, einschließlich bei SFOR in Bosnien-Herzegowina.

Erstens wird hier mit dem Kriegsbegriff fahrlässig und losgelöst von unserer Verfassung und der UN-Charta umgegangen. Das Hauptanliegen für Deutschland und die Bundeswehr bleibt die Sicherung und die Wiederherstellung des Friedens, wo auch immer unsere Streitkräfte eingesetzt werden.

Zweitens ist der Anspruch an einen Soldaten, gerade der ethische, heute höher denn je. Ja, er ist Kämpfer und setzt, falls notwendig, militärische Gewalt ein. Aber er ist auch Vertreter seines Landes gegenüber einem anderen, häufig fremden Kulturkreis, als Helfer, Vermittler, Beschützer, Ausbilder und Partner. Somit ist von ihm heute weit mehr gefordert als nur die Kernbefähigung des Kämpfers.

Und drittens hat ein Soldat, der im Gefecht getötet oder das Töten als Vorgesetzter befohlen hat, daran zu tragen, so er denn einen „moralischen Kompass“ hat. Und den sollte er als Staatsbürger in Uniform haben. Wenn ein Kompaniechef nach seinem Afghanistan-Einsatz zum Ausdruck bringt, dass er nicht in den Einsatz gegangen ist, „um jemanden zu töten oder Krieg zu führen“, und seinen Soldaten sagte: „Wenn wir hier keinen Schuss abgeben, machen wir hier alles richtig“, dann dokumentiert es diesen „Kompass“. Auch wenn es dann anders kam und „der Krieg auf ihn zugekommen ist, schneller als er denken konnte“. Auch diese persönliche Bekundung zeigt, dass die Bundeswehr schon lange vor dem Afghanistan-Einsatz im Sinne der Inneren Führung „erwachsen“ war.

Die Soldaten der Bundeswehr, gerade die mit Einsatzerfahrung, wissen, dass es in den heutigen und wohl auch zukünftigen Konflikten keine militärischen Lösungen oder gar Siege gibt und geben wird. Militärische Einsätze werden im besten Falle Menschen schützen, große Gewalt eindämmen und Zeit kaufen können für politische Lösungen. Die Soldaten sollten deshalb aus Überzeugung dazu beitragen, Risiken zu minimieren, Kriege zu verhüten und den Frieden zu sichern, was Gewaltanwendung als *ultima ratio* keineswegs ausschließt.

Die Notwendigkeit der Integration in die Gesellschaft

Die Bundeswehr und ihre Soldaten sollen den gesellschaftlichen Wandel mitgestalten und mitvollziehen können – als integraler Bestandteil der Gesellschaft. Gleichzeitig brauchen die Menschen, die in der Bundeswehr ihren Dienst leisten, politischen Rückhalt und gesellschaftliche Wertschätzung.

Zieht man Meinungsumfragen der letzten Jahre heran, dann genießt die Bundeswehr als Institution ein hohes Ansehen in der Bevölkerung. Betrachtet man aber die Zustimmungswerte zu ihrem Aufgabenspektrum, dann finden humanitäre Einsätze und die Rettung eigener Staatsbürger noch große Unterstützung. Wird aber nach robustem Kriseneinsatz und Bündnisverteidigung gefragt, sinken diese Werte rapide, zuweilen in einem Ausmaß, das besorgniserregend ist.

Das „Nie wieder Krieg“ wirkt bis heute. Ja, einerseits bin ich froh, dass ich in einem friedliebenden Land lebe, und deshalb will ich davor warnen, mit dem Kriegsbegriff in Bezug auf die Bundeswehr unvorsichtig umzugehen oder gar ein Spannungsfeld zwischen „Bürger“ und „Krieger“ aufzubauen. Es kann die Menschen in unserem Lande eher nur irritieren, vielleicht auch die Falschen zu den Streitkräften ziehen und die Bürger von ihrer Bundeswehr entfremden. Andererseits muss eine freiheitliche Demokratie sich selbst und ihre Verbündeten schützen wollen und können. Wir müssen uns klarmachen, dass Freiheit, Demokratie und Rechtsstaat nicht voraussetzungslos, selbstverständlich und gesichert sind.

Politiker dürfen nicht wegsehen und müssen der Bundeswehr klare und realistische Ziele setzen und die zur Erreichung dieser Ziele notwendigen Mittel bereitstellen. Leider ist der Diskurs zur Sicherheitspolitik und zum Einsatz der Bundeswehr weitgehend von einer Ziel- und Strategielosigkeit geprägt. Der ehemalige Bundestagsabgeordnete Winfried Nachtwei spricht hier im Rückblick sogar von „Schönrederei“ und „Realitätsverlust auf der Berliner Hochebene“.

Wenn man aber als Soldat oder ehemaliger Soldat Kritik an den Politikern und Mitbürgern übt, muss man auch sein eigenes Denken und Handeln hinterfragen. Soldaten sollten sich in dieser Gesellschaft nicht hervorheben, schon gar nicht selbst. Bescheidenheit, Selbstreflexion, Selbstkorrektur und mutige Offenheit nach innen und nach außen täten allen mit aufsteigendem Rang in den Streitkräften gut. Sehr wahrscheinlich war das auch bei mir nicht genügend ausgeprägt, bei sich vermehrenden Sternen auf der Schulter. Hannah Arendt hat uns Militärs „kein großes Bemühen um unparteiische Selbstprüfung“ attestiert. Das sollte uns mahnen. Letztlich geht es darum, Vertrauen und Zutrauen in unsere Streitkräfte zu erhalten und zu stärken, in der Politik und in der Gesellschaft, aber auch innerhalb der Bundeswehr selbst.

„Selig sind, die Frieden stiften“
(Matthäus 5,9)

Die Soldatinnen und die Soldaten der Bundeswehr, die nunmehr seit über 65 Jahren wesentlich dazu beigetragen haben, dass wir in Frieden und in Freiheit leben können, haben unseren großen Respekt, unsere Hochachtung und Dankbarkeit verdient.

Im Englischen klingt dieser Bibelspruch noch schöner:

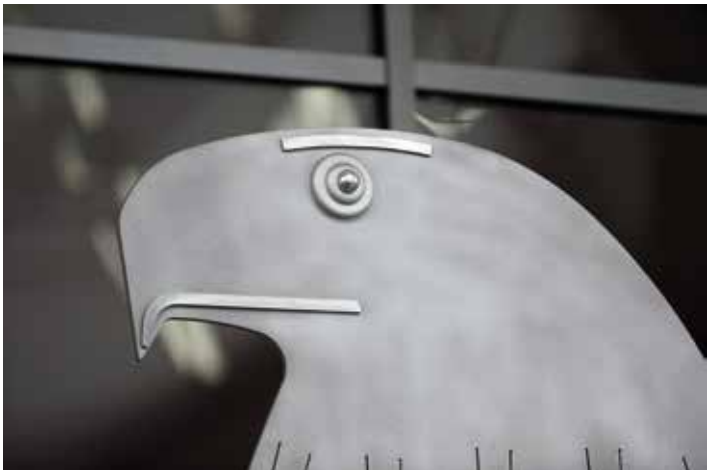
„Blessed are the peacemakers.“ ◢

Peter Buchner, Fregattenkapitän, ist Dozent für Politische Bildung am Zentrum Innere Führung und Friedensreferent der Evangelischen Kirche im Rheinland. Neben Didaktik Politischer Bildung beschäftigen ihn inhaltlich vor allem die Themen Legitimation von Auslandseinsätzen, Innere Führung – historische Entwicklung und aktuelle Diskurse sowie das Phänomen Sicherheit. Bewertungen spiegeln die Auffassung des Autors wider.

STAATSGEIST MIT BÜRGERSEELE

Gewaltenteilung trennt die politische Willensbildung vom Staat und seinen Dienern. Wer baut den Betroffenen eine Brücke über diesen Graben?

Von Peter Buchner



Der Adler schwebt über Abgeordneten im Bundestag und über Soldaten wie Soldatinnen in Kasernen. So erinnert er an die gemeinsamen Grundlagen und Werte

Demokratie ist der Leitstern unserer staatspolitischen Vorstellungen und Träume. Und von der Demokratie geht es in der Praxis recht schnell zur Gewaltenteilung als einem ihrer Kernelemente. Der Pfad zum Militär scheint dagegen eher zugewachsen. Vielerorts werden Militär und Gesellschaft voneinander getrennt, sogar in Demokratien. Das galt auch in Deutschland bis zur Wiederbewaffnung nach dem Zweiten Weltkrieg und der Einführung Innerer Führung als Organisationskultur.

Innere Führung als Demokratisierungsprojekt

Kernanliegen war es, neue deutsche Streitkräfte demokratieverträglich zu machen. Zauberformel ist das Leitbild vom Staatsbürger in Uniform. In der Sprache der Zeit hieß das, „den Typ des modernen Soldaten zu schaffen, der freier Mensch, guter Staatsbürger und vollwertiger Soldat zugleich ist." Diese damals geheime, heute eher geheimnisvolle Formel bestimmte bis dato Wohl und Wehe der Bundeswehrsoldaten als Angehörige einer Streitkraft in der Demokratie. Innere Führung kann deshalb heute noch als Kulturleistung höchster Güte betrachtet werden angesichts der militärhistorischen Gegebenheiten und wegen des althergebrachten obrigkeitsstaatlichen Bewusstseins.

Was sich auf staatsorganisatorischer Ebene als Graben zwischen Demokratie und Militär auftut, hat ein Abbild in individueller Perspektive zwischen Bürgern und Staatsdienern. Sogar Beamte brauchten noch längere Zeit zum Ankommen in der parlamentarischen Ordnung. Die Arbeit an der Notstandsverfassung offenbart eine zum Teil staatsautoritär orientierte, obrigkeitsstaatlich ausgerichtete und antiparlamentarisch gesinnte Beamtenschaft. Eine Brücke zu bauen, war da keine Option. Für Soldaten, die von alters her auf tugendhafte Wertmuster wie Loyalität oder Treue in personaler Dimension konditioniert sind, ist der Graben eher noch breiter; zwei Herzen schlagen in der Soldatenbrust: Bürgerseele und Soldatengeist.

Damit lockt einerseits die Treuepflicht zum Staat, verkleidet im Gehorsam gegenüber Vorgesetzten. Andererseits meldet sich das Gewissen als bürgerliche Verantwortung, beispielsweise wenn ein Einsatz fragwürdiger Legitimität beraten wird. Schlägt man sich dann auf die Seite der freien Persönlichkeit, gilt das leicht als aufmüpfig; bezieht man Lager als pflichtbewusster Staatsdiener, wirkt das als Maulkorb. Das Spannungsverhältnis als Diener zweier Autoritäten erscheint so als eine innere Gewaltenteilung. Sie folgt der äußeren, wenn man Militär in eine Demokratie integriert.

Psychologisch entsteht, was medizinische Laien fälschlicherweise als Schizophrenie bezeichnen: eine „gespaltene Persönlichkeit". Grund, dem Staatsbürger in Uniform eine Brücke zu bauen über den Graben zwischen Aufmüpfigkeit und Maulkorb.

Soldaten und die parlamentarische Regierungsweise

Dies ist gerade mit Blick auf die Auslandseinsätze besonders wichtig. Im Gegensatz zur auf Evidenz gestützten Verteidigung, bei der jeder erkennen kann, dass der Angriff stattgefunden hat, enthalten sie kontingente Effekte. Ihnen haftet nicht nur die Ungewissheit an, ob es richtig gemacht wird. Häufig bezweifelt man, ob Militär überhaupt etwas bewirken kann. Soldaten sind da Experten. Das bringt die Treueverpflichtung des Staatsdieners mit der Kritik der Bürger in Konflikt. Amtliche Meinung weicht da schon einmal von persönlicher Einschätzung ab.

Die Brücke schlägt das parlamentarische Regierungssystem. Jenes dank Gewaltfreiheit und Rationalitätsanspruch vom damaligen Direktor des Bundestags Wolfgang Zeh als „politische, geistige und kulturelle Leistung ersten Ranges" gelobte Organ, das die ungeheure Vielfalt von Initiativen, Forderungen und Überzeugungen in der Gesellschaft überhaupt erst regelbar macht. Pathetisch stellt er fest: „Das Parlament ist der einzige Sammelpunkt, in dem die Gesellschaft mit sich selbst einig bleiben oder es immer wieder werden kann."

DIE BRÜCKE SCHLÄGT DAS PARLAMENTARISCHE REGIERUNGSSYSTEM.

Im Bundestag reifen mehrheitsfähige Kompromisse, die wenigstens zeitweise auf Akzeptanz hoffen dürfen

Nicht zuletzt im Einsatz weichen die amtliche Meinung des Staatsdieners und seine kritische Haltung als Bürger durchaus einmal voneinander ab

Allerdings ist die parlamentarische Regierungsweise mehr als ein Mehrheitsautomatismus. Demokratie beginnt erst mit der Verbürgung für die handlungsfähige Minderheit. Und das Parlament ist der Ort, an dem die Vielzahl der gesellschaftlichen Vorstellungen zusammengeführt, miteinander konfrontiert und in komplexen Kommunikationsprozessen zu Regelungskonzepten verbunden wird. Dabei reifen akzeptable und mehrheitsfähige Kompromisse, die wenigstens zeitweise auf ein Geltenlassen rechnen dürfen.

Das bezeichnet der Begriff Konkordanzdemokratie. Gemeint ist die Regierungspraxis, in der Konflikte nicht einfach über Mehrheiten, sondern über Kompromisse mit möglichst breiter Übereinstimmung gelöst werden. Der Ausgleich zwischen Interessenträgern und Parteien reift da in einem oft hinter den Kulissen ablaufenden Kommunikationsprozess, wo sich die Abgeordneten in Bezug auf die Forderungen einerseits und ihre Wähler andererseits positionieren müssen. Die vielfältigen Ansprüche werden dann auf unterschiedlichen Ebenen von der Wahlkreisversammlung über die Parteiebenen der Bezirke und Länder bis hin zu den Fraktionssitzungen und schließlich im Kreis der Regierungskoalition gefiltert und abgewogen. Letztlich geht es für die Politiker um ihre Wiederwahl. Dazu müssen sie den Wählern tragfähige Argumente anbieten und deren Interessen einigermaßen gut treffen. Ansprüchen aber, die sich im parlamentarischen Prozess nicht durchsetzen konnten, fehlte offensichtlich die Überzeugungskraft. Den Abschluss dieses Prozesses bilden die Plenardebatten. Sie fassen die monatelangen Erörterungen zwischen Fraktionen und Ministerien, Interessengruppen und Experten in Rückkopplung mit den mit der Ausführung betrauten Behörden unter Beachtung einschlägiger Rechtsprechung und wissenschaftlicher Erkenntnis für die Öffentlichkeit zusammen und machen die wesentlichen Gründe für und wider in Verknüpfung mit den Parteipositionen für die Bürger sichtbar. Da wird also abgerechnet.

Brücke zur Demokratie

So überbrückt der moderne Parlamentarismus den Graben zwischen gesellschaftlicher Meinungs- und staatlicher Willensbildung. „Der repräsentative Parlamentarismus stellt damit das am weitesten avancierte Modell für die immer wieder neu zu erreichende und zu justierende Verständigung von Gesellschaft und staatlicher Macht dar“, resümiert Zeh.

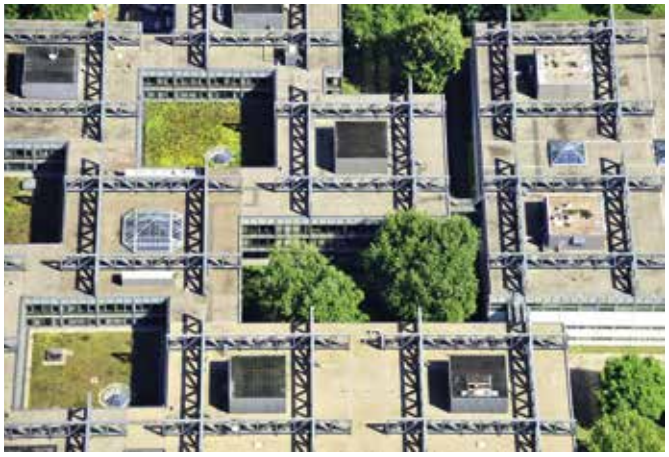
Betrachtet man nun den Staatsbürger in Uniform durch die parlamentarische Brille, erkennt man den Einfluss, aber auch die Reichweite einer Meinung im politischen Prozess. Unbestritten hat jeder die Möglichkeit, sie zu äußern, solange keine Staatsgeheimnisse offenbart werden. Der Weg in die Interessenvertretungen oder Parteien, in all die demokratischen Organe, die die Meinungsbildung betreiben, filtern, und fokussieren, ist geebnet. Tür und Tor stehen der demokratischen Teilhabe offen. Dass es dabei für Staatsdiener zwei Schranken gibt, an denen Fundamentalkritik hängen bleibt, darf nicht wundern. So ist erstens das demokratische Grundprinzip als Handlungsrahmen unverzichtbar für den Bestand der Demokratie. Und die kann niemals zur Disposition gestellt sein. Zweitens wird der Raum dort eng, wo Staatsdiener die Grundlinien der Politik nicht mehr mittragen wollen. Dann reißt das Band zwischen Mitglied und Organisation.

Unter dem Dach der Gesellschaft könnte man so von Maulkorb nur sprechen, wo die eigene Meinung die Mehrheit für sich beanspruchen dürfte, an der vorbeiregiert wird. Ist das zweifelhaft, dann wird der Maulkorb eher zur Denkblockade, er beschränkt nämlich das Nachdenken, warum die eigene Meinung in der parlamentarischen Politikarena kein Gehör gefunden hat. So gesehen, gilt auch für den Staatsbürger in Uniform das demokratische Prinzip *one (wo-)man – one vote*. Die Soldatenstimme zählt also nicht weniger als die der anderen BürgerInnen. Sie zählt aber auch nicht mehr. Uniform als militaristischer Meinungsbooster nämlich ist unserer Demokratie fremd. ◢

OHNE DEMOKRATEN KEINE DEMOKRATIE

Demokratie hört am Kasernentor nicht auf. Partizipation als Leitbild der Inneren Führung

Von Traugott Jähnichen und Niklas Peuckmann



Mehr Demokratie wagen: Seit bald 50 Jahren gibt es die Universitäten der Bundeswehr in Hamburg (oben) und Neubiberg / München (rechts)

Demokratie ist nicht bloß eine Staatsform, sondern muss in allen Bereichen der Gesellschaft gelebt werden, denn: Eine Demokratie ohne Demokraten ist zum Scheitern verurteilt. Das war eine wesentliche Lehre aus „Weimar“. Viele Bereiche der Gesellschaft in Deutschland vor 1945, insbesondere das Militär und vielfach auch die Kirchen, lehnten die Demokratie ab und bahnten so der mörderischen NS-Diktatur den Weg.

In allen Bereichen der Gesellschaft der Bundesrepublik sind Formen von Partizipation institutionalisiert, sehr früh und konsequent in der Bundeswehr mit dem Leitbild der Inneren Führung. Wie sieht die Realität dieses Leitbildes heute aus, und welche Impulse kann es in andere gesellschaftliche Bereiche hinein vermitteln? Welchen Beitrag kann die theologische Ethik hier leisten?

Partizipation als normatives Kriterium evangelischer Ethik

Partizipation ist im 20. Jahrhundert zu einer grundlegenden Norm evangelischer Ethik geworden. Die wechselseitige Anerkennung aller Menschen als Freie und Gleiche impliziert ein Ethos der Selbst- und Mitverantwortung, das in institutionellen Bezügen durch partizipative Strukturen zu sichern ist. Partizipation bedeutet unterschiedliche Formen und Grade von Mitwirkung bei Entscheidungsprozessen in allen gesellschaftlichen Institutionen mit dem Ziel des Abbaus strikt hie-

Kirche will Partizipation fördern – wie hier bei einer Jugendsynode im Rheinland 2019. In anderen Bereichen, auch in mancher NGO, ist Teilhabe weniger erwünscht

rarchisch strukturierter Willensbildung. Je nach dem Grad der Einwirkung auf Entscheidungsprozesse lassen sich Mitspracherechte als indirekte Form der Einwirkung und direkte Mitbestimmung mit einem dezisiven Effekt auf die Entscheidung unterscheiden.

Theologisch ist diese Norm in der Bestimmung des Menschen zur Mitmenschlichkeit als Ausdruck der Gottebenbildlichkeit begründet. In diesem Sinn haben Theolog*innen im 20. Jahrhundert sozialethische Überlegungen für eine partizipative Gestaltung der Gesellschaft entwickelt. Ohne Ungleichheiten und legitime Herrschaftsausübung zu leugnen, geht es um die Ermöglichung von Mitverantwortung und Mitbestimmung im Sinn der christlich interpretierten Humanität der Mitmenschlichkeit. Der Ökumenische Rat der Kirchen hat diese Perspektive seit den 1970er Jahren mit der Formel einer „just, participatory and sustainable society“ zum Ausdruck gebracht.

Partizipation hilft, institutionelle Logiken zu hinterfragen und den Menschen, die diese Institution mit Leben füllen, Freiräume zu geben und echte Mitbestimmung zu eröffnen.

Wichtige Etappen auf dem Weg zur Demokratisierung der Gesellschaft

Historisch ist die Forderung nach Partizipation eng mit dem Entstehen des demokratischen Verfassungsstaates verbunden. Speziell in Deutschland gibt es zudem eine breite Tradition der Mitbestimmung im Bereich der Wirtschaft, die Arbeitnehmer*innen Partizipationsrechte, ausgehend von Mitwirkungsrechten am Arbeitsplatz über Rechte von Betriebsräten bis hin zur paritätischen Mitbestimmung in Montanunternehmen, einräumt.

Über die Bereiche von Politik und Wirtschaft hinaus ist die Forderung nach Partizipation zum Kennzeichen eines Reformprojekts geworden, das auf allgemeine Chancen der Teilhabe an Entscheidungen in allen Gesellschaftsbereichen zielt. Diese Impulse zur Partizipation haben insbesondere seit den 1970er Jahren in vielen gesellschaftlichen Bereichen, vor allem in Schulen und Hochschulen, breite Wirkung entfaltet. Demgegenüber wird in systemtheoretischer Sicht die wachsende Komplexität von Entscheidungsprozessen problematisiert, die durch erweiterte Partizipation lediglich parasitär vermehrt werde und das Zeitbudget für Entscheidungen überfordern könne. In diesem Sinn sind zuletzt, etwa im Hochschulbereich, aufgrund scheinbarer Effizienzvorteile von Hierarchien Partizipationsmöglichkeiten eingeschränkt worden. Auch in vielen Bereichen, die ein positives Image haben, in den großen Digital-Unternehmen, aber auch in NGOs wie bei Wikipedia oder Greenpeace, sind kaum oder nur wenige Partizipationsrechte verankert. Solche Tendenzen sind aus theologischer Sicht eine problematische Beschneidung der Humanität und gefährden zudem eine demokratische Gesellschaftsentwicklung.

Partizipation als Leitbild der Inneren Führung

In der Bundeswehr, in der hierarchische Strukturen und die Kommunikationsform von „Befehl und Gehorsam“ eine große Rolle spielen, sieht das anders und besser aus. Sie folgt dem ideellen Leitbild der Inneren Führung. Die Innere Führung wurde als mehrdimensionaler Führungsansatz in den 1950er Jahren entwickelt, um die demokratische Verankerung der Bundeswehr in der Bundesrepublik sicherzustellen. Mittels formaler Handbücher und Dienstvorschriften ist die Innere Führung zum Leitbild der Bundeswehr erklärt worden. In der Praxis erkannte man jedoch, dass die formalen Vorgaben nicht selbsterklärend und selbstverständlich waren.

Die Innere Führung ist ein dynamisches Konzept, das im Alltag der Bundeswehr immer wieder neu realisiert werden muss. Das führte in ihrer Geschichte dazu, dass sie mal eine hervorgehobene Stellung einnahm, ein anderes Mal an Bedeutung verlor. Eine Sternstunde der Inneren Führung

fiel in die 1970er Jahre. Angesichts der gesellschaftsweiten Veränderungen und Liberalisierungsprozesse richtete die Bundeswehr mit der Zentralen Dienstvorschrift 10/1 „Hilfen für die Innere Führung“ (1972) ihre Kommunikationskultur neu aus. Gleichzeitig wurden in Hamburg (1972) und München (1973) zwei Bundeswehr-Universitäten gegründet. Ziel war es, die gesellschaftlichen Impulse aufzunehmen und – im Sinne von Willy Brandts Wahlspruch – mehr Demokratie auch in den Streitkräften zu wagen. Dies gelang, indem Partizipationsmöglichkeiten gesteigert wurden. Ein Soldat sollte nicht bloß einen Befehl ausführen, er sollte ihn verstehen und als Staatsbürger in Uniform vor seinem Gewissen verantworten können.

Seither ist viel passiert. Das Konzept der Inneren Führung ist weiter überarbeitet worden, zugleich wird es faktisch durch die Einsatzrealität der Bundeswehr infrage gestellt. Auch ist zu beobachten, dass hierarchische Strukturen – ähnlich wie in anderen Bereichen der Gesellschaft – mehr an Gewicht gewinnen. In der Bundeswehr wird dieser Prozess jedoch unter dem Begriff der „Stabslastigkeit“ kritisch reflektiert. Dieser Schritt, der im Weißbuch von 2016 seinen Anfang nahm und jüngst durch das Zukunftspapier von Verteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer und Generalinspekteur Zorn seine Fortsetzung fand, ist positiv zu würdigen, da er die Wichtigkeit der partizipativen Elemente in den Streitkräften anerkennt und sie stärken möchte.

Diesen Weg gilt es weiter zu beschreiten. Die Innere Führung ist kein Selbstläufer, sie muss sich in der Praxis immer wieder neu realisieren. Dies zu ermöglichen, zu begünstigen und zu fördern, ist Aufgabe der militärischen und politischen Verantwortlichen. Dass es feste Partizipationsstrukturen in der Bundeswehr gibt, steht auch im Interesse des zivilgesellschaftlichen Raums. Als institutionelle Ausdrucksform des demokratischen Rechtsstaats ist es von hoher Bedeutung, dass sich in der Bundeswehr selbst diese Ideale spiegeln – Demokratie hört am Kasernentor nicht auf.

Ausblick

Die Innere Führung ist ein Konzept, das sich von der aktuellen Praxis der Bundeswehr herausgefordert sieht. Es ist in der Tat schwer vorstellbar, dass Soldatinnen und Soldaten im Einsatz von ihren staatsbürgerlichen Rechten jederzeit Gebrauch machen können. Solche Schwierigkeiten können aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich die Bundeswehr prinzipiell diesem Leitbild verpflichtet sieht. Es entspricht der theologischen zentralen Norm der Partizipation, wie sie für alle gesellschaftlichen Bereiche wegweisend ist. Partizipation hilft, institutionelle Logiken zu hinterfragen und den Menschen, die diese Institution mit Leben füllen, Freiräume zu geben und echte Mitbestimmung zu eröffnen. In diesem Sinn kann eine gut funktionierende Innere Führung eine Vorbildfunktion für zivilgesellschaftliche Institutionen, Unternehmen oder NGOs übernehmen.◢

Prof. Dr. Traugott Jähnichen ist Inhaber des Lehrstuhls für Christliche Gesellschaftslehre an der Ev.-theol. Fakultät der Ruhr-Universität Bochum, Mitglied der Kirchenleitung der EKvW und stellvertretender Vorsitzender der Kammer für soziale Ordnung der EKD.

Niklas Peuckmann ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Praktische Theologie (Homiletik, Liturgik, Poimenik) des Instituts für Religion und Gesellschaft der Ruhr-Universität Bochum.

REZENSIONEN

SEELSORGE IM SPEZIALGEBIET

Aus einer Tagung in Bochum entstand ein hilfreicher Band zu Theorie und Praxis der Militärseelsorge

Von Andreas Jensen

Wer sich umfassend über Seelsorge in der Bundeswehr informieren möchte, greife zu diesem Buch! Es geht im Kern zurück auf eine wissenschaftliche Tagung, die im November 2019 an der Ruhr-Universität Bochum in Zusammenarbeit mit dem Evangelischen Kirchenamt für die Bundeswehr durchgeführt wurde und die sich ihrerseits aus einem entsprechenden Forschungsprojekt am Institut für Religion und Gesellschaft speiste. Hier kommt ein dringend nötiger Weg zu einem ersten Abschluss, denn obgleich die Militärseelsorge ein sehr altes Spezialgebiet der beiden großen christlichen Kirchen ist, liegen kaum theologische Ausleuchtungen vor.

Isolde Karle und Niklas Peuckmann, die den Sammelband herausgeben, verstehen die 17 Beiträge als „Perspektiven aus Theorie und Praxis“. Dass beides gleichermaßen wichtig ist, liegt auf der Hand. Karle ist ordentliche Professorin für Praktische Theologie und Direktorin des Instituts für Religion und Gesellschaft an der Ruhr-Universität Bochum, Peuckmann arbeitet in beiden Einrichtungen als wissenschaftlicher Mitarbeiter und ist seit Jahren forschend mit der Militärseelsorge befasst.

Wer die Lektüre dieses Sammelbandes angeht, wird seine eigenen Reflexions- und Erfahrungshintergründe mitbringen und kann in der Auswahl der Lektüren die Akzente so setzen, dass es nicht allein zu Selbstbestätigungen kommt. Hierzu helfen drei Dinge ungemein. Den Untertiteln der Beiträge gelingt Veranschaulichung des zu Erwartenden, das Verzeichnis der Autorinnen und Autoren und die wenige Seiten umfassende Einführung vermögen dies weiter abzurunden.

Die Herausgeber gliedern das Material in drei Rubriken. Die erste gilt der Seelsorge und fokussiert damit die Handlungsebene, die zweite versammelt Beiträge zur kirchentheoretischen und systemischen Verortung. Die dritte bietet Arbeiten über die Rolle der Militärseelsorge innerhalb ethischer Fragestellungen und solcher mit Blick auf Öffentlichkeitskonzepte.

Religion entzieht sich Nützlichkeitsmaximen

Geht diese Rezension bewusst nicht inhaltlich auf die Einzelbeiträge ein, so geschieht das mit einer Ausnahme: dem gemeinsamen Aufsatz der Herausgeberin und des Herausgebers. Obgleich dieser in der Gliederung innerhalb des ersten Teils zur Seelsorge zu finden ist, darf er als orientierende und organisierende Mitte des dargebotenen Themas und seiner Themen insgesamt gelten.

Sein Untertitel spielt mit den Bezügen: „Poimenische Leitlinien der Militärseelsorge“. Sind es Leitlinien für die Poimenik, also der Seelsorge im engeren Sinne im Handlungsfeld der Bundeswehr? Oder handelt es sich um aus der religiösen Interaktion abkünftige Leitlinien kirchlichen Wirkens für das Handlungsfeld der Bundeswehr insgesamt? Ich lese den Beitrag im letztgenannten Sinn. Die in ihm gebotene *Tour d’Horizon* priorisiert die interaktiona-

Isolde Karle und
Niklas Peuckmann (Hg.):
Seelsorge in der Bundeswehr. Perspektiven aus Theorie und Praxis, Evangelische Verlagsanstalt, Leipzig 2020, 312 Seiten, 30 Euro.

le Ebene für den Diskurs über Militärseelsorge. „Seelsorge ist dem Religionssystem zugeordnet", deren Bezugssystem die Kontingenz sei. So „absorbiert [sie; A.J.] hoch irritierende und letztlich nicht zu stillende Fragen" (S. 18f. unter Wiedergabe eines Wortes von Günther Emlein), und so finde die Frage nach Gründen im Gelingensfall von seelsorglichem Beistand ihre Unterbrechung, und die Kraft lenke sich auf das Ertragen um (S. 19). In diesem Sinn halte Seelsorge den Sinn für Mehr- und Uneindeutigkeiten wach (S. 26) und habe sich Nützlichkeitsmaximen zu entziehen. Hier findet sich bestimmungslogisch die erste Ableitung der Verhältnissetzung zur Organisation Militär, die wie alle Organisationen ihren Sinn darin hat, Entscheidungen herbeizuführen.

Die anschlussfähige Gestaltung von religiöser oder kirchlicher Praxis als Ander-Orte oder Ander-Zeiten oder das dialektische Konzept der kritischen Solidarität entfalten und konkretisieren das. So führt die doppelte Feldkompetenz (Religion und Militär) der Seelsorgerin bzw. des Seelsorgers zu wachen Rollenreflexionen nicht allein der individuellen professionellen Rolle, sondern auch derjenigen komplexer Gesellschaftsbezüge, und damit verbunden sind ethische Fragen und formative Klärungen. Denen wiederum obliegt, was der (evangelische) Militärseelsorgevertrag in seiner Präambel als allseitiges Bestreben formuliert: „die freie religiöse Betätigung und die Ausübung der Seelsorge in der Bundeswehr zu gewährleisten".

Nicht zuletzt wird in der Besprechung der Signatur „totale Institution" (S. 28f.) noch ein weiterer Bezug dieses Aufsatzes deutlich. Er ließe sich auch anhand weiterer Punkte deklinieren. „Seelsorge in der Lebenswelt der Bundeswehr" lässt sich als weiterführende Leseanleitung zu „Begleitung im Licht des Evangeliums", den zehn Thesen zum Seelsorgeverständnis, verstehen, die im Jahr 2019 für den internen Diskurs herausgegeben wurden und die sich im vorliegenden Sammelband als Anhang abgedruckt finden. Gerade die Frage der Anwendbarkeit dieser vom kanadischen Soziologen Erving Goffman durch Feldforschungen in geschlossenen Einrichtungen herausgearbeiteten Kategorie hat in der Diskussion der Thesen für nicht unerhebliche Turbulenzen gesorgt. Hier wird die Beschreibungs-, nicht(!) Wertkategorie „totale Institution" mit Blick auf die Lebenswirklichkeit von Soldatenfamilien als Interpretament von Ohnmachtserfahrungen bei Angehörigen kontextualisiert. Das kann die Diskussion entschärfen.

Fehlen Themen? Man könnte einwenden, dass nur Stimmen der im weitesten Sinne Anbietendenseite im Sammelband zu Wort kommen. Allerdings – wer würde an einem auf Theorie abzielenden Fachbuch zur Krankenhausseelsorge Patient:innen mitschreiben lassen?

Gewichtiger ist, dass sich das Professionsfeld Militärseelsorge in seiner eindrücklichen Breite und anspruchsvollen Tiefe zeigt und keine Erwägungen zum Kompetenzrahmen und Kompetenzerwerb von Geistlichen, die in der Bundeswehr ihren Dienst tun, zu finden sind. Doch vielleicht braucht es auch erst die gebotene Übersicht, um den Bereich der Zusatzausbildung für Militärseelsorgende erneut auf die Agenda zu setzen. ◢

LIEBESERKLÄRUNG

Ein Sammelband widmet sich „Europas Mission“ und macht deutlich, dass wir der Welt etwas geben können: Europa verdient ein wenig Sendungsbewusstsein

Von Jobst Reller

Der ehemalige Militärdekan an der Führungsakademie in Hamburg Hartwig von Schubert und der Autor und Regisseur Boris Penth haben einen bunten Blumenstrauß als „Liebeserklärung“ für das „Friedensprojekt Europa“ gebunden. Die einzelnen Blumen aus Politik, Kultur und Wissenschaft bestehen aus kurzen Essays oder auch Interviews, die durchaus prominente Zeitgenossen wie Jean-Claude Juncker, Katarina Barley, Aleida Assmann, Annegret Kramp-Karrenbauer geben. Die bunte Mischung, nach dem Leitwort Europas „In Verschiedenheit geeint“, bringt mit sich, dass man den Band an jeder beliebigen Stelle aufschlagen und mit Gewinn zu lesen beginnen kann.

Am Anfang und am Ende stehen kurze Texte der Herausgeber zur „Sendung Europas“ – anfangs eher historisch, am Ende auf Zukunftsherausforderungen fokussiert wie Frieden und Klima. Am meisten hat mich Jean-Claude Junckers engagierte Leidenschaft fasziniert: „Nur wenn wir zusammenstehen, nicht blöd, naiv, stupide, sondern organisiert und strukturiert gemeinsam marschieren, dann wird Europa Einfluss behalten.“ Faszinierend ist auch Aleida Assmanns Beschreibung einer neuen „dialogischen Gedenkkultur“ in Europa in der Überwindung „monologischer, nationaler Gedächtniskulturen“ und der Verpflichtung Europas als Anwalt demokratischer Werte: „Das Europa, das Robert Schuman aufgebaut hat, existiert heute in einem anderen Umfeld und hat neue Aufgaben. Eine davon besteht in der Erhaltung jener Werte, die eigentlich Europa nach dem Krieg von den USA gelernt und übernommen hat. Heute ist Europa zur Hüterin dieser Werte der Demokratie geworden, nachdem es im Lande Trumps erschreckende Verfallserscheinungen gibt.“ Europa verdient ein wenig Sendungsbewusstsein.◢

Boris Penth, Hartwig von Schubert (Hg.):
Europas Mission.
Kulturell und politisch,
Röhrig Universitätsverlag,
St. Ingbert 2020,
311 Seiten, 16,90 Euro.

ASYMMETRISCH KOMPLEMENTÄR

In ihrem Buch „Militärseelsorge“ stellen Sylvia Thonak und Gerd Theißen christlichen Pazifismus und evangelische Militärseelsorge einander gegenüber

Von Markus Thurau

Sylvia Thonak, Gerd Theißen: **Militärseelsorge**. Das ungeliebte Kind protestantischer Friedensethik? (Heidelberger Studien zur praktischen Theologie, Bd. 25), LIT Verlag, Berlin / Münster 2020, 261 Seiten, 34,90 Euro.

1959 wurden die „Heidelberger Thesen“ verabschiedet. Sie gaben eine kirchliche Antwort auf die Dilemmasituation, in die eine christliche Gewissensentscheidung durch das Aufkommen der Atomwaffen geraten war. Die Thesen formulierten mit dem Begriff „Komplementarität“ einen Kompromiss, der sich in den folgenden Jahrzehnten als tragfähig und passend erwies, da er sowohl den konsequenten Waffenverzicht als auch den Versuch, mittels Atomwaffen den Frieden zu sichern, als „christliche Handlungsweise“ anerkannte. Mit dem Ausdruck Komplementarität wurde nach Auffassung der beiden Autoren des hier angezeigten Buches ein Begriff gefunden, der nicht nur für das Atomzeitalter passend war, sondern das Verhältnis des Christentums zu Krieg und Frieden von der Bibel über die frühe Kirche bis in unsere Zeit charakterisiert.

Die beiden Autoren unternehmen den Versuch, „einerseits die komplementäre Friedensethik des Protestantismus durch Rückgriff auf die Bibel und ihre Wirkungsgeschichte zu vertiefen, andererseits durch Analysen zur Situation der protestantischen Militärseelsorge zu konkretisieren“. (S. 250) Auch wenn sie um Verständnis werben, dass dieser Versuch „kontrovers beurteilt“ werden wird, muss der Rezensent gestehen, dass er nicht überzeugt worden ist.

Die Beiträge von Gerd Theißen zum Verhältnis der frühen Christen zum Militärdienst und zu deren Friedensethik sind hochinteressant und Ausdruck großer Gelehrsamkeit, doch stellt sich die Frage, inwiefern sie mit der Kritik, die sich auf Probleme der evangelischen Militärseelsorge bezieht, in einem sinnvollen Zusammenhang stehen. Denn die Beiträge von Sylvia Thonak zur Militärseelsorge befassen sich mit etlichen als problematisch angesehenen Entwicklungen, die ein recht kleines Zeitfenster abbilden und kaum darüber hinaus von Relevanz sind. So konnte man 2010 an der von einem evangelischen Militärpfarrer benutzten Bezeichnung der beim Karfreitagsgefecht getöteten Soldaten als „Krieger des Lichts“ durchaus berechtigt Anstoß nehmen, aber ist die Kritik nach zehn Jahren und einigen Klarstellungen immer noch angebracht? Mit anderen Worten: Die zeitlose Verpflichtung auf das biblische Friedensethos steht in einem gewissen Kontrast zu dem engen zeitgeschichtlichen Rahmen, in dem sich die Kritik an der Militärseelsorge bewegt.

Die Summe der Probleme lässt nur eine Folgerung zu

Der Empörungshabitus, in dem die Kritik vorgetragen wird, besitzt ein aporetisches Element, da die Reformvorschläge derart idealistisch sind, dass sie kaum als Ausweg aus den aufgezeigten Problemen taugen. Zumal die ausgemachten Probleme und Fehlentwicklungen Legion sind: fehlende Synodalität; fragwürdige Hierarchien durch die Stellenstrukturen der Militärseelsorge; Verklärung

gefallener Soldaten durch die Seelsorger mit dem Risiko neuer Heldenverehrung; Einsetzung eines hauptamtlichen Militärbischofs; Überzahl an Militärseelsorgern, die aufgrund eines Loyalitätsdilemmas zum Staat auch noch zu wenig friedensorientiert sind; Erteilung des Lebenskundlichen Unterrichts in Form einer berufsethischen Qualifizierungsmaßnahme ohne Bekenntnischarakter; Überidentifikation der Seelsorger mit dem militärischen Auftrag anstelle von kritischer Solidarität; Übertragung des Hausrechts bei einigen Gottesdiensten der Militärseelsorge an die Feldjäger der Bundeswehr; Amtseinführung des ersten hauptamtlichen Militärbischofs unter Ausschluss der Öffentlichkeit; verweigerte Auseinandersetzung mit der Frage, ob der Afghanistan-Einsatz den Kriterien rechtserhaltender Gewalt im Sinne der EKD-Friedensdenkschrift entspricht, etc. Da die Probleme zusammengenommen nur bedeuten können, die Militärseelsorge in ihrer jetzigen Form abzuschaffen, verliert die durchaus berechtigte Kritik, die an einigen Stellen geäußert wird (zum Beispiel das Plädoyer für die Rückbindung des militärischen Dienstes an die Friedensethik), an Wert. Einer Stärkung der kirchlichen Aufgaben der Militärseelsorge, die mit diesem Buch beabsichtigt ist, dient nach Auffassung des Rezensenten diese Problemanzeige daher nicht.

Ein Kritikpunkt, der sich durch das Buch zieht, sei herausgegriffen: Durch die staatliche Finanzierung stehe die institutionalisierte Militärseelsorge in der permanenten Gefahr, in eine zu große Nähe zum Staat zu geraten, wodurch ihre kirchliche Tätigkeit, die unabhängig von staatlichen Einflüssen und Begehren sein müsse, korrumpiert werden könne. Eine konsequente Orientierung an der evangelischen Friedensethik sei damit deutlich erschwert, wenn nicht unmöglich gemacht. Die Abhängigkeitsstrukturen würden nämlich ein kritisches Wächteramt verhindern, und die Militärseelsorge drohe zu einer Sonderkirche zu verkommen, die außerhalb der allgemeinen Kirche stehe (*ecclesiola extra ecclesiam*). Mag diese Gefahr auch nicht von der Hand zu weisen sein, so erscheint die als Ausweg gepriesene Unabhängigmachung der Militärseelsorge vom Staat dem Rezensenten als ein Weg kirchlicher Selbstisolierung und -marginalisierung bei gleichzeitiger Überschätzung der Bedeutung und Gestaltungskraft einer autonom agierenden Soldatenseelsorge.

Wie stark konnte die Soldatenseelsorge wirklich sein?

Denn der Nachweis, dass die Kirche ihre Botschaft bei Soldatinnen und Soldaten vernehmlicher zu Gehör bringen kann, wenn die staatliche Unterstützung fehlt, wird nicht erbracht. Vielmehr wird an mehreren Stellen die ostdeutsche Situation vor und nach der Wende verklärt. Abgesehen von der Tatsache, dass die Sonderstellung der ostdeutschen Bundesländer, wie sie durch die Rahmenvereinbarung zwischen der Bundesrepublik und der EKD bis 2003 galt, durch Inkrafttreten des Militärseelsorgevertrages für das gesamte Bundesgebiet aufgehoben wurde, kann auch die Seelsorge an Wehrpflichtigen in der DDR keineswegs als Vorbild dienen. Zwar haben die Seelsorgerinnen und Seelsorger in der DDR Beeindruckendes geleistet, doch gerade in den herausforderndsten Situationen, nämlich im Dienstalltag, waren sie nicht da, um den Soldaten zur Seite zu stehen. Hinzu kommt, dass bei der Neuaufstellung der Militärseelsorge in der Bundeswehr in den 1950er Jahren den Seelsorgerinnen und Seelsorgern derart große Freiheiten gegenüber dem Staat eingeräumt wurden, dass sie bis heute im Vergleich mit den Militärseelsorgern anderer Länder als einzigartig gelten. Dass Militärseelsorgerinnen und -seelsorger sich dessen nicht immer bewusst sind, steht auf einem anderen Blatt.

Zwar vertreten die beiden Autoren keinen Radikalpazifismus, sondern bekennen sich zur Komplementarität nach dem Vorbild der Heidelberger Thesen, doch fällt dieses Bekenntnis sehr verhalten aus. Denn abgesehen davon, dass auf der einen Seite der Komplementarität der pazifistisch motivierte Waffenverzicht und auf der anderen eigentlich der Militärdienst und nicht die Militärseelsorge stehen müsste, wird nur eine der beiden Seiten in ihrer Unvollkommenheit problematisiert. Müssten nicht die beiden Seiten gleichberechtigt nebeneinanderstehen, weil sowohl die eine als auch die andere allein zu Widersprüchen führt? Wenn aber die eine Seite als „das deutlichere Zeichen“ und damit als die bessere Wahl angesehen wird, widerspricht das dem Sinn von Komplementarität. Wie kann ein komplementäres Verhältnis zugleich asymmetrisch sein und im Zweifel für die eine Seite ausschlagen? Um die Metapher zu verwenden, die von den Autoren selbst gewählt wurde, sei hier die Perspektive des ungeliebten Kindes eingenommen: Wenn ein Kind von seinen Eltern gesagt bekommt, dass es „zurzeit noch“ gebraucht werde, man in Zukunft aber hoffentlich ohne es leben könne, warum sollte ein Kind auf solche Eltern hören? ◢

GLAUBENS-FRAGEN

75 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges erinnert ein großes, von Frauen genähtes Trauertuch an die Opfer des Massensuizids in der Kleinstadt Demmin (Mecklenburgische Seenplatte). Hunderte Einwohner des Ortes hatten sich beim Einmarsch sowjetischer Truppen 1945 das Leben genommen

Im Einsatz müssen Soldaten und Soldatinnen in komplexen Lagen Entscheidungen fällen. Das kann nachwirken und dauerhaft belasten

WER BIN ICH UND WOZU?

(Militär-)Seelsorge als assistierte Selbstklärung

Von Friedrich Lohmann

Die Gesamtbezeichnung „Militärseelsorge“ weist darauf hin, dass die Seelsorge unter den verschiedenen Aufgaben, die die Kirche unter den Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr ausführt, eine herausgehobene Rolle einnimmt. Doch was ist „Seelsorge“ überhaupt? Und warum ist sie gerade im Milieu der Bundeswehr so wichtig? Der folgende Artikel nimmt diese Fragen in den Blick. Er ist die Zusammenfassung eines längeren Beitrags, der im Sommer 2020 in einem Buch erschienen ist, das insgesamt der „Seelsorge in der Bundeswehr“ gewidmet ist (vgl. Rezension auf S. 80 dieser Ausgabe).

„Wer bin ich – und wenn ja, wie viele?“ Das hat Richard David Precht vor gut zehn Jahren auf dem Cover eines Buches gefragt. Das Buch löste Hape Kerkelings „Ich bin dann mal weg“ auf Platz 1 der deutschen Sachbuch-Bestsellerlisten ab, und bis heute hat die Frage nach dem Ich und seiner Identität mit sich selbst nicht nur in den Buchläden Konjunktur. In einer Lebenswelt, die gefühlt immer unübersichtlicher und herausfordernder wird, wird auch das Ich zur Frage. Und einfache Antworten führen nicht weiter, wie der Philosoph Kwame Anthony Appiah unlängst wieder gezeigt hat (Identitäten. Die Fiktionen der Zugehörigkeit, Berlin 2019). Auch die englischsprachige Originalausgabe seines Buches trägt als Motto die ersten Zeilen eines Gedichts des deutschen Theologen Dietrich Bonhoeffer: „Wer bin ich? Der oder jener? Bin ich denn heute dieser und morgen ein andrer?“

Die denkerische Bearbeitung dieser Fragen ist in der Geschichte der Menschheit eng mit dem Begriff der Seele verknüpft. Schon Platon versuchte, die Unsterblichkeit

Der Theologe und Dichter Dietrich Bonhoeffer

der Seele zu beweisen und damit zumindest *ein* Kontinuitätselement des Ich zu retten, das im Fluss des Seins über die gesamte Lebensspanne, ja über den physischen Tod hinaus fortbesteht. Platon ist dabei religiös beeinflusst, denn es sind die Religionen, die sich traditionell um die Seele sorgen. Das war in der Antike so und setzt sich in unserer Zeit fort. Auch wenn die Bestsellerlisten bei der Frage nach dem Ich von der Philosophie und der Psychologie angeführt werden, so bleibt der Gedanke einer Seelsorge eng an Religion und Theologie gebunden. Die Besonderheit bei dieser Form des Nachdenkens über sich selbst ist, dass die Arbeit an der Seele nicht allein im stillen Kämmerlein geschieht. Seelsorge als religiöse und kirchliche Praxis geschieht seit Jahrtausenden im Gespräch mit einer dazu ausgebildeten und autorisierten Person. Nicht zu Unrecht wird daher die Psychoanalyse, die ebenfalls die Wichtigkeit der Hilfe einer zweiten Person bei der Klärung des eigenen Ich betont, als Seelsorge im therapeutischen Kontext bezeichnet. Seelsorge ist assistierte Selbstklärung.

Solche assistierte Selbstklärung ist gerade im Kontext der Bundeswehr von besonderer Bedeutung. Die Bundeswehr verlangt sehr viel von ihren Soldatinnen und Soldaten, und wenn vorhin allgemein von den lebensweltlichen Herausforderungen die Rede war, denen die Menschen im 21. Jahrhundert ausgesetzt sind, so gilt das für diejenigen, die Deutschland bei der Bundeswehr dienen, in gesteigertem Maße. Soldatinnen und Soldaten verpflichten sich, ihren Dienst bis zum Einsatz der eigenen Gesundheit, ja des eigenen Lebens zu tun. In Einsätzen wird dieses Risiko real. Damit umzugehen, ist schwer allein zu schaffen. Gerade von Einsatzkontingenten werden daher die Gesprächsangebote der Militärseelsorge gern in Anspruch genommen. Aber auch schon im Tagesdienst zu Hause erweist sich die Bundeswehr allzu oft als „gierige Institution“ (Lewis A. Coser). Karriereplanung von oben, häufige Versetzungen und mangelnde Gesprächsmöglichkeiten in einem stark hierarchisch strukturierten Arbeitsumfeld setzen das Ich unter Druck, wobei hier und erst recht im Auslandseinsatz die Angehörigen unmittelbar mitbetroffen sind. Bedarf nach seelsorglicher Begleitung stellt sich in einem solchen Kontext fast unausweichlich ein.

Friedrich Lohmann
ist Professor für Evangelische Theologie mit dem Schwerpunkt Angewandte Ethik an der Universität der Bundeswehr München. Er gehört dem Herausgeberkreis von ZUR SACHE BW an.

Glücklicherweise waren sich die Verantwortlichen der Bundeswehr von Anfang an bewusst, dass Militärseelsorge ein wesentliches Element bei der Neukonzeption der deutschen Streitkräfte sein musste. Zumal Wolf von Baudissin setzte sich für eine Einbeziehung der Kirchen als „Dritter Kraft“ innerhalb der hierarchischen Struktur des Militärs ein. Dabei ging es um die ethische Zurüstung der „Staatsbürger in Uniform“, aber auch um Identitätsbildung. Der Lebenskundliche Unterricht hat gemäß der entsprechenden ZDv die ausdrückliche Aufgabe, eine „Schärfung des Gewissens“ der Soldatinnen und Soldaten zu fördern (ZDv A-2620/3, Nr. 112; 502). Im persönlichen Seelsorgegespräch kann solche Gewissensschärfung individuell geschehen und dabei, frei von jeder disziplinarisch intervenierenden Hierarchie, die eigene soldatische Identität und das Wozu des Dienstes thematisieren, bis hin zur Frage nach einer Beendigung des Dienstes, wo dies zugunsten der seelischen Gesundheit angezeigt sein mag.

Aber auch das gegenüber der Schärfung umgekehrte Ergebnis, eine Entlastung des Gewissens nämlich, kann am Ende eines Seelsorgegesprächs stehen. Hier ist an das große Verantwortungsbewusstsein zu denken, das viele Soldatinnen und Soldaten auszeichnet. Die Pflicht zur Kameradschaft und im Einsatz auch die Grundsätze des Humanitären Völkerrechts zwingen zu einer ständig mehrdimensionalen Entscheidungsfindung, die das eigene Wohl unter Umständen zugunsten anderer relativiert. Daraus können in Situationen starker Belastung Traumata entstehen, die als moralisches Versagen erlebt werden und als *moral injury* bei Einsatzrückkehrern lange nachwirken. Traumata müssen psychotherapeutisch behandelt werden, aber die stark nachgefragte Veteranenseelsorge, die im Auftrag des Evangelischen Kirchenamts für die Bundeswehr seit einigen Jahren institutionell aufgegleist wurde, nimmt eine wichtige flankierende Funktion ein. Auch hier geht es um Klärung des Selbst, nämlich den realistischen Blick auf das Geschehene, die eigene Rolle darin und ein Aufarbeiten, das ein Weitergehen in die Zukunft ermöglicht. Die christliche Rechtfertigungslehre mit ihrer Rede vom Angenommensein durch Gott im Angesicht der eigenen Unvollkommenheit bietet hier wichtige Ressourcen für die verletzte Seele.

Bei beiden Seiten der seelsorglichen Begleitung von Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr, der Gewissensschärfung wie der Gewissensentlastung, stehen immer die Menschen selbst im Zentrum und ihr eigenes Wohlergehen, nicht ihre Funktionsfähigkeit oder gar irgendwelche dienstlichen Opportunitäten. Militärseelsorge mag früher als eine Form der Heiligung der Waffen verstanden worden sein, und in manchen Staaten mag das auch heute noch so sein. Im Rahmen der Bundeswehr, jedenfalls sofern sie der eigenen moralischen Richtlinie in Form des Konzepts der Inneren Führung gerecht wird, steht die Militärseelsorge nicht auf der Seite der Organisation, sondern der Individuen, die in ihr ihren Dienst tun. Sie ist buchstäblich Soldatenseelsorge und dem Dienst am Menschen verpflichtet. Das kann unter Umständen auch einen kritischen Blick auf Strukturen und Aufträge mit sich bringen, bei denen die Bundeswehr hinter dem Fürsorgeauftrag für ihr eigenes Personal zurückbleibt.

Seelsorge ist assistierte Selbstklärung. Das Wohlergehen der Menschen steht im Mittelpunkt, nicht ihre Funktionsfähigkeit

Erst in einem zweiten Schritt mag man dann auch von einer funktionalen Einbindung der Militärseelsorge in das Gefüge der Bundeswehr sprechen. Denn indem seelsorgliche Begleitung zur Klarheit über sich selbst und den vom eigenen Ich gewünschten Sinnhorizont des eigenen Lebens und Dienstes führt – bis hin zur Entscheidung, aus dem Dienst auszutreten –, trägt sie zur Mündigkeit der Soldatinnen und Soldaten bei, die ihrerseits die Voraussetzung für eine korrekte und integre Auftragserfüllung ist. Die Stärkung einer unabhängigen Militärseelsorge und ihr weiterer Ausbau – etwa in Richtung auf weitere Religionsgemeinschaften über die christlichen Kirchen hinaus – ist daher im ureigenen Interesse der Bundeswehr.

Raus aus allem, abschalten – in der Regel ist dafür ein Ortswechsel nötig. Exerzitien bieten eine Alternative für den pflichtbeladenen Alltag

STILLE KANN MAN AUCH IM NETZ TRAINIEREN

In Gruppen oder allein, in Kirchen oder online üben Menschen geistliche Gemeinschaft, Besinnung und Gebet ein

Von Doris Otminghaus

Doris Otminghaus
ist evangelische Pfarrerin in Westheim-Eschenau.

„Früher habe ich an Gott geglaubt. In meiner Erinnerung spüre ich, wie gut es war: mich eingebettet zu wissen in Liebe. Zu spüren, eine Hand liegt schützend über mir. Irgendwie hat sich Gott mit den Jahren aus dem Staub gemacht. Mein Glaube wurde Brachland. Schade, klingt es in mir seit einiger Zeit. Ich würde doch so gerne wieder. Also: Ich möchte mir und Gott eine Chance geben. Deshalb habe ich mich zu den ‚Exerzitien im Alltag – Online' angemeldet."

„Momentan befinde ich mich für ein längeres Filmprojekt in Indien. Die Arbeit ist spannend. Die vielen neuen Kontakte zu einheimischen Kolleginnen und Mitarbeitenden fordern mich heraus und bereichern mich. Aber ich vermisse die Gemeinschaft in meiner Gemeinde, meine Freundin um die Ecke, eine Unterhaltung im Café, ein anregendes Gespräch in Deutsch. Ich habe mich auf der Suche nach einem geistlichen Angebot im Internet umgesehen und die Online-Exerzitien gefunden. Jetzt freue ich mich, dass ich mich mit einem Begleiter für einige Wochen auf den Weg machen kann."

„Noch vor einem Jahr lebte ich auf der Sonnenseite des Lebens. Ich war glücklich. Doch dann kam eine Hiobsbotschaft nach der anderen. Erst starb meine Frau. Dann raubte mir Corona meinen Job. Nun habe ich selbst die Diagnose Krebs bekommen. Ich kann kaum atmen unter diesen Lasten. Ich möchte die Exerzitien machen, um wieder Boden unter die Füße zu bekommen. Können Sie mir einen Begleiter empfehlen, der mir in meiner Lebenskrise zur Seite stehen kann?"

Jede Person, die sich bei den „Ökumenischen Exerzitien im Alltag Online" anmeldet, hat solche oder ähnliche Gründe. 950 Menschen haben 2021 das kurze Anmeldeformular ausgefüllt und sich die täglichen Impulse zuschicken lassen.

Ein Soldat hat die Exerzitien-Bewegung geprägt

Exerzitien – was sind das eigentlich? Das Wort erinnert an exerzieren, an militärischen Drill. Und ja, einer der ersten großen Exerzitienleiter war Soldat. Daher stammt der dem Militär entlehnte Begriff. Geistliche Exerzitien sind nicht so streng, aber dennoch ist damit regelmäßiges Üben verbunden. Möglichst einmal am Tag für etwa 15 bis 20 Minuten sind die Exerzitanten eingeladen, sich eine Auszeit zu nehmen. Sie wählen einen Ort und eine Zeit, in der sie sich auf sich selbst und auf Gott konzentrieren können. Manche brauchen dazu eine Kerze, manche brauchen dazu ein Handy, manche drucken sich die Texte aus. Die zugesandten Impulse geben Anregungen zur Meditation und begleiten einen fünfwöchigen Weg. Es können kurze biblische Texte sein, die zum Nachdenken anregen. Oder eine Körperübung, die in die Stille leitet. Manchmal gibt es ein kurzes Gebet, das Hilfestellung für ein Gespräch mit Gott anbietet. Immer gibt es eine Aufgabe, die untertags im ganz normalen Alltagsstress auszuführen ist (z. B.: Heute achte ich darauf, was mir Freude macht!).

Die „Ökumenischen Exerzitien im Alltag" sind ein Angebot der katholischen Erzdiözese Bamberg und des evangelischen Kirchenkreises Bayreuth. Hier hat das Schreibteam seine regionale Anbindung. Zehn erfahrene geistliche Begleitende erarbeiten in einem intensiven Prozess die Impulse, geben das jährlich erscheinende Exerzitienheft heraus. Mit dessen Hilfe führen ökumenische Exerzitiengruppen in Pfarreien und Kirchengemeinden die Exerzitien in kleinen Gruppen durch.

Susanne Grimmer, Spiritualitätsreferentin (kath.), und Doris Otminghaus, Pfarrerin (ev.), verantworten die Online-Variante hierzu. Etwa vier Wochen vor Beginn der Exerzitien ist eine Anmeldung unter www.oekumenische-alltagsexerztien.de möglich. Die meisten Teilnehmenden lassen sich nur die Impulse zusenden. Es gibt jedoch auch die Möglichkeit, einen persönlichen Begleitenden auszuwählen. Etwa 35 geistliche Begleitende aus der evangelischen oder der katholischen Kirche und verschiedenen Ordensgemeinschaften im deutschsprachigen Bereich arbeiten ehrenamtlich mit. Die Regel ist, dass die/der Teilnehmende einmal in der Woche eine Mail an den Begleiter, die Begleiterin schreibt. Diese(r) antwortet darauf. In diesem Jahr sind manche dieser Tandems auf Zoom umgestiegen – eine neue Entwicklung, die Corona geschuldet ist.

Manche jedoch wählen gleich ein Gruppenmeeting über Zoom, weil das Treffen und der Austausch mit anderen wichtig für sie sind. Sie machen überraschende internationale, kirchenübergreifende Erfahrungen. „Ich habe nicht gedacht, dass unsere Meetings so reich an Erfahrungen werden könnten. Aber das Gespräch mit den anderen aus anderen Kirchen hat mir sehr viel gebracht. Es waren kleine Geschenke, die ich jedes Mal bekommen habe."

Erfreulich ist auch, dass immer wieder und immer mehr Rückmeldungen per Mail kommen wie: „Meine Freundinnen und ich haben uns die Impulse zusenden lassen. Und dann haben wir uns jede Woche im Internet getroffen und über unsere Erfahrungen ausgetauscht."

„Wir haben Ihre Impulse genutzt und in unserem Bildungswerk eine eigene Internetgruppe angeboten."

„Ein paar Familien unserer Gemeinde sind ins Ausland gezogen. Es ist schön, dass wir mit ihnen über die Exerzitien verbunden bleiben können."

Auch im nächsten Jahr werden die Ökumenischen Alltagsexerzitien in der Fastenzeit vor Ostern wieder an den Start gehen. Vielleicht ist es eine mögliche Form für Sie, die Sie gerade diesen kurzen Text lesen, sich auf einen fünfwöchigen Weg einzulassen: Näher zu sich. Näher zu Gott. ◢

Materialien

Anmeldung zu den Online-Exerzitien:
▸ www.oekumenische-alltagsexerzitien.de

Bezug des Exerzitienheftes:
▸ www.alltagsexerzitien.de
▸ www.tinyurl.com/exerzitienheft

Bezug der Ökumenischen Alltagsexerzitien für Blinde und Sehbehinderte:
▸ www.bss-bayern.de

KIRCHE UNTER DEN SOLDATEN

Die Kirche am Standort Augustdorf
Von Felix Ehring

Nüchterne Bänke, ein schlichtes Kreuz, doch Fenster und Leuchter bringen Behaglichkeit

Holzkreuze als Lebens-Zeichen

Die Kirchenfenster erinnern mit etwas Fantasie an eine Satellitenaufnahme: Landschaften, in Zonen eingeteilt. Die Orgel drängt sich optisch nicht auf

Der Kirchturm, mehr als 30 Meter hoch, und das Kirchenschiff bilden seit 1963 direkt am Haupttor der Kaserne eine Einheit

Zunächst ist da der Eindruck entschiedener Nüchternheit beim Betreten der Evangelischen Militärkirche Augustdorf; funktional und schlicht sind Bänke und Kreuz gestaltet. Die Klinker an den Wänden und die getäfelte Holzdecke verstärken den Eindruck architektonischer Genügsamkeit, wie sie auch in vielen Einfamilienhäusern der 1960er und 1970er Jahre zu finden ist. Die Orgel fügt sich konsequent in dieses Bild. Irgendwie passt das zur Kaserne nebenan oder überhaupt zu Kasernen: alles da, aber ohne Schnörkel.

Der Blick geht dann zur Seite, wo die großen Kirchenfenster in unruhigen Mosaiken einen anderen Schwerpunkt setzen. Besieht man sich die Glasflächen genauer, kann man an die Satellitenaufnahme einer Ortschaft denken: blaue Zonen, gelbe Zonen, rote Zone. Das hereinfallende Licht bricht wohltuend gedimmt und lenkt den Blick zurück zum Altar, der mit üppigen Blumengestecken bestellt ist. Am Lesepult hängt dicker Stoff mit goldenen Lettern: „Gott ist Liebe“.

Jederzeit steht das dickbäuchig anmutende Kirchenschiff Soldaten und Zivilisten offen. Von der Betriebsamkeit draußen, direkt am Haupttor zur Kaserne, ist hier nichts mehr zu spüren. Vielleicht hört man gedämpft die Stimmen von Kindern, die im zur Gemeinde gehörigen Kindergarten nebenan das Außengelände bespielen, während die Eltern dienen.

Seit 1962 gibt es in Augustdorf die Militärkirchengemeinde, also eine evangelische Gemeinde speziell für aktive und ehemalige Soldaten und Soldatinnen, für Zivilangestellte, Angehörige und für alle anderen, die gern Teil davon sein möchten.

Die Kirche steht vor dem Kasernentor, sie gehört zur Lippischen Landeskirche. Zwei Militärpfarrer stehen für die vielfältigen Bedürfnisse bereit. Da sind natürlich Gottesdienste, Taufen, Trauungen. Hin und wieder füllt sich die Kirche aber auch mit uniformierten Trauernden, wenn ein Kamerad oder eine Kameradin verstorben ist.

Die Kirchenmusik der Gemeinde ist weithin bekannt. Regelmäßig finden Konzerte statt, und das Erlernen eines Instruments steht Soldaten und Angehörigen offen.

Für Trostsuchende steht am Eingang eine Vase mit kleinen Kreuzen. Um das glatte Olivenholz ist mit einem Gummiband ein gefaltetes Papier befestigt. Darauf steht, dass das Kreuz ein Geschenk für die Soldaten sei und dass sie es als Symbol verstehen können: als Anker, der Halt gebe, und „als Zeichen für Gottes Liebe zu uns“. Das Wichtigste steht am Anfang des Zettels: Das Kreuz symbolisiere nicht den Tod, sondern das Leben. ◢

Impressum

Im Auftrag des Evangelischen Militärbischofs
herausgegeben von Professorin Dr. Angelika Dörfler-Dierken, Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr; Dr. Dr. Frank Hofmann, Andere Zeiten e. V.; Professor Dr. Friedrich Lohmann, Universität der Bundeswehr München

Mitarbeitende dieser Ausgabe:
Wolfgang Schäuble, Roger Mielke, Nathalie Behnke, Michael Epkenhans, Christian Rauh, Reiner Anselm, Hedwig Richter, Uwe Hartmann, Michael Kolkmann, Werner Plumpe, Wolfgang Burggraf, Markus Böckenförde, Michael Staack, Ulrike Franke, Ines-Jacqueline Werkner, Hendrik Stoppel, Armin Staigis, Peter Buchner, Traugott Jähnichen, Niklas Peuckmann, Doris Otminghaus, Friedrich Lohmann

Redaktion:
Dirck Ackermann (Chefredakteur),
Walter Linkmann, Martin Middendorf,
Felix Ehring, Florian Siebeck

Redaktionsanschrift:
Jebensstraße 3, 10623 Berlin
Telefon: 030 310181-123

Internet:
www.militaerseelsorge.de

E-Mail:
militaerseelsorge@ekd.de

Beirat für die Redaktion:
Heiko Blank, Veronika Drews-Galle, Roger Mielke, Jobst Reller, Silke Röcher-Hoffmann, Michael Rohde, Marcus Schaper

Realisierung:
Gemeinschaftswerk der Ev. Publizistik gGmbH
Abteilung Printprodukte, Leitung: Ursula Ott
Emil-von-Behring-Str. 3, 60439 Frankfurt / Main
Bildredaktion: Caterina Pohl-Heuser
Gestaltung und Satz: Zully Kostka

Druck:
Strube Druck & Medien OHG,
Stimmerswiesen 3, 34587 Felsberg

Verlag:
Evangelische Verlagsanstalt Leipzig,
Blumenstraße 76, 04155 Leipzig

Vertrieb:
Gemeinschaftswerk der Ev. Publizistik gGmbH
Emil-von-Behring-Str. 3, 60439 Frankfurt / Main
Martin Amberg, Telefon: 069 580 98-223
E-Mail: mamberg@gep.de

Erscheinungsweise:
Zweimal jährlich

ISSN: 1869-4497

MIX
Papier aus verantwortungsvollen Quellen
FSC® C110307

Bildnachweise

Titel: Henrik Sorensen, Getty Images / S. 5 imago images, ZUMA Wire / S. 7 Uli Deck, picture alliance, dpa;imago images, epd-bild, Rolf K. Wegst / S. 8–11 Sascha Jung, Bundeswehr;Torsten Kratz, Bundeswehr; Jörg Carstensen, picture alliance, dpa (2); Deutscher Bundestag, Achim Melde / S. 12–17 Armando Babani, Getty Images; David Cliff, Getty Images;Sven Hoppe, picture alliance, dpa;Jens Büttner, picture alliande, dpa / S. 18–21 Michael Kappeler, picture alliance, dpa;Matthias Bein, picture alliance, dpa / S. 22–24 SZ Photo, Scherl / S. 25–27 Si Wei, picture alliance, AP Images; Björn Bernat / S. 28–30 Steffen Schellhorn, epd-bild (2) / S. 31–35 Buyenlarge, Getty Images; Archive Photos, Getty Images; ullstein bild; akg-images;Bodo Dretzke / S. 36–37 U.S. Navy Petty Officer 1st Class Dominique A. Pineiro;U.S. photo by Javier Chagoya / S. 38–41 Mark RALSTON, Getty Images; Drew Angerer, Getty Images; Markus Scholz;Mathew Brady, Library of Congress(2);Pach Brothers, Library of Congress;Eric Draper, United States Department of Defense; Shealah Craighead, White House / S. 42–43 akg-images; Cris Faga, NurPhoto, Getty Images; Uwe Dettmar; Norton Simon Museum / S. 44–47 Julia Gunther, TNYT, Redux, laif / S. 48–50 Florian Bachmeier, picture alliance / S. 50 Markus Heine, NurPhoto, Getty Images; Marco Longari, AFP, Getty Images / S. 51–53 picture alliance, dpa, Maxar, Technologies; picture alliance, dpa, EPA pool, AP; picture alliance, Xinhua News Agency / S. 56–58 Ben Stansall, picture alliance, empics; Celestino Arce, NurPhoto, Getty Images / S. 59 picture alliance, AP / S. 60-63 Stefan Boness, ullstein bild / S. 64–66 Heike Lyding, epd-bild / S. 67 Benjamin Bending, Bundeswehr Ausbildungszentrum Infanterie; Fabian Schier, Bundeswehr / S. 68–71 Marko Greitschus Peoplefotograf, Bundeswehr; Kathrin Hoyer / S. 72–75 Michael Kappeler, picture alliance, dpa(2); picture alliance, Geisler-Fotopress / S. 76–79 picture alliance, euroluftbild.de; Klaus Schunk, picture alliance, SZ Photo; Hans Juergen Vollrath, epd-bild, Sven Lorenz / S. 85 Stefan Sauer, picture alliance, dpa(2) / S. 86–89 Anja Niedringhaus, picture alliance; SZ Photo, Sammlung Megele; Archiv / S. 90–91 picture alliance, Westend61 / S. 92–93 Zino Peterek / S. 94 Tasos Katopodis, Getty Images / Rücktitel: picture alliance, SZ Photo

Ida B. Wells (1862–1931) war Journalistin, aber ihr Vermächtnis ist weitaus größer als eine Sammlung von Leitartikeln. Als eine frühe Anführerin der Bürgerrechtsbewegung in den USA schuf sie die Grundlagen für eine demokratischere Gesellschaft. Im Hauptbahnhof von Washington, D. C., hat die Künstlerin Helen Marshall die Gesichter Tausender Bürgerrechtlerinnen zum Mosaik „Our Story: Portraits of Change“ verarbeitet. Gemeinsam bilden sie das Konterfei von Ida B. Wells, deren Todestag sich in diesem Jahr zum 90. Mal jährt.

Demokratie in der Krise?

Michael Bröning | Michael Wolffsohn
Hrsg. von Reinhard Bingener
Stadt, Land, Volk
Ein Streitgespräch über die Zukunft der Demokratie

168 Seiten | 12 x 19 cm | Klappenbroschur
ISBN 978-3-96038-194-5
€ 14,00 (D)

Viele Menschen fühlen sich heute durch globale Entwicklungen verunsichert. Die politische Polarisierung nimmt zu, die Unzufriedenheit mit den etablierten politischen Strukturen wächst. Steckt die Demokratie tatsächlich in der Krise? Wie wird die Zukunft unserer Gesellschaft aussehen? Und wer wird diese Zukunft gestalten: Nationalstaaten, eine starke Europäische Union oder die globale Weltgemeinschaft?

Um diese Fragen geht es in diesem von F.A.Z.-Redakteur Reinhard Bingener herausgegebenen Buch.

Ein hochaktuelles Streitgespräch zwischen Michael Bröning und Michael Wolffsohn, zwei brillanten politischen Denkern unserer Zeit.

EVANGELISCHE VERLAGSANSTALT
Leipzig www.eva-leipzig.de

edition chrismon

Bestell-Telefon 0341 7114144 · Fax 0341 7114150 · shop@eva-leipzig.de

Das Thema der nächsten Ausgabe

Beruf – Berufung – Berufssoldat

„Unser Sohn jobbt gerade als Soldat in Mali“, das klingt seltsam. Jemand „arbeitet“ nicht „als“ Soldatin oder Soldat – man „ist“ es. Tatsächlich? Wo bleibt da die Work-Life-Balance? Vor Hunderten von Jahren arbeiteten Menschen hierzulande vor allem, um zu leben. Notfalls auch als Kriegsknecht. Dann kam die Reformation und mit ihr eine neue Arbeitsmoral. Der „Beruf“ war geboren. Berufung wurde zur Grundidee und Arbeit zum Gottesdienst.

Wir wollen wissen, wo der Dienst in der Bundeswehr heute steht: zwischen Arbeitgebermarkenattraktivitätssteigerung und Lebens-Haltung, zwischen „Bundeswehr-Schnupperwoche“ und „Z-ewig“.